Mittwoch, 17. Juli 1985 - D * * *

Axel-Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 163 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Wirtschaftskriminalität: Mit einem festgestellten Schaden von jährlich mehr als sieben Milliarden Mark bewegt sich die Wirtschaftskriminalität in der Bundesrepublik auf Rekordhöhe. Bundesjustizminister Engelhard hofft, die „Strafbarkeitslücken" noch in diesem Jahr durch ein neues Gesetz schließen zu können. (S. 8)

„Sonnenschein": Im Rechtsstreit um den Betrieb der Berliner Batteriefabrik ist der Versuch des Oberverwaltungsgerichts gescheitert, zu einer gütlichen Einigung zwischen den Prozeßbeteiligten zu kommen. Morgen entscheidet das Gericht endgültig über eine mögliche Teilstillegung. (S. 4)

Asylanten: Der Einreisestopp der „DDR" für Tamilen, die bisher ohne Visum nach West-Berlin gelangten, scheint zu greifen. Wird Brüssel jetzt zu einem neuen Schlupfloch? (S. 4)

Berliner Etat: Der neue Finanzsenator Rexrodt hat seinen ersten *Haushaltsentwurf vorgelegt. Die* Zielrichtung: Förderung neuer Industrieansiedlungen und Ausbau Berlins zum Dienstleistungszentrum der Bundesrepublik. (S. 4)

Hilfe zugesagt: Nach fünfjähriger Unterbrechung nimmt Bonn die Wirtschaftshilfe für Syrien wieder auf. (S. 8)

Abrüstung: Die zweite Runde der Genfer Verhandlungen der Supermächte ist gestern nach sechs Wochen zu Ende gegangen. Nach sowjetischer Darstellung gab es keine Fortschritte. Der US-Chefdelegierte Kampelman, der heute die NATO-Verbündeten informieren wollte, lehnte zunächst eine Stellungnahme ab. Die Gespräche werden im September fortgesetzt.

Eureka: Minister aus 17 europäischen Ländern treffen heute in Paris mit Vertretern der EG-Kommission zusammen, um die Weichen für das Forschungsprogramm Eureka zu stellen. Zur Diskussion stehen die Konzeption von Eureka, die Auswahlkriterien für Kooperationsprojekte und deren Finanzierung. (S. 4)

Weitere Ablösung: Der sowjetische Minister für das Hoch- und Fachschulwesen, Wjatscheslaw Jeljutin (78), ist seines Amtes enthoben worden. Neuer Ressortchef wurde der bisherige Rektor des Moskauer Mendelejew-Instituts *für Chemie und Technologie*, Gennadi Jagodin (58).

Iran: Ohne Angabe von Gründen sind die für den 25. Juli geplanten Präsidentenwahlen auf den 16. August verschoben worden. Nicht bekannt war bis gestern, ob der bisherige Amtsinhaber Khamenei seine Wiederwahl anstreben wird.

ZITAT DES TAGES



» Wir müssen Wege suchen, um Terroristen und Flugzeugentführer von der Sauerstoffzufuhr der Publicity abzuschneiden, von der sie abhängig sind «

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher in einer Rede vor amerikanischen Rechtsanwälten. Sie forderte die Medien zu einer internationalen Vereinbarung auf, nichts zu berichten, was der Sache von Terroristen helfen könnte
FOTO: FRANK DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, einen weiterhin nur mäßigen Preisanstieg und eine leichte Abnahme der Arbeitslosigkeit sagt die OECD der Bundesrepublik für 1986 voraus. Der Bonner Regierung bescheinigt sie eine im großen und ganzen erfolgreiche Wirtschaftspolitik. (S. 9)

Kapitalmarkt: Bei der inzwischen erreichten Leistungsfähigkeit des deutschen Kapitalmarkts hat die Bundesbank keine Bedenken mehr gegen die Erweiterung des Angebots an Anlagemöglichkeiten, die sich am internationalen Markt längst etabliert haben. (S. 9)

Krauss-Maffei: Das Bundeskartellamt hat den den Weg für den Verkauf des Rüstungskonzerns an ein Konsortium freigegeben, dem MBB, die Nürnberger Firma Diehl, die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung und drei Banken angehören. (S. 9)

Börse: Weitere Kursverluste bei fast allen Standardwerten der deutschen Aktiennmärkte. WELT-Aktienindex 195,06 (196,44). Am Rentenmarkt herrschte eine abwartende Haltung vor. BHF-Rentenindex 103,783 (103,799). Performance-Index 104,966 (104,952). Dollar-Mittelkurs 2,8800 (2,8790) Mark. Goldpreis 321,75 (315,85) Dollar.

KULTUR

Literatur: Deutsche Verlage, große wie kleine, haben die chinesische Gegenwartsliteratur entdeckt. Nach Jahrzehnten der „Nichtberührung" kommt jetzt eine Fülle literarisch vermittelter sozialer Wirklichkeit in China auf unseren Markt. (S. 15)

Malerei: Einen großen Querschnitt durch das Gesamtwerk von Otto Dix hat es seit 1971 (Stuttgart und Paris) nicht mehr gegeben. Daß eine neue Bestandsaufnahme not tut, läßt eine Otto-Dix-Ausstellung in Brüssel erkennen. (S. 15)

SPORT

Fechten: Die deutsche Florett-Mannschaft der Männer hat bei den Weltmeisterschaften in Barcelona die Silbermedaille sicher. Nach einem 9:2-Sieg über die UdSSR kämpft sie im Finale gegen Italien.

Leichtathletik: Carl Lewis, der in Los Angeles vier Goldmedaillen gewann, findet in Europa kaum noch gut honorierte Startmöglichkeiten. Die Veranstalter: „Wir brauchen ihn nicht, er ist kein Jesse Owens." (S. 6)

AUS ALLER WELT

Der Chip ist's: Ampelanlagen spielen verrückt, Computersysteme brechen zusammen, Alarmanlagen heulen grundlos auf. Wie ist es möglich, daß ein so harmloses Naturereignis wie ein Gewitter unsere hochtechnisierte Gesellschaft derart durcheinanderwirbeln kann? Die Antwort liegt im „Chip". (S. 16)

Scholl: Im Baden-Badener Juwelenraub-Prozeß gegen den ehemaligen rheinland-pfälzischen FDP-Vorsitzenden ist auch der fünfte Befangenheitsantrag der Verteidigung gegen den Vorsitzenden Richter abgelehnt worden. (S. 16)

Wetter: Aufgeheitert und trocken. 23 bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan will bis Ende 1988 Präsident der USA bleiben

Die Ärzte geben ihm eine gute Chance / Er braucht zehn Wochen Erholung

wth. Washington

Der amerikanische Präsident hat eine ausgezeichnete Chance, daß er für den Rest seiner Amtszeit, die noch dreieinhalb Jahre dauert, nicht von weiteren Krebstumoren behelligt wird. Das ist die fast übereinstimmende Meinung der Fachärzte, die sich zur jüngsten Krebsoperation Ronald Reagans geäußert haben, bei der ein etwa fünf Zentimeter großer Tumor entfernt worden ist. Tests ergaben, daß dieser Tumor bösartig war.

Die behandelnden Ärzte versicherten, daß mit großer Wahrscheinlichkeit die Krebserkrankung durch die Operation am letzten Sonnabend, bei der 60 Zentimeter des vom Krebstumor befallenen Darms des Präsidenten entfernt wurden, geheilt worden ist. Die Chance für eine endgültige Beseitigung des Krebs wird mit über 50 Prozent veranschlagt.

Ronald Reagan nahm die Diagnose der Ärzte mit bemerkenswerter Gelassenheit und Erleichterung auf. Sein Gespräch mit den Ärzten über den Befund des Testes dauerte nur fünf Minuten. Reagan erklärte: „Ich bin froh, daß alles heraus ist." Seine Frau Nancy nahm die Nachricht vom Krebsbefund zwar gefaßt, aber mit sichtbar größerer Sorge auf.

Der von den Ärzten entfernte Krebstumor wird als „Dukes B" klassifiziert. Das bedeutet, der Tumor hat zwar die Muskelpartien des Darms angegriffen, aber noch nicht die Darmwand durchbrochen. Die Ärzte Reagans versichern, es gebe keine Anzeichen dafür, daß die Krebszellen sich auf andere Organe ausgedehnt hätten. Dennoch wird der Präsident in Zukunft alle sechs Monate sorgfältigen Prüfungen unterzogen.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Das Schwert über uns
SEITE 3:
Kein Wort über Krise

Der Optimismus der behandelnden Ärzte, die überzeugt sind, daß Präsident Reagan nach einer Rekonvaleszenz-Zeit von etwa zehn Wochen wieder in vollem Umfang seine Geschäfte aufnehmen kann, wird von nahezu allen medizinischen Experten geteilt. Dennoch mehrt sich die Kritik an den Ärzten, denen vorgehalten wird, sie hätten es versäumt, den Präsidenten sorgfältig zu untersuchen, als sie vor 14 Monaten einen gutartigen Polypen aus dem Darmtrakt Reagans entfernten. Die Größe des nunmehr entfernten Tumors lasse den Schluß zu, daß er schon vor 14 Monaten vorhanden war, sich seinerzeit aber im „Dukes A"-Zustand, der harmlosesten Form des Darmkrebses, befunden habe. Darmkrebs ist in den USA nach dem Lungenkrebs die zweithäufigste Krebsart. Von ihr werden jährlich 138 000 Bürger befallen, meist im Alter von über 40 Jahren.

Präsident Reagan wird voraussichtlich am kommenden Dienstag aus dem Krankenhaus entlassen. Obwohl er seit Montag wieder mit wichtigen politischen Vorgängen vertraut gemacht wird, sind sein Stabschef Don Regan und seine Frau entschlossen, ihn vorerst von schweren Belastungen abzuschirmen. Vizepräsident Bush wird in den nächsten Wochen eine Reihe der protokollarischen Pflichten übernehmen. Reagan ist offensichtlich fest entschlossen, bis zum Ablauf seiner Amtszeit Ende 1988 im Amt zu bleiben.

Wall Street registriert Unsicherheit

Bringt Reagan noch die Kraft auf, der Haushalts- und Außendefizite Herr zu werden?

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit schwindendem Vertrauen in die Fähigkeit Washingtons, die gewaltigen Haushalts- und Außendefizite in den Griff zu bekommen, erklären *nambafte Wall-Street-Analytiker* die Dollarschwäche. Verstärkt wird nach ihrer Ansicht die Unsicherheit jetzt zusätzlich durch Präsident Ronald Reagans Gesundheitszustand.

Schon bisher hat die Administration durch die kontroverse Bitburg-Visite und das Beiruter Geiseldrama viel Zeit verloren. Eine Zäsur stellt für sie auch die Kündigung des Haushaltsdirektors David Stockman dar, der vor der Fertigstellung des Budgets 1986 das Handtuch warf und dadurch ein hohes Maß an Widerspruch offenbarte. Folgt man der Stimmung, die sich am New Yorker Banken- und Devisenplatz ausbreitet, dann „driften Exekutive und Legislative vor wechselndem Wind". Vermißt werden die klaren Prioritäten.

In Manhattan denkt man jedoch noch einen Schritt weiter, wenn es auch niemand offen sagen will: an die Möglichkeit nämlich, daß sich der 74jährige Präsident vorzeitig aus dem Weißen Haus verabschiedet und sich auf seine Ranch bei Santa Barbara in Kalifornien zurückzieht. Das wäre ein Entschluß, der nicht morgen, aber vielleicht in einem Jahr, notfalls auf Drängen von Nancy Reagan, von ihm gefaßt werden kann. Die Übergabe der Staatsgeschäfte inmitten der zweiten Amtszeit würde Vizepräsident George Bush und den Republikanern bei der Präsidentschaftswahl 1988 zugute kommen.

Die Konsequenzen wären jedoch enorm; vermutlich würde der Dollar wie ein Stein fallen, was niemand wünscht. Denn es ist Reagan allein, der Zuversicht verbreitet und dessen Beschwörungen die Mehrheit der US-Bevölkerung glaubt. Übernimmt Bush die Präsidentschaft, ist eine schnelle Rückkehr zu den Zeiten des Parteiengezänks der Republikaner nicht auszuschließen. Er ist mehr ein Technokrat mit einer anderen Wirtschaftsphilosophie.

*Während dies nur hinter vorgehal*tener Hand diskutiert wird, richtet Wall Street ihre Aufmerksamkeit augenblicklich auf die Stärke der amerikanischen Wirtschaft. Laut Rimmer de Vries, dem international anerkannten Währungsexperten der Morgan Guaranty Trust Co., „schuf diese bisher das Vertrauen, auf dem der kräftige Dollar basierte. Jetzt kann jederzeit die Erosion einsetzen." Die Auseinandersetzungen um Amerikas Budgetdefizit beschreibt de Vries als „ein Debakel, weil es die Probleme nicht löst". Die bisher funktionierende „weiche Landung" wird allgemein für gefährdet gehalten.

Die Ursachen der zunehmenden Besorgnis lassen sich so zusammen-

● Fortsetzung Seite 8

Karlsruhe weist Rentner-Klage ab

Gesetz zur Kostendämpfung in der Krankenversicherung ist verfassungskonform

DW. Karlsruhe

Auch Rentner können unter bestimmten Voraussetzungen zur Krankenversicherung herangezogen werden. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte gestern in Karlsruhe entsprechende Vorschriften im Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz von 1977 als verfassungskonform. Nach diesen Vorschriften sind Rentner nur dann beitragsfrei krankenversichert, wenn sie seit Aufnahme ihrer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenantrags die „Halbbelegung" erreichen, also mindestens die Hälfte dieser Zeit Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung waren.

Der Erste Senat des höchsten deutschen Gerichtes wies mit seiner Entscheidung eine Normenkontrollklage des Sozialgerichts Dortmund sowie drei Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz zurück. Die Richter unterstrichen in ihrem Urteil, daß sozialversicherungsrechtliche Positionen dann dem Eigentumsschutz nach Artikel 14 des Grundgesetzes unterlägen, wenn sie auf nicht unerheblichen Eigenleistungen des Versicher*ten beruhten und zudem der Siche*rung seiner Existenz dienten.

Ein weitergehender Schutz, so das Gericht weiter, würde der Eigentumsgarantie im Gesamtgefüge der Verfassung nicht gerecht. Nicht alle Ansprüche auf Leistungen im Sozialversicherungsrecht, so betonte der Senat, fielen unter die Eigentumsgarantie. Dies gelte vor allem darum, weil im Sozialversicherungsrecht vielfach auch Ansprüche auf Leistungen von ersichtlich nicht existentieller Bedeutung eingeräumt würden.

In der Entscheidung des höchsten Gerichts wird festgestellt, daß die Aussicht auf beitragslosen Krankenversicherungsschutz, die vor der Gesetzesänderung für die Antragsteller und gleichgestellte Personen bestand, nicht durch die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes (Artikel 14) geschützt sei.

Die Beschwerdeführer hatten beanstandet, daß sie im Vertrauen auf spätere kostenlose Krankenversicherung ihre Dispositionen für den Lebensabend getroffen hätten. Nach der Neuregelung von 1977 müßten sie erhebliche Monatsbeiträge zahlen, mit denen sie vorher nicht hätten rechnen können.

In einer ersten Reaktion wertete der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Manfred Baden, den Karlsruher Richterspruch als ein „weises Urteil". Damit sei gewährleistet, daß dem Gesetzgeber bei Wahrung der Rechte der Versicherten eine „weite Gestaltungsfreiheit" zukomme. Das gelte vor allem für Regelungen, die dazu dienten, die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Systems der Sozialversicherung im Interesse aller Bürger zu erhalten.

Nobelpreisträger Heinrich Böll gestorben

DW. Köln

Der Schriftsteller Heinrich Böll ist gestern im Alter von 67 Jahren gestorben. Böll, ein gesellschaftspolitisch stets engagierter und damit oft auch umstrittener Autor, war nach den Angaben seines Verlages schon seit längerer Zeit krank. Der Tod ereilte ihn kurz nach der Entlassung aus einem Kölner Krankenhaus.

Der Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger war weltberühmt geworden durch seine Romane „Billard um *halb* zehn", „Ansichten eines Clowns", und „Gruppenbild einer Dame". Bölls Bücher haben in aller Welt Millionenauflagen erzielt.

Heinrich Böll war am 21. Dezember 1917 in Köln geboren worden. Er absolvierte eine Buchhändlerlehre und wurde anschließend Soldat. Seine literarische Karriere begann erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Er schrieb Kurzgeschichten – zunächst für Tageszeitungen – und Hörspiele. Bölls erster Roman erschien 1951 unter dem Titel „Wo warst Du, Adam". In *diesem Roman hat er seine eigenen* Probleme mit Krieg und Nachkriegszeit nachzuvollziehen versucht.

In den vergangenen Jahren hat Heinrich Böll nicht nur in seinem



Heinrich Böll (1917–1985)
FOTO: DPA

Werk aktiv am – wie er selbst gesagt hat – „sozio-politischem Leben" in der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen. Er nannte sich einen Anti-Militaristen und plädierte für einen in seinen Werken meist nur defus ausgedrückten „demokratischen Sozialismus". Heinrich Böll fühlte sich immer in der Nachfolge der Moralisten deutscher Sprache; deshalb auch trat er gegen Scheinheiligkeit und Vetternwirtschaft auf.

Böll hat sich durch einen außerordentlich prägnanten und zugleich ironischen Stil im Umgang mit der deutschen Sprache ausgezeichnet. Dies bedeutete, daß er in Sensibilität, in auch neuen Erzählstrukturen Dissonanzen in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland darstellen konnte, die niemals den ungeteilten Beifall finden konnten. Der umstrittene Literatur-Nobelpreisträger hat den Versuch gemacht, die „Brüchigkeit" der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen. Ein Beispiel *dafür* war seine Zeitsatire „Doktor Murkes gesammeltes Schweigen".

„Gütig und zornig, sanft und außerordentlich radikal" sei Heinrich Böll gewesen, heißt es in ersten Nachrufen. *Tief religiös – obwohl er aus der* katholischen Kirche ausgetreten sei. In einer Gedenksendung für den Nobelpreisträger nannte Carola Stern den Verstorbenen eine Persönlichkeit, die „von tiefer Menschlichkeit geprägt" gewesen sei. Der Nobelpreisträger habe sich immer bemüht, in der Not zu helfen: „Ich glaube, es gibt wenige Menschen, die wissen, wieviel Menschen in der Sowjetunion und im Ostblock er geholfen hat."

DER KOMMENTAR

Klarheit

HEINZ HECK

Mit offensichtlicher Genugtuung hat die Bundesregierung das Karlsruher Votum entgegengenommen. Der Richterspruch hat weit über den konkreten Fall hinaus Bedeutung. Erst vor wenigen Tagen ist die Regelung der Hinterbliebenenrente nach dem Anrechnungsverfahren in Kraft getreten. Sie hat mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine eindrucksvolle Bestätigung erfahren.

Die Hinterbliebenenrente hat eine Versorgungsfunktion als Ersatz für den ausgefallenen Unterhalt. Sie ist nicht aus selbst gezahlten Beiträgen ableitbar. Anders als bei beitragsbezogenen Leistungen sieht hier das Bundesverfassungsgericht den Anspruch auf Eigentumsgarantie nicht als gerechtfertigt an. Hingegen hatte die SPD das von der Bonner Koalition favorisierte Anrechnungsmodell kritisiert. Sie wird in dem Karlsruher Urteil schwerlich die von ihr erhoffte Bestätigung finden. Es ist anzunehmen, daß die Opposition dies auch so sieht und jetzt in dieser Frage Ruhe einkehrt.

Umgekehrt läßt sich aus dem Urteil die Schlußfolgerung ableiten: Je stärker beitragsbezogen die Ansprüche des Einzelnen an die staatliche Sozialversicherung sind, desto weniger kann der Gesetzgeber daran ändern – etwa, wie 1977 geschehen, mit der durchaus zu akzeptierenden Begründung, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des sozialen Systems müsse erhalten bleiben.

Darüber hinaus kann sich der Gesetzgeber ermuntert fühlen, bei der Ausgestaltung etwa der Versicherungsbedingungen von vornherein die Spendierhose im Schrank zu lassen. Um so größer ist die Chance, daß er später nicht die Notbremse ziehen muß. Eine solche Politik erhöht das Vertrauen in den Staat oder anders gesagt: Sie vermeidet Staatsverdrossenheit.

Wer heute unter dem Eindruck der Tageskasse an langfristig wirksamen Versicherungskonditionen bastelt – man könnte auch sagen: manipuliert –, schafft zwangsläufig den Korrekturbedarf von morgen. Wer 1970 auf den Abschluß einer befreienden Lebensversicherung verzichtete und in die gesetzliche Rentenversicherung ging, konnte noch annehmen, beim Eintritt ins Rentenalter in jedem Falle gratis krankenversichert zu sein. Diese Überzeugung war sieben Jahre lang berechtigt und wurde dann für einen Teil der Rentner auf entscheidende Weise eingeschränkt – durch eine Maßnahme, die Karlsruhe jetzt gutgeheißen hat.

Taktiker Martens scheitert am Fußball

HELMUT HETZEL, Brüssel

Die Fußballtragödie, die sich am 29. Mai im Brüsseler Heysel-Stadion ereignete und 38 Menschenleben kostete, hat gestern zum Rücktritt der belgischen Regierung unter dem christdemokratischen Premierminister Wilfried Martens geführt. Mit den Worten „Ich trete ab" gab Martens gestern in den Mittagsstunden seine Entscheidung bekannt und zog damit einen Schlußstrich unter die seit Montag schwelende Regierungskrise in Brüssel.

Sie war durch die völlig überraschend angekündigte Demission des *liberalen Justizministers Jean Gol* ausgelöst worden, der damit gegen das Festhalten von Innenminister Charles Nothomb an seinem Amt protestierte und selbst Konsequenzen zog. Nothomb war von einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die die näheren Umstände, *die zu dem größten Fußballdrama* in der Geschichte führten, untersucht hatte, in ihrem Abschlußbericht mehrheitlich die Verantwortung für die „Fehler der Polizei", die dem Innenminister untersteht, zugesprochen worden.

Daraufhin forderten nicht nur Gol, sondern auch seine Partei, die Wallonischen Liberalen (PRL), den Rücktritt des Innenministers. Außerdem verlangten sie auch die Entlassung des Brüsseler Bürgermeisters Herve Brouhon und des Chefs der Reichspolizei, Bernaert. Doch Nothomb blieb im Amt. In der eigens zu den vorliegenden Ergebnissen des Untersuchungsberichtes anberaumten Parlamentsdebatte am vergangenen

■ Fortsetzung Seite 8

Berlin: Sowjets provozieren Zwischenfälle

DW. Berlin

Die seit Tagen anhaltenden Luftmanöver der Sowjets mit zahlreichen Schallmauer-Durchbrüchen über Berlin haben am 5. Juli zu einem Luftzwischenfall geführt. Eine Maschine der britischen Gesellschaft „Dan Air" wurde auf dem Weg zwischen Berlin und Saarbrücken zu einem „leichten Ausweichmanöver" gezwungen, als sich ihr ein sojwetischer MiG-Düsenjäger in gefährlicher Weise näherte.

Wie der Pressesprecher der britischen Militärregierung gestern erklärte, habe jedoch „keine unmittel*bare Gefahr" für die Linienmaschine* der Fluggesellschaft bestanden. Der Beinahe-Zusammenstoß sei von sowjetischer Seite in der Alliierten Luftsicherheitszentrale in West-Berlin „bedauert" worden.

Knapp vier Wochen nach dem tödlichen Schuß auf den US-Major Arthur Nicholson durch einen sowjetischen Soldaten kam es am vergangenen Wochenende zu einem weiteren schweren Zwischenfall. Rotarmisten verfolgten in der „DDR" einen Wagen der in Potsdam stationierten US-Militärmission, der auch Nicholson angehört hatte. Die Sowjets drängten den US-Wagen offenbar ab. Bei dem dadurch provozierten Unfall wurde ein Amerikaner verletzt.

Erst Anfang Juni waren drei Soldaten der Britischen Militärmission in ihrem Fahrzeug von einer Sowjetkolonne gerammt und mit Gewehren bedroht worden. 1984 kam ein französischer Offizier zu Tode, dessen Wagen ebenfalls von einem sowjetischen Fahrzeug absichtlich angefahren worden war.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Prinzip Verantwortung

Von Helmut Hetzel

Jean Gol, Wallone, liberaler belgischer Politiker und bis Montag mittag Justizminister einer christlich-liberalen Regierungskoalition in Brüssel, hat mit seinem überraschend eingereichten Rücktritt das gesamte Kabinett Martens mit in den Abgrund gerissen. Aber er hat mit seinem Schritt erneut ein zentrales Prinzip freiheitlicher Demokratien thematisiert.

„Die Folge der Haltung Nothombs ist", sagte der Justizminister zur Begründung seines überraschenden Rücktrittes, „daß niemand mehr Verantwortung übernimmt. Und das ist in einem demokratischen Staat unmöglich."

Gol ging damit bis zum Äußersten. Er stellte das Prinzip Verantwortung und die politische Moral über das Wohl und Wehe und Weiterregierenkönnen der christlich-liberalen Regierungskoalition. Gol gebrauchte noble Worte und ließ die Tat folgen. Er berief sich auf sein Gewissen. Was war geschehen?

Die in Brüssel nach der Fußballkatastrophe des 29. Mai, die 38 Menschenleben kostete, eingesetzte parlamentarische Untersuchungskommission erklärte in ihrem Abschlußbericht, daß die Polizei „schwere Fehler" gemacht habe. Fehler, auch darin war sich die Kommission mehrheitlich einig, für die der Innenminister geradezustehen habe und die politische Verantwortung übernehmen müsse.

Es ging also, und das muß herausgestellt werden, nicht um Schuld, sondern um politische Verantwortung. Doch Innenminister Charles Nothomb verweigerte die persönliche Konsequenz und veranlaßte Premier Martens, in der eigens wegen des Untersuchungsberichts angesetzten Parlamentsdebatte mit seiner stärksten Waffe, dem Vertrauensvotum, die immer lauter werdenden Rücktrittsforderungen der wallonischen Liberalen abzublocken.

Nun war es Jean Gol, der zurücktrat. War das nötig? Oder wollte Gol nur mit Blick auf das derzeit so schlechte Ansehen seiner Partei das Wahlvolk beeindrucken? Das fragen sich viele Belgier. Bei den bald kommenden vorgezogenen Neuwahlen werden sie ihre Meinung darüber kundtun.

Peres' Nachgeben

Von Rafael Seligmann

Jahrelang hatten sich die Israelis nach einer Regierung der nationalen Einheit gesehnt. Nicht aus dem Bedürfnis, mehr Berufspolitiker als sonst im Kabinett zu sehen, sondern wegen der Erkenntnis, daß die dringenden wirtschaftlichen und strategischen Probleme des jüdischen Staates nur mit Hilfe einer möglichst breiten Übereinstimmung von Parteien und Öffentlichkeit gelöst werden könnten.

Tatsächlich löste der Likud seinen Teil des Wechsels rasch ein: Man stand für den Rückzug aus Libanon gerade. Nun, da der äußere Druck gemindert war, versprach das Kabinett Peres mit rigorosen Maßnahmen – und nur die können jetzt noch helfen – die fast bankrotte Volkswirtschaft zu sanieren.

Diese Aufgabe ist auf den sozialdemokratischen Premier zugeschnitten, denn jahrelang hatte die mit dieser Partei verbundene Einheitsgewerkschaft Histadrut jedes Sanierungsprogramm des Likud vereitelt. Nun sollte alles anders werden: Durch Wegfall der Subventionen sollten Grundnahrungsmittel endlich zum Erzeugerpreis abgegeben werden, der automatische Teuerungsausgleich, durch den die Inflation am stärksten angeheizt würde, sollte gestrichen werden; schließlich sollten 10 000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Sektor entlassen werden. Ein mutiges Programm fürwahr, das tatsächlich eine rasche Gesundung der Volkswirtschaft versprach. Aber die Rechnung wurde ohne den Wirt gemacht.

Die Gewerkschaft ließ ihren Premier fallen und demonstrierte ihre Macht: Einem Generalstreik folgten gezielte Arbeitsniederlegungen und die Drohung mit einem erneuten allgemeinen Arbeitsausstand. Der Regierungschef gab nach: Erneute saftige Lohnerhöhungen wurden zugesagt, von Kündigungen ist kaum mehr die Rede. Viele Israelis fragen sich nun verbittert, ob das dramatisch verkündete Sparprogramm lediglich Theaterdonner war, um Reklame für den Regierungschef für eventuelle Neuwahlen zu machen und den Likud an der Regierungsübernahme zu hindern.

Die Chancen zur Gesundung der Wirtschaft wurden erst einmal vertan. Die Zeche werden alle Israelis zahlen müssen.

Mord und Gesellschaft

Von Joachim Neander

Wann bei Issus Keilerei war und wie sich Hypotenuse und Kathete beim rechtwinkligen Dreieck zueinander verhalten, das behielten unsere Väter bis zu ihrem Tode im Gedächtnis. Die Söhne und Enkel haben andere Formeln im Kopf, zum Beispiel, daß an allem Elend dieser Erde die Gesellschaft zumindest mitschuldig sei. Und auch hier wird man sich offenbar auf unzerstörbare Wiederverwendbarkeit bis zum Grabe einrichten müssen, selbst wenn Pythagoras im Wahrheitsgehalt überlegen ist.



„Ich halte die deutsche Ähre hoch – solange es geht!" KLAUS BÖHLE

Das Schwert über uns

Von Thomas Kielinger

Die bösartige Geschwulst, die dem amerikanischen Präsidenten entfernt wurde, zwingt die betroffenen Zeitgenossen zu grundsätzlichen Reflexionen. Bösartig ist ein Wort der korrekten Sachbeschreibung; gleichzeitig ist es eine Metapher: sie signalisiert Beunruhigung. Mit der zuversichtlichen Botschaft der Mediziner, daß etwas Bösartiges „entfernt" wurde, gibt sich das Publikum selten zufrieden. Es liegt in der Natur der Krankheit, die auszusprechen noch immer schwerfällt, daß das Bewußtsein der Bedrohung durch sie nicht zu entfernen ist. Sie gleicht einem Damoklesschwert, das jeder über sich spürt.

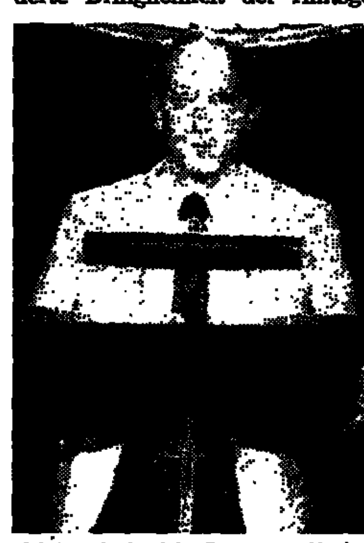
Insofern geht die erste Frage dahin, wie die amerikanische Öffentlichkeit mit der neuen Lage fertig wird, sie verarbeitet. Der Optimismus, den gerade Ronald Reagan so beeindruckend verkörpert und seinen Landsleuten wiedergeschenkt hat, muß sich jetzt mit solchen Auskünften wie „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sind keine Nebenwucherungen vorhanden" und „die Überlebenschancen sind mehr als fünfzig Prozent" auseinandersetzen. Ein harter Test. Er erinnert die Amerikaner, daß sie bereits mehrere Hindernisrennen des Zweifels vis-à-vis diesem Politiker durchgemacht – und bestanden haben.

Die erste Herausforderung für sie war Reagans Alter, schon damals im Wahlkampf 1979/80. Mit einer Robustheit, die Jüngere nur beneiden konnten, fegte der Kandidat dieses Handikap beiseite. Kaum gewählt, streckte ihn im März 1981 die Kugel des Attentäters nieder. Der 70jährige hatte nicht nur Glück, weil das richtige Schock-Trauma-Expertenteam des George Washington University Hospitals in Minuten zur Stelle war und ihn retten konnte. Reagan selbst fügte seine unverwechselbare Dosis Humor und Zähigkeit – seit John Waynes berühmtem Film nennt man das „true grit" – dem Heilungsprozeß hinzu und kämpfte sich in erstaunlicher Geschwindigkeit zurück in den Fahrersitz der Zeitgeschichte. Nur wenige Monate nach dem Attentat konnte er im Kongreß jene triumphalen Siege erringen, die der Reagan-Revolution ihren legislativen Stempel aufdrückten. Der Präsident stieg in der Popularität in solche Höhen, daß sich im Wahlkampf 1984 die Frage des Alters nicht einmal mehr stellte.

Das waren wichtige Etappen der Herausforderung, die jedoch vor der Operation vom Montag verblassen. Die Sterblichkeit können wir von Fall zu Fall besiegen. Aber es bleibt die Mahnung der alten Uhren: Eine dieser Stunden wird deine letzte sein. Es fehlt in den USA nicht an großer Zuneigung und Anhänglichkeit zu Präsident Reagan; doch sind die Amerikaner durchaus nüchtern und hart gegen sich selber, wenn es darum geht, Risiken ins Auge zu sehen. Die Popularität Reagans bedeutet nicht, daß sein Land die Schwächung des Präsidentenamtes lange in Kauf nähme, sollte sich eine solche Entwicklung, als Folge möglicher Verschlechterung im Gesundheitszustand des Präsidenten, anbahnen.

Die zweite Amtszeit Eisenhowers bietet einen Präzedenzfall, der sich nicht zur Wiederholung empfiehlt. Damals ereilten jenen Präsidenten zwei Herzinfarkte, die ihn auf Monate den Amtsgeschäften fernhielten. Mühselig schleppte sich die Administration inzwischen weiter, gebremst und von Glücklosigkeit im Kongreß verfolgt. Alles in allem eine durchaus enttäuschende zweite Amtsperiode.

Aber die fünfziger Jahre bescherten den Amerikanern zum letzten Mal das unbeschwerte Glück großer Geborgenheit. Schon vor seiner Krankheit pflegte Präsident Eisenhower durch lange Perioden auf dem Golfplatz die verminderte Dringlichkeit der Amtsgeschäfte in Washington zu demonstrieren. Niemand nahm es ihm übel, im Gegenteil, es steigerte eher noch seine Popularität. Das ist heute anders. Gewiß, als die Marines aus einer unhaltbaren Lage im Libanon zurückgezogen werden mußten, durfte sich Ronald Reagan im fernen Kalifornien der Arbeit auf seiner Ranch hingeben. Soviel Désinvolture an der Spitze der Macht ist durchaus erlaubt. Aber wenn die Gipfeldiplomatie mit dem neuen Kreml-Herrn bevorsteht und die Frage des 21. Jahrhunderts, die strategische Verteidigung, höchste Präsenz verlangt, macht es sich schlecht, vom Krankenlager die Geschäfte zu führen.



„Mehr als fünfzig Prozent": Krebsarzt Rosenberg FOTO: AP

Daher kann es nach Maßgabe der ärztlichen Diagnose vom Montag gar nicht ausbleiben, daß sich die Frage nach Reagans Nachfolger stellt, ja, stellen muß. Sie ist auch deshalb so naheliegend, weil durch sie – zum Glück – keine spürbare Beunruhigung ausgelöst wird. Vizepräsident George Bush mag zwar nicht in der Sonne höchster Beliebtheit stehen. Sollte aber das Geschick ihm jemals vorzeitig die Aufgaben des höchsten Staatsamtes zuteilen, so wissen die Amerikaner die Macht in ruhigen, erfahrenen Händen.

Als UNO-Botschafter, erster Liaison-Mann Washingtons in Peking, als Parteivorsitzender der Republikaner und Chef der CIA hat sich Bush die breitestmögliche politische Erfahrung verschafft. Sie ist beispiellos, rechnet man die letzten viereinhalb Jahre Vizepräsidentschaft hinzu. In offener Feldschlacht eines Wahlkampfes 1988 litte Bush gewiß unter seinem Ruf, allzu gefolgsam die „Stimme seines Herrn" abgegeben zu haben. In einem Augenblick des Führungswechsels außer der Reihe jedoch wäre gerade diese Qualität die beste Voraussetzung für beruhigende Kontinuität.

Aber noch ist Ronald Reagan der unbestrittene Steuermann, und nur höhere Gewalt könnte ihm diese Stellung streitig machen. Die Amerikaner, während sie dem unerbittlichen Gedanken „Was kommt nach Reagan?" Raum geben, wünschen gleichzeitig ihrem Präsidenten ein tiefempfundenes „ad multos annos". Daß auf viele Jahre hinaus das geistige Profil ihres Landes neu gezogen worden ist, dafür hat Ronald Reagan schon gesorgt.

IM GESPRÄCH Hugo Banzer

Der Comeback-General

Von Werner Thomas

Vor neunzehn Jahren, als er Bildungsminister der damaligen Barrientos-Regierung war, demonstrierten einmal Lehrer vor seinem Dienstgebäude mit dem Ruf: „Hängt Banzer!" Der Minister stellte sich der überraschten Menge und fragte: „Wer ist mutig genug, mich zu hängen?" Niemand wollte sich melden. Nach einer Diskussion, es ging um Gehaltsforderungen, löste sich die Versammlung friedlich auf.

Hugo Banzer Suarez (59) verbreitet gern den Eindruck eines furchtlosen Mannes, der keine Herausforderung scheut. So hielt er es auch diesmal. Er kandidierte für die bolivianischen Präsidentschaftswahlen, obgleich er wußte, daß er einen schweren Stand haben würde. Fast alle anderen Bewerber, siebzehn an der Zahl, konzentrierten ihre Angriffe auf ihn. Die Gewerkschaften proklamierten gar einen „Notstand" und versuchten die Bevölkerung mit dem Slogan zu beunruhigen: „Verhindert die Rückkehr des Diktators."

Nun kann Banzer, von 1971 bis 1978 selbsternannter Präsident des Landes – er kam durch einen Putsch gegen den linken General Juan José Torres an die Macht – auf demokratische Weise das höchste Staatsamt zurückerobern. Er liegt klar in Führung bei den Wahlen, obgleich ihm am Ende einige Stimmen für die absolute Mehrheit fehlen dürften. Dann muß der Kongreß entscheiden.

Der kleine, schmächtige Bolivianer, der bereits als junger Offizier „el petizo" (der Kurze) genannt wurde, fühlt sich rehabilitiert. Viele seiner Landsleute sehen plötzlich die sieben Banzer-Jahre als Zeit der Stabilität und des Fortschritts. Deshalb konnte dem General dieses Comeback gelingen. Die Menschenrechtsvergehen jener Ära (33 Vermißtenfälle sind noch ungeklärt), von Gegnern gern hervorgehoben, spielen keine Rolle mehr.

Die besten Wahlhelfer waren die ständig streikenden Gewerkschaften und der bisherige Präsident Hernan Siles Zuazo, ein linker Sozialdemokrat, der das Land ins wirtschaftliche Chaos führte. Die Inflationsrate beträgt gegenwärtig 3100 Prozent, Ende des Jahres können gar 30 000 Prozent drohen, wenn keine drastischen Maßnahmen ergriffen werden.



„Wer ist mutig genug, mich zu hängen?" – Banzer FOTO: AP

Der deutschstämmige Politiker versprach keine leichten Lösungen. Eine schmerzliche Austerität und eine bittere Rezession seien die Aussichten für die nahe Zukunft. Er will den „lähmenden Staatskapitalismus" genauso beenden wie die „Gewerkschafts-Diktatur". Er setzte sich aber auch für eine stärkere Unterstützung der unteren Bevölkerungsschichten und eine intensivere Entwicklung der ländlichen Regionen ein.

Banzer war ein wirkungsvoller Wahlkämpfer. Er ist ein feuriger Redner und beeindruckt durch eine volkstümliche Art und Humor; er kann auch mit einfachen Leuten, Bauern und Bergleuten, umgehen. Mit der Partei der Nationalistischen Demokratischen Aktion (ADN) steht ihm der beste politische Apparat in Bolivien zur Verfügung. Zur ADN-Führung gehören junge Leute, die im Ausland studierten, unter ihnen Harvard-Absolventen. „Wir orientieren uns nach den westeuropäischen Christdemokraten", erklärte Banzers Vizepräsidentschaftskandidat Eudoro Galindo der WELT. Auch Banzer sei in den letzten Jahren zur Mitte gerückt. Banzer bezeichnet die Bemühungen, ihn in die rechte Ecke zu stellen, als „Demagogie".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie geht auf eine Absage in Berlin ein:

Daß der Familienminister gelegentlich übers Ziel hinausschießt, wenn er den politischen Gegner ins Visier nimmt, ist ebenso wahr wie die Tatsache, daß er damit nicht allein steht ... Bereits vor Monaten, als im Bundestag mehrmals Vergleiche zwischen dem Auftreten der Grünen und der Agitation von Nationalsozialisten gezogen wurden, war sich der Ältestenrat (dem alle Parteien angehören) einig, daß dies gegen das Selbstverständnis von Demokraten verstößt. Doch das hindert die Berliner SPD nicht, die Gedenkfeiern in Plötzensee zum 20. Juli aus durchsichtigen Gründen zu boykottieren. Das ist ein schlechter Start für Berlins neuen SPD-Vorsitzenden Egert ... Das Datum des 20. Juli ist gänzlich ungeeignet, sein tagespolitisches Mütchen kühlen und sich parteipolitisch profilieren zu wollen.

Frankfurter Allgemeine

Sie widmet der deutschen Einheit einen Leitartikel:

„Freiheit geht vor Einheit", „Frieden geht vor Einheit" – so wird gesagt. Beides versteht sich von selbst: Das westliche Deutschland kann seine freiheitliche Ordnung nicht hergeben, und eine deutsche Wiedervereinigung darf nicht Gefahr für den Frieden heraufbeschwören. Aber die Sache ist genauer zu überlegen. Hat die Bevölkerung des östlichen deutschen Staates eine Aussicht, Freiheit ohne deutsche Einheit zu erlangen? Der DDR-Forscher Professor Seiffert zum Beispiel verneint es mit guten Argumenten. Und hält die deutsche Spaltung – ebenso wie die europäische – nicht auf die Dauer den Frieden in einer zu unsicheren Schwebe?

Neue Zürcher Zeitung

Sie schreibt zur EG-Agrarpreisrunde:

Das Ganze hat sich durch die Ereignisse des vergangenen Monats zu einem Politikum ersten Ranges entwickelt, so daß es nur noch darum gehen kann, wie Bonn und Brüssel das Gesicht wahren können. Die Karten stehen für die Bundesrepublik aber nicht allzu gut. Sie liegt nicht nur im Clinch mit Brüssel, sondern auch mit der Mehrheit der Mitgliedstaaten. Insbesondere Frankreich unterstützt die Position der EG-Kommission, wonach die Preise runter müssen, um bei vernünftigen Kosten für die EG-Kasse auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Ein zweites Veto kann sich Landwirtschaftsminister Kiechle schon deshalb schlecht leisten, weil sonst die Glaubwürdigkeit der Bonner Europapolitik noch mehr Schaden nehmen würde.

In Bonn zählt eben doch nur das klare „Nein"

Von Günther Bading

Im Wortschatz Reagans fehlt das Wort Krise

In Washington ist die Regierungszentrale zur Zeit ein Krankenzimmer, zwölf Kilometer vom Weißen Haus entfernt. Die Macht ist dort, wo der Präsident ist. Und der hat die Devise ausgegeben: business as usual.

Von FRITZ WIRTH

Auch Ärzte, die nicht nur mit dem Skalpell, sondern ebenso im Umgang mit Beruhigungsmitteln artistische Fähigkeiten entwickelt haben, stoßen zuweilen an ihre Grenzen. Dieser Punkt war bei den Männern, die Präsident Reagan am Samstag sechzig Zentimeter Darm und einen Krebs-Tumor wegoperiert hatten, am Montag erreicht, als sie um die neunte Zustandsschilderung ihres Patienten innerhalb von 48 Stunden gebeten wurden. „Uns fallen keine Superlative mehr ein, diesen Mann zu beschreiben", erklärten sie, und Larry Speakes, der Sprecher des Präsidenten, reichte diesen Satz mit sichtbarer Zufriedenheit schleunigst den Presseleuten weiter.

Denn die mächtigste Nation dieser Welt wird seit Samstag abend, 19.22 Uhr, von einem Krankenhausbett aus regiert. Zu jenem Zeitpunkt unterschrieb Ronald Reagan nach dreistündiger Operation ein Dokument, das ihm die Macht im Staate zurückgab, die er für knappe acht Stunden seinem Vizepräsidenten George Bush überlassen hatte.

Und seit Ronald Reagan wieder Herr im Hause ist, bemühen sich seine Mitarbeiter, die seit Freitag ihre Schreibtische im Weißen Haus verlassen haben und ihre Büros im Bethesda-Krankenhaus an der Wisconsin Avenue in Washington eingerichtet haben, diesen Platzwechsel als die alltäglichste Sache der Welt darzustellen. „Wir haben nur mal eben das Wochenende zu einer Operation freigenommen", untertrieb Speakes mit stoischer Gelassenheit. „Seit Montag ist im Weißen Haus wieder alles beim alten."

Nicht ganz, denn immerhin, der „Alte", und damit die Hauptperson, fehlt. Daß dieser Mann jedoch auch vom Krankenhausbett voll funktionsfähig ist, mußte nicht erst durch das etwas bemühte Understatement des Pressesprechers unterstrichen werden. Die Amerikaner kennen inzwischen ihren Präsidenten, seine Härte, seinen Optimismus und das, was man in diesem Lande seine „Upbeat-Stimmung" nennt, ungeachtet der Krebsdiagnose.

Dieser Optimismus hat unter seinen Mitarbeitern im Weißen Haus eine Art Krisen-Allergie geschaffen. Man duldet dieses Wort Krise nicht mehr im alltäglichen politischen Geschäft. Es war tabu während der Bitburg-Affäre, wurde nicht akzeptiert bei der Geiselnahme von Beirut und gehört auch nach der Präsidenten-Operation nicht zum Sprachschatz des Weißen Hauses. Krise heißt, daß Dinge außer Kontrolle geraten, und davon kann keine Rede sein.

Da spielen Erinnerungen an die letzte große Operation Reagans nach dem Attentat in Washington eine Rolle. Damals schienen die Dinge außer Kontrolle zu geraten, als Außenminister Alexander Haig etwas zu eilig und wider die verfassungsrechtliche Norm vor die Presse eilte und verkündete, daß er nun das Kommando übernehme.

Dieses Mal war das alles sehr viel anders. Da erschien niemand auf der Szene mit dem Wunsch nach Profilierung und Selbstdarstellung. Außenminister George Shultz hielt sich in Australien auf und erwog zu keiner Sekunde, seine Reise abzubrechen. Verteidigungsminister Caspar Weinberger war nicht zu vernehmen. Und selbst Vizepräsident George Bush erfuhr von dem Dokument, mit dem Reagan ihn für knapp acht Stunden zum agierenden Präsidenten machte, erst, als Ronald Reagan im Marine-Krankenhaus zu Bethesda schon unter Narkose lag.

„Stoische Gelassenheit" und „business as usual", das sind die Operationsvokabeln des Weißen Hauses für diese Krise, die keine Krise sein soll. Und da die Macht immer dort ist, wo der Präsident sich gerade aufhält, wurde das Bethesda-Krankenhaus innerhalb weniger Stunden zur neuen Machtzentrale.

Don Regan, der Stabschef des Präsidenten, richtete sich ein Büro in der Nähe der Präsidenten-Suite (Tagespreis 450 Dollar) ein, Pressesprecher Speakes machte aus einem Empfangsraum eine Zentrale für Pressekonferenzen, von der aus die Nation übers Fernsehen Anschauungsunterricht über den Verlauf von Dickdärmen in der menschlichen Anatomie, über Tumore im allgemeinen und Präsidententumor im besonderen erhielt.

In keinem Lande der Welt ist jedenfalls so viel für die Aufklärung über Krebskrankheiten und die menschliche Anatomie unterhalb des Bauchnabels getan worden wie in den letzten drei Tagen in den USA durch die Operation des Präsidenten. Dies ist über Nacht eine Nation von Tumor-Sachverständigen geworden.

Inzwischen ist das Außergewöhnliche bereits zur Routine geworden. Zwischen dem Weißen Haus und dem Bethesda-Krankenhaus – eine Entfernung von etwa zwölf Kilometern – existiert bereits ein „Shuttledienst" der Präsidenten-Berater. Denn Ronald Reagan hat – kurz, nachdem er aus der Narkose erwachte – klargemacht, daß er nach wie vor das letzte Wort hat und mitreden will. Seine erste und dringendste Sorge galt und gilt dem Budget. Bereits am Dienstag tat er, was er wie kein anderer Präsident vor ihm versteht: Er begann per Telefon Kongreßabgeordnete zu bearbeiten, dem von ihm vorgeschlagenen Budgetkompromiß zuzustimmen.

Seine Gegner unterstellen ihm bereits, daß er hier einen „Sympathie-Effekt" für den kranken Präsidenten ausnutze. Sicher jedenfalls ist: Die Popularitätskurve ist auf über 70 Prozent gestiegen und erreichte damit den gleichen Höhepunkt wie vor vier Jahren nach dem Attentat auf ihn. Allerdings: Diese Kurve, die während der Bitburg-Affäre mit 57 Prozent einen Tiefpunkt erreicht hatte, wies schon vor vor der Operation steil nach oben. Sie war nach der erfolgreichen Beendigung der Geiselaffäre vor 14 Tagen auf 66 Prozent angestiegen.

Inzwischen gibt es zwei Leute, die den täglich agiler werdenden Präsidenten bremsen. Es sind seine Frau Nancy und sein Stabschef Don Regan. Die „First Lady" war am Freitag durch die unerwartete Nachricht über die bevorstehende Operation sichtlich geschockt worden. Hier wurden plötzlich Erinnerungen an die letzte Operation des Präsidenten vor vier Jahren wach, die für sie zum Alptraum geworden sind. „Nicht schon wieder" war denn auch ihre erste Reaktion.

Sie hat sich inzwischen gefaßt. Sicher aber ist, daß sie nach der Krebs-Diagnose noch viel schärfer als bisher den Fahr- und Dienstplan ihres Mannes regulieren wird, und das nicht nur während der Rekonvaleszenz-Zeit, die voraussichtlich zehn Wochen dauern wird. Nancy Reagans wichtigster Verbündeter bei diesem Bemühen wird Stabschef Don Regan sein.

Regan ist der einzige Mann, der während der nächsten Tage und Wochen unbegrenzten Zugang zum Präsidenten hat. Er schirmt Ronald Reagan nicht nur von ungebetenen Gästen ab, er bereitet alle bedeutenden politischen Vorgänge bis zur Entscheidungsreife vor. Regan ist damit ein knappes halbes Jahr nach seinem Amtsantritt zum wichtigsten Mann in der Administration geworden.

Don Regan und Nancy Reagan wollen dem Präsidenten nur noch die wirklich großen Dinge zumuten. Und das nächste „große Ding" liegt noch beruhigende vier Monate fern: Es ist die Begegnung mit Michail Gorbatschow.

Krankenbesuch nach der Operation: Nancy und Ronald Reagan FOTO: DPA

Unterwegs zu den Hungernden: Durch unwegsames Gelände quälen sich Lkw mit privaten Hilfsgütern vom Sudan aus über 300 Kilometer nach Tigre. FOTO: RICHARD HOFFMANN

„Wer überleben will, muß gehen"

Die westliche Welt spendet, um den Hunger in Afrika zu lindern, vor allem in Äthiopien. Doch die offiziellen Hilfsgüter erreichen dort neunzig Prozent der Hungernden im Norden nicht. Addis Abeba macht mit dem Hunger Politik.

Von RICHARD HOFFMANN

Shiraro ist eine vom Bürgerkrieg gezeichnete Stadt. Viele Gebäude sind ganz oder teilweise zerstört. In einer Straße nahe dem Marktplatz ist ein großes Loch gegraben und mit dicken Baumstämmen und einer Erdschicht abgedeckt worden. Es ist ein primitiver Luftschutzbunker, in dem vielleicht einhundert Schutzsuchende Platz finden. Hinter manchen Häusern gibt es noch kleine private Schutzhöhlen.

Von den früher fünftausend Bewohnern des Ortes sind in den vergangenen 12 Monaten tausend vor der Dürre und dem Luftterror in den Sudan geflohen. Solange es hell ist, fliegen die MiGs der Luftwaffe im Tiefflug über das Land und zwingen die Menschen, sich in ihren Hütten oder unter Bäumen zu verstecken.

Am 17. und 18. Februar forderten mehrere Luftangriffe auf Abi Adi 32 Tote und über hundert Verletzte. Mehr als 20 000 Besucher aus der Umgebung wollten zusammen den zehnten Jahrestag der Gründung der TPLF-„Tigre People Liberation Front" feiern. Der Ort wurde vollkommen zerstört und mußte von den Bewohnern verlassen werden.

Die moskauorientierte äthiopische Regierung hat es bis heute verstanden, der internationalen Öffentlichkeit die tatsächlichen Machtverhältnisse in den nördlichen Hungerprovinzen Tigre, Eritrea und Teilen von Wollo zu verbergen. Sie gibt vor, für alle sechs bis sieben Millionen Menschen dort zu sprechen und sie auch mit den gespendeten Lebensmitteln aus den westlichen Ländern zu versorgen.

Dies ist nicht so. Zwar ist bekannt, daß es dort Rebellenbewegungen gibt, aber deren Bedeutung und Stärke wurde geschickt heruntergespielt. Tatsächlich werden etwa 90 Prozent des gesamten Territoriums von Tigre und Eritrea, das entspricht ungefähr der Größe der Bundesrepublik Deutschland, von den Rebellenbewegungen kontrolliert.

Dort leben fünf bis sechs Millionen Menschen, die von den internationalen Hilfeleistungen völlig ausgeschlossen sind. In Eritrea haben 2 Millionen, in Tigre und Nord-Wollo fast 4 Millionen Hungernde noch nie auf offiziellem Weg über die Regierung gespendete Lebensmittel aus dem Ausland erhalten. Kleinere Mengen kommen auf abenteuerlichen Wegen illegal aus dem benachbarten Sudan über die grüne Grenze ins Land.

Der Norden Äthiopiens ist nicht nur ein Land ohne Wege, sondern auch ohne Strom, ohne Wasserleitungen und ohne einen einzigen Industrie- oder Handwerksbetrieb. Die Zeit scheint dem westlichen Beobachter seit zweitausend Jahren stehengeblieben zu sein. In Tigre beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen ganze 35 Jahre. Nur 20 000 Kinder besuchen eine Schule, das sind 0,5 Prozent der Bevölkerung.

Das zentrale Problem ist der Hunger. Weil es keine Ernten gab, haben die Menschen ihr Saatgut aufgegessen. Als letzte Chance bleibt ihnen jetzt nur noch der lange Marsch in eines der Hungerlager, wo sie sich ein Minimum an Nahrung erhoffen.

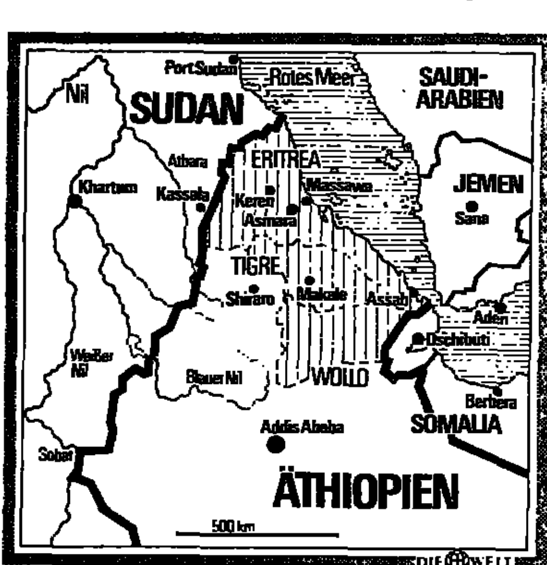
In den Städten des Nordens, die in fester Hand der Zentralregierung in Addis Abeba sind, leben mittlerweile etwa 600 000 Menschen in straff verwalteten Lagern. In den Hafenstädten Assab und Massawa kommen monatlich 60- bis 80 000 Tonnen Hilfslieferungen aus dem Ausland an. Die britische Royal Airforce, die Bundeswehr, französische und italienische Militärmaschinen transportieren Lebensmittel und andere dringend benötigte Güter zu den Camps nach Makale und Keren, nach Lalibela und Bati.

Die Politik der Regierung zielt darauf ab, die Menschen aus den Dürregebieten in den fruchtbareren Süden umzusiedeln. Da die Behörden 1,5 Millionen Menschen zwangsdeportieren wollen, ist jedoch fraglich, ob die landwirtschaftliche Struktur im Süden eine derartige Bevölkerungszunahme überhaupt verkraften kann.

Außerdem stellen sich andere Probleme: In den Regierungslagern bekommt nur derjenige Nahrung, der bereit ist, sich in die neuen Siedlungsgebiete deportieren zu lassen. Wer sich weigert, wird gewaltsam ausgeflogen. Dabei werden Männer und Frauen getrennt verfrachtet und zum Teil in verschiedene Lager gebracht. Familien werden bewußt getrennt, soziale Strukturen zerstört.

In Kreisen der Exil-Äthiopier in der Bundesrepublik, die regelmäßige Kontakte zur TPLF unterhalten, werden schwere Vorwürfe gegen Addis Abeba erhoben: Die Hungernden aus dem Rebellengebiet würden nicht ohne Hintergedanken in die Feuchtgegenden im Südwesten deportiert. Denn den Hochlandbewohnern des Nordens fehlten jegliche Abwehrkräfte gegen die Malaria, die im tropischen Tiefland so eine tödliche Gefahr für sie sei.

Dies sind Gründe dafür, daß über neunzig Prozent der äthiopischen Hungernden nicht in den Lagern der Regierung unterzukommen suchen, sondern sich dem Flüchtlingsstrom in Richtung Sudan anschließen. Vom zentralen Hochland Tigres nach Westen bis zur sudanesischen Grenze gibt es seit Oktober 1984 eine Flüchtlingsbrücke mit über 30 Transitcamps, die alle von der Aufstandsbewegung TPLF unterhalten werden.



Um die Rebellen im Norden auszuhungern und ihnen den weiteren Zulauf an Menschen abzuschneiden, weigert sich Addis, diese Gebiete, die nicht unter Kontrolle der Regierung sind, an den westlichen Hilfeleistungen teilhaben zu lassen.

Es sind neun Zehntel der äthiopischen Hungerleidenden, denen man so bewußt Nahrungsmittel vorenthält.

Acht protestantische Kirchen aus Europa und den USA liefern zur Zeit trotz aller Schwierigkeiten monatlich 1200 Tonnen Lebensmittel nach Eritrea und Tigre. Und es gibt andere humanitäre Organisationen, die alle zusammen jedoch überfordert sind, weil ein Vielfaches an Nahrung benötigt wird.

Partner der westlichen Hilfsorganisationen sind die zivilen Ableger der Rebellenbewegungen, in Eritrea die „Eritrean Relief Association" ERA und in Tigre die REST (Relief Society of Tigre). Die ERA bemüht sich verzweifelt, in 31 Lagern die Bevölkerung aus den jeweils umliegenden Gebieten mit Nahrung zu versorgen. Daß ihr das nicht in dem gewünschten Umfang gelingt, verdeutlichen die bis zu zweitausend Flüchtlinge, die täglich im Lager Wad Sherife in Sudan eintreffen.

Bis heute gibt es nur eine einzige Piste, auf der die 330 Kilometer von Kassala in Ostsudan bis Shiraro mit geländegängigen Fahrzeugen bewältigt werden können. Die Hilfe für die Rebellengebiete rollt im Schutz der Dunkelheit.

Tagsüber zwingen die MiGs der äthiopischen Luftwaffe die Lkw-Kolonnen zu Stillstand und Tarnung unter Bäumen. Dreißig Stunden Marterstrecke durch Wüste, Halbwüste, ausgetrocknete Flußtäler und bewaldete Gebirgsmassive liegen hinter den Fahrern der sämtlich von der äthiopischen Armee erbeuteten Fiat-Lkw.

Mit diesen Fahrzeugen werden jeden Monat rund 1000 Tonnen Lebensmittel – Getreide, Mehl, Öl, Vitaminpräparate, Medikamente – von Kassala nach Shiraro befördert. Von dort aus sind noch vier Verteilerstellen im Umkreis von 50 Kilometern mit dem Wagen erreichbar. Weiter geht es dann nur noch mit Eseln oder Kamelen.

Vor kurzem hat eine große humanitäre Hilfsorganisationen aus Europa 30 nagelneue Schwerlastwagen zur Verfügung gestellt, die im Monat 700 Tonnen zusätzliche Nahrungsmittel heranschaffen werden. Die Gesamtmenge von jetzt 1700 Tonnen reicht gerade aus, um die Flüchtlinge zu versorgen, die nach Sudan unterwegs sind.

Im sudanesischen Lager Wad Kowli, dem vorläufigen Endpunkt der Flüchtlinge, vegetieren mehr als 80 000 Menschen. Für sie müssen täglich 50 Tonnen Lebensmittel über 900 Kilometer per Lkw herangeschafft werden.

Eine Flotte von Tankwagen bringt jeden Tag eine Million Liter Wasser. Ekber Menemcioblu vom UN-Flüchtlingskommissariat in Khartum sagt: „Allein das Wasser kostet eine halbe Million US-Dollar im Monat." Die Temperaturen klettern bis auf 48 Grad im Schatten.

Mittlerweile leben allein in Tigre über eine Million Menschen auf Abruf. Tekle Wohneni, ein jungenhafter Mann von Ende zwanzig, ist der Kopf von REST und somit der Organisator des Exodus. Seit Oktober letzten Jahres haben er und seine Helfer fast 300 000 Menschen die Flucht in das Nachbarland ermöglicht. Über die eine Million Landsleute, die akut vom Hunger bedroht sind, sagt er: „Wenn sie überleben wollen, müssen sie gehen. Wenn sie sterben wollen, können sie bleiben."

Der lange Marsch dauert für manche vierzig bis fünfzig Tage. Ohne eine eingespielte Organisation wäre er unmöglich in einem Land ohne Nahrungsmittel. Zur Zeit warten in den grenznahen Lagern 100 000 Flüchtlinge auf einen Platz in Sudan.

Der neue sudanesische Präsident General Dahab hat Anfang Mai erklärt, sein Land werde auch weiterhin seine Grenzen für Flüchtlinge offenhalten. Angesichts der fünf Millionen vom Hunger bedrohten Sudanesen eine erstaunliche Haltung.

Ein Ende des Bürgerkrieges in Äthiopien ist nicht in Sicht. Nach Angaben der TPLF ist die achte militärische Offensive der Regierungstruppen in den Monaten März, April und Mai dieses Jahres gescheitert. Über 2200 Soldaten sollen getötet und fast 900 gefangengenommen worden sein, wieviele Opfer es in den eigenen Reihen und unter der Zivilbevölkerung gegeben hat, sagt die TPLF nicht. Eine Entscheidung in diesem Konflikt ist nicht abzusehen.

In Anspielung auf die Tatsache, daß die Antonow-Transportmaschinen, die für die Massendeportation aus den Nordprovinzen eingesetzt werden, von sowjetischen Piloten in Zivil geflogen werden, beschreibt Dr. Neudeck, Chef des „Komitees Deutsche Notärzte", die Lage so:

„In Äthiopien gibt es eine klassische Arbeitsteilung: Die westlichen Länder machen die Hilfslieferungen, die Sowjets die Zwangsumsiedlung der Flüchtlinge, und die äthiopische Regierung beschäftigt sich mit dem Bürgerkrieg in den Hungerprovinzen des Nordens."

Im Zeichen der Lilie auf dem Pfad in die Zukunft

30. Weltkongreß der Pfadfinder in München: 800 Delegierte von 26 Millionen Mitgliedern in 119 Ländern diskutieren über die künftige Orientierung der größten freiwilligen Jugendbewegung der Welt.

Von PETER SCHMALZ

Der geländegängige Unimog in Saharagelb parkt hinter einer schwarzen Mauer an der Rückseite des Münchner Hilton-Hotels, unsichtbar für die 800 Delegierten, die drinnen im klimatisierten Ballsaal eine Antwort suchen auf die Frage, welches die richtige und zukunftweisende Orientierung der weltumspannenden Pfadfinder-Bewegung ist.

Im Wagen, wo das Thermometer unter gleißender Sonne schon vor der Mittagszeit der 30-Grad-Marke nahekommt, sitzt der Karlsruher Pfadfinder Klaus Legler am Mikrophon, den Kopfhörer über die Ohren gestülpt: „Delta, Lima, Cero, Whisky, Sierra, Charlie", ruft er den Code der Sende- und Empfangsanlage über das 40-Meter-Kurzwellen-Band.

Er bekommt Antwort aus dem holländischen Gouda und berichtet, was vorgefallen ist zur Eröffnung der 30. Weltkonferenz der Pfadfinder, die erstmals in der Geschichte der größten freiwilligen Jugendbewegung der Welt in der bayerischen Landeshauptstadt abgehalten wird. So kann über Kurzwelle die Welt erfahren, daß im überfüllten Ballsaal ausgerechnet dann das schwarz-gelbe Münchner Kindl aus der Dekoration zu Boden gestürzt ist, als nach dem Bundespräsidenten der Ministerpräsident ans Rednerpult trat – was sicher aber keine tiefere Bedeutung haben kann, denn Franz Josef Strauß beglückwünschte die Pfadfinder zu ihrem Entschluß, an die Isar zu kommen: „Offensichtlich denkt man, sobald die Bundesrepublik Deutschland erwähnt wird, selbst in Grönland, auf den Philippinen oder in Obervolta zuerst an die heimliche Hauptstadt, dann erst an die offizielle."

In Scoutskreisen hat München aber noch eine andere Bedeutung, wurde doch hier schon 1909 am Alten Realgymnasium die erste deutsche Pfadfindergruppe gegründet. Das war nur zwei Jahre, nachdem Lord Robert Baden-Powell seine Offiziersuniform der englischen Kolonialarmee ausgezogen und unter dem Versprechen „Allzeit bereit" die ersten boy scouts um sich geschart hatte.

Es war ein Münchner Oberlehrer, der die druckfrische deutsche Ausgabe des Pfadfinderbuches gelesen und zu seiner Klasse gesagt hatte: „Buam, des is was für uns." So jedenfalls berichtet Gründungsmitglied Hermann Würth, mit 93 Jahren der älteste deutsche Pfadfinder, der, rüstig noch im hohen Alter, als lebender Beweis für das damalige Pfadfinderabzeichen wurde: Ein Bild des bayerischen Prinzregenten Luitpold und die Worte „Pflege der Jugend schafft rüstiges Alter". Die Lilie, unter der sich heute 18 Millionen Jungen und acht Millionen Mädchen in 119 Ländern (der Pfadfinderverband von Gambia wurde am Münchner Eröffnungsabend als jüngstes Mitglied in die Weltorganisation aufgenommen) zusammenfinden, wurde erst später zum einheitlichen Symbol gewählt.

Wenn Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Münchner Eröffnungsrede meinte, mit dieser Konferenz seien „die deutschen Pfadfinder endgültig heimgekehrt unter das größte Dach einer freiwilligen Jugendorganisation", dann spielt das Staatsoberhaupt, das in seiner Jugend selbst die Kluft mit dem Halstuch trug, auf eine bewegte und nicht immer glückliche Vergangenheit der deutschen Gruppen an. Schon kurz nach der Gründung des ersten Deutschen Pfadfinderbundes im Januar 1911 schlugen die Wellen hoch, als ein kaiserlicher General den Jugendbund, der sich nach englischem Vorbild „Friedenspfadfinder" nannte und es ablehnte, wie andere Jugendgruppen mit hölzernen Gewehren Krieg zu spielen, in einer Streitschrift als „knochenweiche Nachäffer und unwürdige Kriechernaturen des Auslandes" beschimpfte.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg bestimmten Hader und Streit die Szene, was soweit führte, daß deutsche Pfadfinder, als sie 1920 bei der ersten Weltkonferenz in London auftauchten, nichts Wichtigeres zu tun hatten, als sich darüber zu streiten, ob sie nun unter der schwarz-weiß-roten oder der schwarz-rot-goldenen Fahne marschieren sollten. Als schließlich vereinbart wurde, die Deutschen beim Welttreffen 1933 in Ungarn in den Weltverband aufzunehmen, war es zu spät: Nach der Machtergreifung wurden die Pfadfinder verboten und zum Teil in die Hitlerjugend eingegliedert. In Diktaturen, so der Bundespräsident in München, würden die Pfadfinder durch die Staatsjugend ersetzt, die manches der Pfadfinder usurpieren und ins Gegenteil verkehren. Richard von Weizsäcker spielte dabei auf die das deutsche Pfadfinderwesen bis weit in die Nachkriegszeit belastende Tatsache an, daß die Hitlerjugend bewußt eine Uniform wählte, die der Pfadfinderkluft ähnlich war. Ein Versuch der Hitlerjugend, als Mitglied in die Weltorganisation aufgenommen zu werden, scheiterte 1934, der HJ-Stabschef Karl Nabersberg wurde in London von Lord Baden-Powell nicht einmal empfangen.

Die Rache folgte umgehend: Die „Reichsschaft Deutscher Pfadfinder" wurde als „eine Zufluchtsstätte dem neuen Staat feindlich gesinnter junger Menschen" verboten, ihre Führer zum Teil verhaftet und einige sogar getötet. Erst 1950 wurden die Deutschen Mitglied im Weltbund. Heute sind bei den deutschen Pfadfindern 220 000 Kinder und Jugendliche von sieben bis zwanzig Jahren.

Die weltweite Pfadfinderbewegung hat sich Freiheit, Toleranz und Internationalität zu ihren Leitworten gewählt. „Wer diese Ideale auf seine Fahne schreibt", meinte Franz Josef Strauß in seinem Grußwort, „der gewinnt in unserer Welt leider nicht nur Freunde. So geraten Pfadfinder zu jedem totalitären Regime zwangsläufig in Gegensatz."

Wenn Klaus Leger abends wieder die Kopfhörer aufsetzt und den Funkkontakt nach Südamerika und nach Japan sucht, um zu berichten, daß der britische Ex-Premier Sir Edward Heath die Delegierten in München aufgerufen hat, den Schwung und den Idealismus der Jugend auch für die Hilfe in der Dritten Welt und zum besseren Verständnis zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden einzusetzen, dann hat dieser weltumspannende Informationsaustausch sehr viel zu tun mit dem neu erwachten Selbstverständnis der Pfadfinder.

Gewiß ist der Stamm oder das Zeltlager weiterhin Mittelpunkt ihrer Arbeit, aber neue Aktivitäten bringen der Bewegung eine neue Dimension. Sie arbeiten mit Pfadfindern in den Entwicklungsländern zusammen, führen ein Ausbildungszentrum in Obervolta und bauen Wasserpumpen in Sudan. Und Richard von Weizsäcker zeigte weitere Möglichkeiten, wo „Idealismus und Wille zur guten Tat" auch im Inland beispielgebend investiert werden können: im sozialen Engagement für Behinderte, Drogenabhängige oder Arbeitslose. Hier Wege zu finden, ist auch Sinn des Münchner Kongresses.

Sonnenschein: Vergleich ist gescheitert

F. DIEDERICHS, Berlin

Das Berliner Oberverwaltungsgericht wird morgen mit einem Urteilsspruch einen Schlußstrich unter die verwaltungsrechtlichen Auseinandersetzungen um die umstrittene Batteriefabrik „Sonnenschein" ziehen. Gestern scheiterte der Versuch des Vorsitzenden Richters Albrecht Grundei, unter den Verfahrensbeteiligten zu einem Vergleich zu kommen, an der Haltung der Kläger, die weiter einen sofortigen Produktionsstopp für die im Besitz der Familie von Bundespostminister Schwarz-Schilling befindliche Firma fordern.

In der mündlichen Verhandlung hatten die beklagte Firma und die Anwälte der Senatsverwaltung für Umweltschutz erwartungsgemäß erklärt, sie seien grundsätzlich zur Akzeptierung des Gerichtsvorschlags bereit, der eine Weiterführung der Produktion unter strengen Umweltschutzauflagen vorsieht, die bis zum Jahresende erfüllt werden müssen.

Der Berliner Rechtsanwalt Rainer Geulen erklärte für die Klägerseite, der vom Gericht vorgelegte Vergleichsvorschlag würde für seine Mandaten mehr Nach- als Vorteile bringen und erwecke den Eindruck, als solle eine gütliche Einigung zwischen dem Gericht, dem Unternehmen und dem Senat, nicht aber den Anwohnern herbeigeführt werden. Geulen bekräftigte anschließend seine Auffassung, daß Teile der Betriebsanlagen illegal errichtet worden und bis heute nicht genehmigt worden seien – ein Umstand, den schon das Berliner Verwaltungsgericht festgestellt hatte, als es einen sofortigen Produktionsstopp angeordnet hatte. Die Anwälte der Firma „Sonnenschein" hatten gegen den Produktionsstopp Beschwerde eingelegt und in einem Eilverfahren erfolgreich die Aufhebung der sofortigen Betriebsstillegung erreicht.

In der Verhandlung präsentierten dann Vertreter der Batteriefabrik mit Bleistaub gefüllte Glasbehälter, um zu demonstrieren, daß zum heutigen Zeitpunkt die von der Firma emittierten Bleistaubwerte unter den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerten liegen. Den Vorwurf der illegal betriebenen Betriebsanlagen vermochte jedoch auch diese *Demonstration nicht* zu entkräften. Auch der Hinweis auf künftige neue Verordnungen zum Bundesimmissionsschutzgesetz, die nach Ansicht der „Sonnenschein"-Rechtsanwälte „in den nächsten Tagen rechtsgültig werden sollen", fand vor Gericht keinen Anklang, da der Vorsitzende Richter betonte, er werde sich an zum Tage der Entscheidung geltendes Recht halten.

Die Entscheidung, ob „Sonnenschein" unter strengen Auflagen weiterproduzieren kann oder bis zur Behebung der Mängel und Genehmigung von Anlagen eine Teilstillegung des Werks erfolgt, verkündet das Oberverwaltungsgericht *morgen*.

Aufbruch Europas in das Zeitalter der Elektronik

Bonn setzt große Hoffnung in das Eureka-Programm

BERNT CONRAD, Bonn

Minister aus 17 europäischen Ländern werden heute zusammen mit Vertretern der *EG-Kommission in* Paris die Weichen für das Forschungsprogramm Eureka stellen, mit dem auf Beschluß der EG-Regierungschefs ein „Europa der Technologie" geschaffen werden soll. Die Bundesregierung hält das Treffen für außerordentlich wichtig. Im Auswärtigen Amt wurde gestern sogar *die* Hoffnung geäußert, daß dieser Tag als ein entscheidendes Datum für den Aufbruch Europas in das Zeitalter *der Elektronik* und der *Information* in die Geschichte eingehen wird.

In der französischen Hauptstadt werden sämtliche Partner der Europäischen Gemeinschaft, die künftigen Mitglieder Spanien und Portugal, sowie Norwegen, Schweden, die Schweiz, Österreich und wahrscheinlich auch Finnland vertreten sein. Für die Bundesregierung werden Außenminister Hans-Dietrich Genscher *und* Forschungsminister Heinz Riesenhuber an der Tagung teilnehmen.

Das Eureka-Projekt geht auf eine gemeinsame Initiative des französischen Außenministers Roland Dumas und Genschers zurück. Als Ziel schwebte ihnen von Anfang an *vor*, die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kapazitäten Europas, besonders im Bereich der Spitzentechnologie, zusammenzufassen, um der technologischen Herausforderung aus Japan und den USA gerecht zu werden.

Als Illustration dieser Herausforderung wurde gestern in Bonn darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1985 insgesamt 300 Milliarden Mark aus öffentlichen und privaten Geldern für die Forschung ausgeben, während die Aufwendungen in der Bundesrepublik sich auf 53 Milliarden Mark belaufen.

Dirigismus wird von Deutschen abgelehnt

Die Forschungszuschüsse in Deutschland und in anderen europäischen Staaten aber werden, unabhängig *von ihrer Höhe*, auch noch zersplittert. So haben nach Bonner Angaben beispielsweise elf europäische Firmen elf digitale Telefon-Vermittlungssysteme entwickelt und dafür fast 20 Milliarden Mark ausgegeben, während es in Japan nur zwei digitale Systeme gibt.

„Europa hat keine Zukunft, falls es diese Entwicklung nicht gemeinsam meistert", schrieb Außenminister Dumas Anfang Mai seinen deutschen Amtskollegen Genscher. Die konkreten Vorschläge, die in diesem Brief enthalten waren, sind allerdings inzwischen erheblich verändert worden. Denn Dumas schwebte eine For*schungsagentur mit Lenkungsaus*schüssen für die verschiedenen Fachbereiche vor. Diese dirigistische Tendenz fand auf deutscher Seite keinen Beifall. *Bonn und Paris einigten sich* schließlich auf einen Plan, der keine Agentur und keine übergreifende Bürokratie, sondern konkrete Projekte *mit wechselnden Teilnehmern* vorsieht.

An den einzelnen Projekten soll sich die EG-Kommission sowie jeder westeuropäische Staat *auch über die* EG hinaus beteiligen können, der zu eigenen Leistungen dafür bereit ist. Dabei wird es nur zwei Institutionen geben: *die heute zusammentretende* Ministerkonferenz und jeweils ein Sekretariat für ein konkretes Projekt.

Firmen zeigen großes Interesse

Die Kriterien für die Projekte sollen heute in Paris festgelegt werden. Dabei werden folgende Sachbereiche ins Auge gefaßt werden:

- *Die neue Computer-Generation;*
- Höchstgeschwindigkeits-Schaltkreise;
- moderne Kommunikationsstruk*turen für Europa;*
- Bio-Technologie für den Umweltschutz.

Zur Finanzierung der Eureka-Pro*jekte sollen* Beiträge der *beteiligten* Industrien, Eigenmittel oder Kredite der EG und Zuschüsse aus den nationalen Haushalten herangezogen werden. Diplomaten äußerten die Überzeugung, daß auch Bundesfinanzminister Stoltenberg für deutsche Zu*schüsse zu gewinnen sein wird*, wenn ihm überzeugende Projekte vorgelegt werden. Die ersten konkreten Projekte *sollen* von einer weiteren *Minister*konferenz beschlossen werden, die auf Vorschlag Genschers im zweiten Halbjahr 1985 in der Bundesrepublik abgehalten werden soll.

Bei führenden europäischen Firmen hat Eureka schon vor der Pariser Konferenz *großen Anklang* gefunden. So haben die Firmen Siemens, Philips, General Electric und Thomson erklärt, sie seien dabei, im Rahmen von Eureka gemeinsam Projekte zu prüfen. Auf erhebliches Interesse für Eureka ist der Bundesaußenminister auch *bei seinem jüngsten Besuch in* Japan und Südkorea gestoßen. Er wurde sogar gefragt, ob sich Japan an Eureka-Projekten beteiligen könne.

Erst vor wenigen Tagen hat Genscher in einem Rundfunkinterview noch einmal bekräftigt, daß Eureka kein *„Konkurrenz-Projekt zu SDI"* (dem amerikanischen Forschungsprogramm für die Weltraumverteidigung) sein solle. Als Instrument zur technologischen Kooperation in Europa wäre Eureka nach seinen Worten auch dann notwendig, wenn es SDI *nicht* gäbe.

Bremen im Alleingang

Von W. WESSENDORF

Die Bildung einer Fangunion für die Deutsche Hochseefischerei leidet nach wie vor unter Geburtswehen. Obwohl das Tauziehen um den Standort einer neuen Gesellschaft zwischen Bremerhaven und Cuxhaven zu einer Spaltung der Reedereien und der beiden *Landesregie*rungen Bremen und Niedersachsen geführt hat, will das Bonner Kabinett am nächsten Mittwoch erneut nach *einer einheitlichen Lösung suchen*, versicherte der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Wolfgang von Geldern, *gegenüber der WELT*.

In die nun in Cuxhaven geplante Fangunion sollen die drei Reedereien „Nordstern AG", „Nordsee" und „Pickenpack" in Hamburg eingebracht werden, *außerdem* soll sich die Stadt Cuxhaven und der Seefischmarkt daran beteiligen. Mit der *zu gründenden GmbH könnten dann* sieben Vollfroster und vier Frischfischfänger auf Charterbasis betrieben werden. Nach den Vorstellungen von Gelderns wird der Landbetrieb der „Nordsee" in Cuxhaven von der Fangunion gepachtet.

Unterdessen marschiert das Land Bremen *allein, nachdem es von der* hanseatischen Hochseefischerei drei Frischfischfänger für 6 Millionen *Mark gekauft hat. Voraussichtlich ist* daran gedacht, zum Jahresende eine neue Holding in Bremerhaven zu gründen. Die 65 Arbeitsplätze auf den drei Schiffen „Bürgermeister Smidt", „Wien" und „Geestemünde" bleiben erhalten, doch wurden den *rund 70 Angestellten an Land zum* Jahresende beziehungsweise 31. März 1986 die Kündigungen ausgesprochen. Der Bremer Senator *für* Wirtschaft, Werner Lenz (SPD), teilte mit, er werde aber alles versuchen, auch die Arbeitsplätze an Land so gut wie möglich abzusichern.

Lenz schwebt vor, bis zum Jahresende eine breitangelegte *Holding zu* gründen. Das Land will dort die drei gekauften Schiffe und Anlagen einbringen. Als zusätzliche Säulen könnten die Bremerhavener *Fische*reihafen-Betriebsgesellschaft, die Kutterfang-Genossenschaft und der ansässige Großhandel dabeisein. Allerdings müssen *bis dahin noch* der Bremer Senat und die Bürger-



Norddeutschland

schaft der Transaktion zustimmen. Dieser Schritt wird indes nur noch als Formsache angesehen.

Im Gespräch mit der WELT betonte von Geldern, daß es Bundeshilfe nur für eine „echte Strukturreform" geben werde. Die Fischfänger könnten nur mit einem Einsatzplan fahren, der von einem Landbetrieb aus verwaltet werde. Diese Vorstellungen entsprächen auch dem Kabinettsbeschluß von Anfang Juli. Käme es *trotz* des Streits *noch* zu einer Einheitsgesellschaft, könnten rund 30 Millionen Mark als Startkapital bereitgestellt werden.

Der Staatssekretär bedauerte, daß *die Standortfrage* von vornherein bei der Bildung der Fangunion eine wesentliche Rolle *gespielt habe*. Dem Bremer Senat stünde offen, als sechster Gesellschafter mit den gerade von der hanseatischen Hochseefischerei erworbenen *Frischfischfängern in die Fangunion* einzutreten. Bremen sei „eingeladen, dies zu tun". Von Geldern: „Ein solcher Schritt wäre vernünftig und würde *von allen fünf Beteiligten der* Fangunion sowie auch von der Bundesregierung begrüßt." Ein „isoliertes Vorgehen Bremens" sei wirtschaft*lich aussichtslos, meinte* der Staatssekretär.

Denoch gehen die Bremer davon aus, daß es künftig zwei Standorte einer Hochseefischereiflotte geben wird. Und der Bremer Wirtschaftssenator setzt darauf, *Zuschüsse für die* vorgesehene Holding nicht nur aus Bonn, sondern auch von der EG zu erhalten. Das kleinste Bundesland selbst will bis zu 10 Millionen Mark zur Rettung des Bremerhavener Standortes lockermachen.

Schon lange währt das Gerangel um die Deutsche Hochseefischerei; *etliche Konzepte wurden* ausgearbeitet, ohne daß sich die Beteiligten endgültig auf eines verständigen konnten. Zum Eklat kam es dann am vergangenen Wochenende, als sich Lenz vom niedersächsischen Ministerpräsident Ernst Albrecht „aufs Kreuz gelegt *fühlte*". Denn Albrecht lockte das Bremerhavener Unternehmen „Nordstern" mit erheblichen Steuergeldern nach Cuxhaven. Lenz meinte, „Nordstern"-Inhaber Dirk Ahlers sei mit „höchst bedenklichen und zweifelhaften Methoden" von Albrecht ins benachbarte Niedersachsen abgeworben worden.

Ausnahme vom Sozialplan

rtr. Kassel

Leitende Angestellte haben im Falle eines Konkurses keinen Anspruch auf eine Abfindung nach dem Sozialplan. *Dies hat der Erste Senat* des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) gestern entschieden. Die Verpflichtung eines Arbeitgebers, sich mit dem Betriebsrat über einen Sozialplan zu einigen, bestehe nur für Arbeitnehmer, auf die die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes Anwendung finden. Dazu gehörten die leitenden Angestellten nicht, erklärte das Gericht. *Der Gesetzgeber habe selbst für die* leitenden Angestellten unterschiedliche Regelungen getroffen, dies sei verfassungsrechtlich auch *zulässig*.

Das Gericht wies damit in letzter Instanz die Klage des ehemaligen stellvertretenden Geschäftsführers einer Spedition ab, die nach ihrer Stillegung den leitenden Angestellten von dem Sozialplan ausdrücklich *ausgenommen hatte* (AZ.: 1 AZR 206/81).

Filbinger stellt klar

dpa, Stuttgart

Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger hat erneut versichert, daß als *Folge* seiner Urteile als Marinerichter kein Mensch sein Leben verloren habe. Im Gegenteil, so fügte Filbinger in einem *Schreiben an die* Deutsche Presse-Agentur hinzu, er habe nachweislich unter Inkaufnahme persönlicher Gefahren während des Krieges mehreren Soldaten das Leben gerettet.

Filbinger nahm damit Stellung zu *der Kontroverse*, die sein Erscheinen bei einer Feier zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Bundestag ausgelöst hatte. *In einem dpa-Bericht* über die Feierstunde war fälschlicherweise gesagt worden, Filbinger habe noch nach Kriegsende einen Soldaten zum Tode verurteilt. Filbinger hatte vor Kriegsende an Todesurteilen mitgewirkt. Filbinger, der *1978* zurückgetreten war, hatte sich stets als Opfer einer Rufmordkampagne bezeichnet.

EKD konkretisiert Plan für Konzil

idea, Hannover

Erste Überlegungen für ein weltweites Friedenskonzil der christlichen Kirchen, das der Naturwissenschaftler Carl Friedrich von Weizsäcker (Starnberg) im Juni auf dem Düsseldorfer Kirchentag vorschlug, stellte der Rat der Evangelischen Kirche *in Deutschland (EKD) nun* in Hannover an. Er sprach sich dafür aus, wie es in einem Kommuniqué heißt, das Anliegen zu unterstützen und zu prüfen, wie es zu verwirklichen sei. Dabei will man in Kontakt mit dem Kirchentagspräsidium, dem Weltkirchenrat sowie mit Vertretern der katholischen und der anglikanischen Kirche vorgehen.

Die Gespräche mit den orthodoxen Kirchen hätten ein „erhebliches *Maß* an Annäherung im Verständnis der theologischen Grundfragen" erbracht, führte der Präsident im EKD-Kirchenamt, Heinz Joachim Held, aus.

Tamilen gelangen jetzt über Brüssel nach Deutschland

hrk. Berlin

Der von der *„DDR"* verhängte Einreisestopp für Tamilen, die bisher über Berlin-Schönefeld ungehindert nach West-Berlin gelangten, scheint zu greifen. Bei der Berliner Auslän*derbehörde meldeten sich bis* Dienstag nur Srilanker, die vor dem Stichtag 15. Juli in den Westen der Stadt gekommen waren. Dennoch zeigte sich der Sprecher der Innenverwaltung, Hans Birkenbeul, reserviert: „Wir haben noch keine gesicherten Erkenntnisse, daß dies das endgültige Stopplicht ist." Asylbewerber meldeten sich in der Regel erst mehrere Tage nach ihrer Einreise. Im ersten Halbjahr 1985 gelangten 29 000 Asyl*bewerber in das* Bundesgebiet. Davon benutzten rund 21 300 die Schleuse über die Sektorengrenze nach Westberlin.

Inzwischen zeichnet sich ein neues „westliches" Schlupfloch für Asylanten ab: Am vergangenen Wochenende ließ nach Mitteilung der Innenverwaltung die amerikanische Fluggesellschaft PanAm ceylonesische Passa*giere von Brüssel aus ohne* Sichtvermerk in die Bundesrepublik Deutschland weiterfliegen. Berlins Innensenator Heinrich *Lummer* will wegen dieses „unfreundlichen Verhaltens" jetzt bei der Gesellschaft und bei Bonner Behörden vorstellig werden.

Bombenalarm in der Ständigen Vertretung

DW. Berlin

Nach einer Bombenandrohung, die die Ständige Vertretung Bonns in Ost-Berlin erreichte, ist das Haus am vergangenen Freitag von sämtlichen Bediensteten vorübergehend verlassen worden. Bei der Durchsuchung der Räume durch Mitarbeiter des Hausdienstes der Vertretung – Beamte des *Bundesgrenzschutzes* in Zivil – wurde nichts Verdächtiges gefunden. Die Vertretung benachrichtigte die „DDR"-Behörden von dem Vorfall.

Beim ZDF neue Postenbesetzung

Nea. Frankfurt

Peter Voß, der Leiter des „heute-journal", soll beim *ZDF* jenen Posten bekommen, für den der inzwischen zum Bonner Regierungssprecher berufene Friedheim Ost vorgesehen war: Chef der Hauptredaktion „Aktuelles", die mit rund 100 Mitarbeitern einen der *wichtigsten* Bereiche des ganzen Senders darstellt. Dies entnehmen jedenfalls Insider den Andeutungen, die der Intendant Dieter *Stolte kurz vor seinem Urlaub* in der vergangenen Woche vor der versammelten Hauptredaktion gemacht hat. Falls nicht noch etwas besonders „Brillantes" von außerhalb in die Diskussion komme, so ließ Stolte wissen, wolle er die Position aus dem Haus besetzen. Die Frage, welche Rolle dabei die Parteizugehörigkeit spiele, beantwortete der Intendant mit der Bemerkung, er könne die „Farbenlehre" nicht ändern. Da die betreffende Funktion, die zur Zeit noch von dem inzwischen zum stellvertretenden Chefredakteur berufenen Karl-Heinz Rudolph ausgeübt wird, der CDU zusteht, kommt jetzt *dafür nach allgemeiner Ansicht* nur Voß (früher „Report", München) infrage. Auf die freiwerdende Position des „heute-journal" könnte Alexander Niemetz rücken, der ursprünglich auch als möglicher Hauptredaktionsleiter genannt worden war.

Berliner Etat auf dem Kurs von Stoltenberg

hrk. Berlin

Von jeder Mark, die 1986 in Berlin *ausgegeben wird, stammen* wieder 52 Pfennig aus Bonn: Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg belohnte den *soliden, gänzlich nach dem „Stoltenberg-Stil"* geschnittenen neuen Berliner Etat mit einer auskömmlichen Bundeshilfe von 11,6 Milliarden Mark. Bonns Zuschuß steigt damit stärker als der Bundesetat insgesamt.

Gestern legte Berlins neuer Finanzsenator *Günter Rexrodt (FDP)* dem Senat sein erstes Etatwerk vor: Der Neuling im Ressort agierte dabei gleich wie ein erfahrener, auf Berlin gutes frisches Image orientierter Politiker. Denn seine Hauptpunkte zielen auf die Förderung neuer Industrieansiedlungen und Betriebe in der Stadt und den Ausbau der alten Hauptstadt zum Dienstleistungszentrum der *Bundesrepublik. Rexrodt nahm den* politischen Impuls von Stoltenberg auf und setzte ihn geschickt um: „Wir brauchen *mehr Investitionen*. Dafür stellen wir 1986 rund 3,8 Milliarden Mark bereit. Auf diese Weise wollen wir unseren Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten", hatte der Finanzsenator schon bei früherer Gelegenheit bekräftigt.

Erneut sprach sich Rexrodt gestern *entschieden* gegen das alte sozialliberale Ankurbelungs-Instrument von Konjunkturprogrammen aus: „Am Ende weiß niemand, wo das Geld geblieben ist. Wir setzen unsere Mittel dagegen gezielt ein", sagte er der WELT.

Berlins Etat umfaßt die neue Rekordsumme von 22,14 Milliarden Mark. Die Neuverschuldung wird auf 650 Millionen Mark begrenzt. Um den Sparkurs der Bundesregierung zu un*terstützen, hält der Senat* an dem schon von Rexrodts Vorgänger Gerhard Kunz (CDU) eingeschlagenen Weg fest, kein weiteres Personal einzustellen.

Die Stadt *bemüht* sich weiterhin, den Ruf des Bundes-„Kostgängers" zu verlieren. Schließlich verdient sich Berlin ein Viertel der *Etatsumme selbst* – *denn* der Fiskus kassiert 1986 rund 5,3 Milliarden Mark Steuern. Weil es der Wirtschaft an der Spree relativ gut geht ...

OAU-Gipfel sucht Strategie gegen Hunger und Schulden

„Aktionsplan von Lagos" soll Wirtschaft voranbringen

BERND RÜTTEN, *Bonn*

Zwei Drittel der Afrikaner leben unter der Armutsgrenze. Jeder Fünfte (100 Millionen) leidet an Hunger *und Unterernährung*. Die *Hälfte* aller Arbeitskräfte auf dem Kontinent ist ohne Beschäftigung. Vor diesem Hintergrund findet von morgen an für drei Tage der Gipfel der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) in Addis Abeba statt.

In einem Vorbereitungspapier wird ein „spezielles Aktionsprogramm zur Verbesserung der Nahrungssituation *und zum Wiederaufbau der Landwirt*schaft in Afrika" vorgeschlagen, zur Lösung des Schuldenproblems die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz gefordert.

Schon 1980 hatten die OAU-Mitglieder außerhalb des Turnus der jährlichen *Konferenz einen* Wirtschaftsgipfel im nigerianischen Lagos veranstaltet, auf dem sie den Ernst der Situation durchaus klar erkannten. Die wirtschaftlichen Prognosen waren alarmierend: Anstieg der Importe um jährlich sechs Prozent bei einer Exportsteigerung von nur zwei Prozent, ständig steigende Belastung durch Energiekosten, be*drohliche demographische Entwick*lung, Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion.

Schon damals beschloß man, der Nahrungsmittelproduktion höchste Priorität einzuräumen und vor allem auch die regionale Zusammenarbeit zu verstärken. Doch von all den Resolutionen, im „Aktionsplan von Lagos" zusammengefaßt, ist nichts verwirklicht worden. Der Plan soll jetzt an „die neuen Realitäten" des Kontinents angepaßt werden.

Heute ist fast die Hälfte der OAU-Mitgliedsländer unter die Vormundschaft des Internationalen Währungsfonds (IWF) geraten. Ein Fünftel der gesamten *IWF-Kredite ging nach* Afrika. Auch die Weltbank, die längerfristige Entwicklungsprojekte finanziert, hat sich in immer stärkerem *Umfang in Afrika engagiert*. Die gesamte Verschuldung Afrikas ist nur schwer festzustellen. Sie wird bei 42 Ländern südlich der Sahara auf zirka *130 Milliarden Dollar geschätzt*.

*Alarmierend dabei ist, daß die Kre*dite nicht für produktive Investitionen, sondern für den Konsum verwendet wurden oder daß Investitionen sich kaum oder gar nicht in Produktion umsetzten. Nirgendwo auf der Welt arbeiten so viele Fabriken zu einem *Bruchteil ihrer Kapazität*, sind so viele Projekte nach Übergabe in sich zusammengebrochen wie in Afrika. *Viel Geld ist auch für die Pre*stigeprojekte ausgegeben worden, die keinerlei Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum geleistet haben. Dadurch und durch den Verfall der Rohstoffpreise – Haupteinnahmequelle der Länder der Dritten Welt – hat sich der Anteil der Schuldendienstrate an den Exporterlösen verschlechtert.

Wie den Teufelskreis durchbrechen? Der Auftakt in Addis Abeba verspricht wenig. Dort bereiten seit einigen Tagen die Außenminister der OAU-Mitgliedsländer den Gipfel vor. Gastgeber Mengistu Haile Miriam gibt alle Schuld der restlichen Welt, der er vorwirft, Hilfe als politisches Druckmittel zu benutzen.

Intelligenter als *Mengistu*, strebt der amtierende OAU-Vorsitzende, der tansanische Präsident Julius Nyerere, einen *Zusammenschluß* der afrikanischen Schuldnerländer an mit dem Ziel, durch vereintes Auftreten die westlichen Gläubiger zu besseren *Kreditkonditionen zu bewe*gen. Die harten Auflagen des IWF kritisiert er als unsozial. „Brotunruhen" könnten Regierungen stürzen. Als Beispiel zitiert er den Sturz Numeiris. Doch es waren nicht die Auflagen des IWF, sondern brutale Unterdrückung und Menschenrechtsverletzung, *die den Staatsstreich in* Sudan verursachten.

Nicht leugnen läßt sich, daß die hohen Zinssätze – wie der jüngste Entwicklungsbericht der Weltbank *ausführt – den afrikanischen Schuld*nerländern kaum noch eine Chance für vernünftiges Wirtschaftswachstum lassen, und daß die westlichen Industrieländer, *die sonst für einen* freien Welthandel plädieren, protektionistische Zollschranken gegen billige Importe aus Ländern der Dritten Welt *errichtet* haben.

Gesellschaft in Ungarn zeigt „neue Struktur"

C. G. STRÖHM, Wien

Wirtschaftsreformen seien für die kommunistischen Regime Osteuropas nicht genug, um aus ihren gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen. Wenn der Sozialismus sich entsprechend den Notwendigkeiten der heutigen Gesellschaft entwickeln wolle, müsse es auch zu einer „ideologischen Revision" kommen. Diese Meinung vertritt ein prominenter *ehemaliger KP-Funktionär Un*garns, der seinerzeitige Ministerpräsident der Stalin-Ära, Andras Hegedüs, in einem *Interview* mit der *italieni*schen KP-Zeitschrift „Rinascita".

Das neue Wahlsystem in Ungarn, das erstmals die Aufstellung mehre*rer Kandidaten für einen Parlaments-* oder Gemeinderatssitz verlangte und damit die bisherige „Einheitswahl" ablöste, wird von *Hegedüs als* „sehr wichtige und einzigartige Entwicklung" charakterisiert. Damit sei das Recht der Kandidatenaufstellung „von unten" durch das System akzeptiert worden.

Innerhalb der ungarischen Gesell*schaft sieht Hegedüs Strukturen ent*stehen, die nach seiner Meinung den „Embryo einer alternativen sozialistischen Gesellschaft" darstellten. Er nennt Beispiele: Die Tatsache, daß viele Ungarn neben ihrer offiziellen Beschäftigung einem zweiten, „privaten" *Job*, nachgehen. *Dies geschehe* nicht nur aus dem Wunsch, mehr Geld zu verdienen, sondern um sich in der Arbeit der bürokratischen Kon*trolle zu entziehen*.

Als *weiteres* Beispiel führte er die wachsende ökologische Bewegung in Ungarn an. So habe sich der „Donau-Kreis" so lange gegen den Bau eines Donau-Kraftwerks gewendet, bis die Regierung ein Expertenkomitee ernannte, welches mögliche schädliche Auswirkungen dieses Projekts für die Budapester Trinkwasserversorgung untersuchen soll.

Hegedüs spricht von „ins Kraut schießenden Initiativen von unten", von *Unterschriftensammlungen* gegen umweltgefährdende Fabrikbauten über Aktionen gegen den Bau von Kernkraftwerken bis zu unabhängigen *Zusammenschlüssen* von Arbeitnehmern im Dienstleistungssektor.

Euphorie über Frankreichs Sicherheitspolitik schwindet

Skeptische Fragen der Deutschen / Ein Symposium

A. GRAF KAGENECK, Berlin

Frankreichs ehemaliger Premierminister Pierre Messmer fühlte sich *um zwanzig Jahre verjüngt*. Dem Gaullisten ist aus seiner Zeit als Verteidigungsminister General de *Gaulles* und *als* einer der Mitdenker der noch heute gültigen französischen Verteidigungsdoktrin allzu genau in Erinnerung, als die Deutschen auf eine französische Beteiligung an der Vorneverteidigung der Bundesrepublik drangen.

Nicht minder nachhaltig, ja zuweilen drohend, wurden jetzt bei einem Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung in Berlin dieselben Forderungen von Bundestagsabgeordneten erhoben. Das Thema – Verteidigungsstrategie der NATO, genauer eine *deutsch-französische Strategie in der* NATO – kreiste um die ewig gleiche, nie gelöste Gretchenfrage, wie Frankreich es im *Ernstfall* mit einem Beistand für die in vorderster Linie bedrohte Bundesrepublik halte. Sie verdeutlicht hier, nur wenige Meter von der Mauer entfernt, den Kern des klassischen „deutsch-französischen Mißverständnisses", das sich seit den gescheiterten Bemühungen *um* eine europäische Verteidigungsgemeinschaft vor 31 Jahren und der Rückkehr *Frankreichs* in eine „splendid isolation" einige Jahre später aufgetan hatte: Deutschland denkt an seine exponierte Position am Eisernen Vorhang, Frankreich *blickt*, von der Wirksamkeit der Abschreckung an der europäischen Zentralfront überzeugt, über die Meere, von wo die *neuen Gefahren kommen können*.

Alfred Biehle, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Bundestag, verwies auf „neue Schlagzeilen" von einer Änderung der französischen Verteidigungsdoktrin, von einer Ausweitung des französischen Atomschirms auf die Bundesrepublik, von intensiveren Manövern französischer und deutscher Soldaten *auf* deutschem Boden. Er wollte aber wissen, ob das alles auch Realität sei.

Biehles Kollege Willy Wimmer sagte, auch *die Bundesrepublik* habe lebenswichtige Interessen einzufordern. Dazu gehöre die Vorneverteidigung, welche die Essenz des deutschen Verteidigungsbeitrags im Bündnis sei. Hieran aber nehme Frankreich nicht teil.

Was die deutsche Mitsprache an der atomaren Abschreckung angehe, sei *diese* bei den Amerikanern und Briten sehr viel besser aufgehoben als bei den Franzosen, von denen man bisher nicht wisse, wann und wo sie *ihre Bomben einsetzen. Wenn aber* eine französische Pluton auf Stuttgart falle, weil Frankreich dort seine eige*nen Interessen in Gefahr* sehe, dann müßten sich die Deutschen schon heute die Frage stellen, ob sie *„mourir pour Paris"*, für *Paris* sterben wollten. Wenn es erst mal soweit komme, so Wimmer, dann wäre es besser, die Signale der Bundesbahn auf grün zu stellen, damit die Rote Armee gleich bis Brest durchfahren könne.

In das betretene Schweigen der Franzosen hinein protestierte nur der ehemalige deutsche NATO-Verbindungsmann General a. D. Gerd Schmückle. Hier gehe es um ein grundsätzliches *Vertrauen zwischen* Deutschen und Franzosen. Basis dieses Vertrauens sei indessen kein *Wunschtraum* von einer Schicksalsgemeinschaft, sondern die Identität der Sicherheitsinteressen. Niemand dürfe am Willen Frankreichs zwei*feln, an der gemeinsamen Abwehr* eines Angriffs teilzuhaben. Nur, so Schmückle, wäre es für das Bündnis besser, wenn man die französischen Truppen in *Deutschland* als *feste* Größe einplanen könnte und besser über französische atomare Vorhaben informiert wäre. *Planungsklarheit* würde auch die Abschreckung erhöhen.

Dem stimmten die Franzosen zu. Sowohl Jacques Baumel, der Vorsitzende der Pariser „Stiftung für die Zukunft" und Hauptgesprächspartner der Hanns-Seidel-Stiftung, wie der ehemalige Premierminister Messmer, der frühere NATO-Botschafter de Rose oder der frühere Botschafter in Bonn, Froment-Meurice, beteuerten, daß es an der französischen Solidarität für die Verbündeten, allen voran Deutschland, keinen Zweifel geben dürfe.

Blockierer werden zur Kasse gebeten

rhk, Stuttgart

Demonstranten oder Blockierer, die in Baden-Württemberg von der Polizei weggetragen werden müssen, werden sowohl künftig als auch rückwirkend ab Dezember 1982 für solche Gesetzesverletzungen zur Kasse gebeten werden. Wie Regierungssprecher Kleinert bekanntgab, hat das *Stuttgarter* Kabinett beschlossen, diese Verordnung unter Berücksichtigung der vom Verwaltungsgericht *Mannheim* kürzlich festgestellten „Formfehler" neu zu formulieren. Es bleibe jedoch der Gedanke erhalten, daß Personen, die die Polizei durch „rechtswidrige Aktionen" zur Anwendung des „unmittelbaren Zwangs" veranlassen, zu einem „teilweisen Ersatz" der Polizeikosten herangezogen werden können.

Kleinert unterstrich, daß die jetzt beschlossene Neufassung dieser Re*gelung* durch eine „heilende Rückwirkung", so der juristisch korrekte Fachausdruck, auch für die bisherigen rechtskräftigen Bußgeldbescheide gelte. Im Dezember 1982 war dieses zum Teil heftig umstrittene Gesetz vom ehemaligen baden-württembergischen Innenminister und heutigen Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog (CDU), eingeführt worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Seit 40 Jahren versucht Warschau, Schlesien zu polonisieren

Wer Deutsch spricht, wird verfolgt

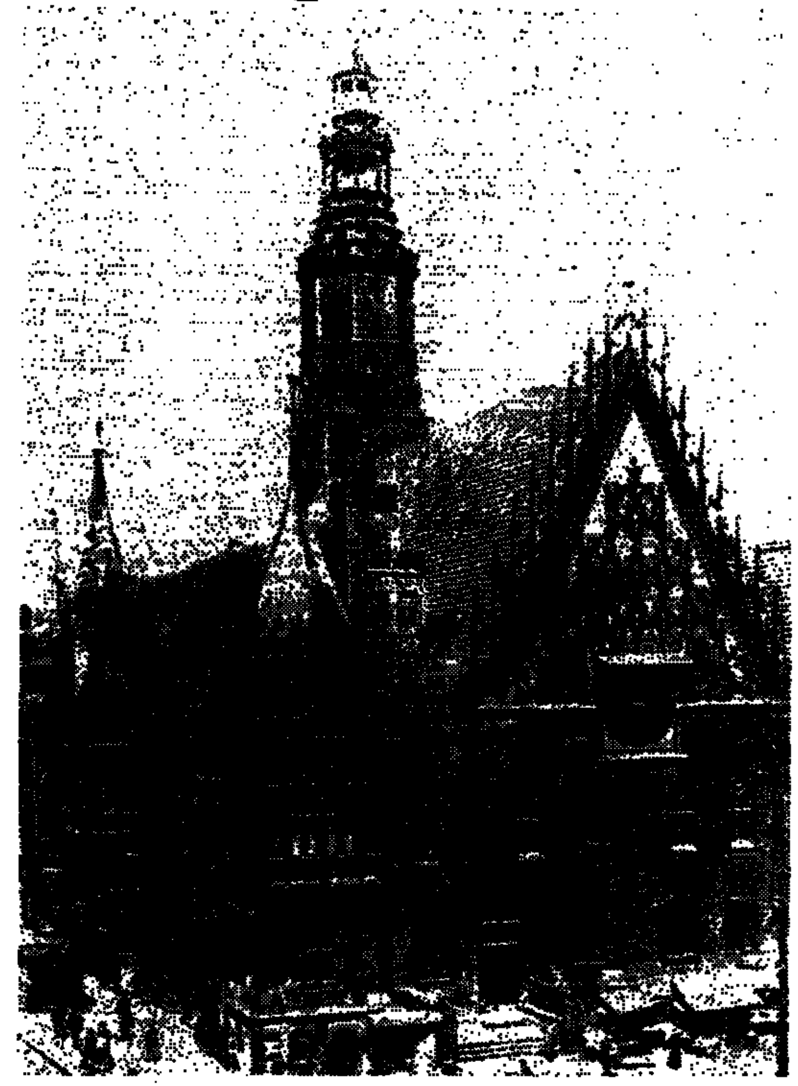
Von INGO URBAN

In Ostoberschlesien und in den seit 1945 unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Gebieten wohnen nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland 1,1 Millionen Personen deutscher Volkszugehörigkeit. Das Leben dieser Deutschen ist bestimmt von einer rücksichtslosen Unterdrückung durch die Polen. Von den polnischen Behörden und der katholischen Kirche Polens wird die Existenz einer deutschen Volksgruppe völlig geleugnet. Zur Situation dieser Deutschen stellt der Sprecher der *UN-Menschenrechtskommission, der* Wiener Professor für öffentliches Recht, Dr. Felix Ermarcora, fest, daß diese Deutschen ohne Schutzmacht sind, weil die Bundesrepublik Deutschland, obwohl nach dem Grundgesetz dazu verpflichtet, ihre Schutzmachtfunktion nicht ausübt und die Unterstützung nach der berechtigten Forderung für ein deutsches *Volksgruppen*recht *noch nicht* einmal auf die politische Tagesordnung genommen wurde.

Viele Deutsche (ca. 200 000) wollen daher ihre angestammte ostdeutsche Heimat verlassen und nach Westdeutschland aussiedeln, weil sie darin die einzige Möglichkeit sehen, den Repressalien der polnischen Behörden zu entgehen und der seit 40 Jahren andauernden Zwangspolonisierung zu entfliehen. Eine Ausreise ist jedoch nur möglich, wenn ein Ausreiseantrag gestellt und von den polnischen Behörden genehmigt wird.

Über die Situation der Deutschen in Schlesien berichtete der WELT aus eigenem Erleben jetzt der 37jährige Norbert Gaida aus Roschkau im Gemeindebereich Kreuzenort im Kreis Ratibor/Oberschlesien. Seit 1979 hatte er 23 Anträge auf Ausreise für sich und seine Familie gestellt, bis ihm dieses Jahr die Genehmigung dafür erteilt wurde.

Mit einer Vielzahl von Beispielen belegen Norbert Gaida und seine Frau Sophie (35), beide Lehrer, wie die kulturelle Unterdrückung, die Polonisierung und die geminderten Bildungschancen für Deutsche sich in Schlesien auswirken. Gottesdienst und seelsorgerische Betreuung in deutscher Sprache werden von der katholischen Kirche in Polen in Gebieten mit hohem deutschen Bevölkerungsanteil abgelehnt. Der Gebrauch der deutschen Sprache in der *Öffentlichkeit wird mit Verfolgungen* geahndet. Deutsch als Unterrichtssprache ist an den Schulen verboten. „Und dann beschimpfen uns die Leute hier in Westdeutschland, daß wir so schlecht Deutsch sprechen. Ich möchte diese Westdeutschen beziehungsweise deren Kinder und Enkel nach einem 40jährigen deutschen Sprachverbot einmal danach fragen können, wie gut ihr Deutsch ist", fragt Gaida.



Ein Symbol für Schlesien: Das gotische Rathaus zu Breslau
FOTO: DIE WELT

Uwe und Dieter darf niemand heißen

In Polen ist die Anzahl und die Qualität der Schulen fünfmal besser als in Oberschlesien. Dort, wo über 800 000 Deutsche wohnen, gibt es mit wenigen Ausnahmen nur eine Ausbildung bis zur Berufsschule, keine weiterführenden Schulen bis zur Hochschulreife. Auch die Möglichkeit, daß ein aus Schlesien stammender Deutscher in Kattowitz oder Breslau studieren kann, ist fast völlig ausgeschlossen.

Mit welchen Mitteln man die deutsche Sprachpflege außerdem behindert, wird an folgenden Beispielen deutlich:

– Ein vierbändiges Wörterbuch Deutsch-Polnisch, Polnisch-Deutsch kostet 2000 Zloty. Ein vierbändiges Wörterbuch Russisch-Polnisch, Pol*nisch-Russisch kostet dagegen nur* zwischen 100 bis 200 Zloty. Der monatliche Durchschnittsverdienst eines Lehrers liegt bei 12 000 Zloty.

– Deutschsprachige Literatur in Bibliotheken oder Buchhandlungen ist nur unter erschwerten Bedingungen und in nur wenigen Exemplaren erhältlich.

– Die Namenseintragung von deutschen Vornamen wie Günther, Horst, Michael, Jürgen, Dieter, Uwe, Gisela, Sigrid und Gertrud werden abgelehnt. Alle anderen Namen werden polonisiert.

– Nach 1945 wurden alle Familiennamen ebenfalls polonisiert. Versucht ein Deutscher heute, die seinerzeit in den 40er Jahren verfügte Namensänderung rückgängig zu machen, wozu ein außerordentlicher Mut gehört, weil er mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle rechnen muß, so ist dies meistens erfolglos. Über ein Jahr hat zum Beispiel der im Kreis Ratibor lebende Maschineningenieur Horst Muszalik eine Veränderung seines Namens nach der ursprünglichen deutschen Schreibweise Muschalik angestrebt, ohne Erfolg. Auch der Name Gaida war von den Polen in Gajda geändert worden. Erst nach einem jahrelangen Kampf war es Norbert Gaida 1970 gelungen, wieder die alte deutsche Schreibweise durchzusetzen.

Dies ist nur ein Teil der Lebenssituation der Deutschen in Oberschlesien, wo in ländlichen Regionen auch heute noch 80 Prozent der Bevölkerung Deutsche sind. In den meisten Fällen sind nur die ortsansässige Miliz, die Geheimpolizei, die Parteifunktionäre, die Lehrer und der Pfarrer Polen.

Stellt nun ein Deutscher aufgrund dieser Lebensbedingungen einen Antrag auf Ausreise, so beginnt für ihn ein Lebensabschnitt, der, wie Gaida erklärt, nur noch als eine moderne Form der Hexenjagd zu bezeichnen ist. Zu betonen ist, wie das Ehepaar Gaida erklärt, daß der Lebensstandard der Deutschen aufgrund ihrer hohen Arbeitsleistung, auch noch nach Feierabend, für polnische Verhältnisse sehr gut ist und der Vorwurf, *der in der* Bundesrepublik Deutschland immer wieder erhoben wird, bei den Aussiedlern handele es sich um „Volkswagen-Deutsche", nicht zutreffend ist. Am Beispiel der Familie Gaida seien hier nur einige wenige Stationen der Verfolgungen, nach einer Antragstellung auf Ausreise, aufgezeichnet:

– Nachdem die ersten Anträge auf Ausreise abgelehnt worden waren und Versuche, in „persönlichen" Gesprächen das Ehepaar Gaida mit seinen Kindern Michael und Diana (heute 13 und sieben Jahre alt) von ihrem Vorhaben abzubringen, ergebnislos waren, wurde Norbert Gaida in der Berufsausübung als Lehrer mit Beschränkungen belegt. Gleichzeitig wird ihm die Möglichkeit genommen, an seiner Promotion an der höheren Ingenieurschule für Bauwesen in Oppeln weiterzuarbeiten.

Hilferuf an den Bundeskanzler

– Im Februar 1980 wird Gaida ohne Grund von der polnischen Miliz auf offener Straße verhaftet und während mehrtägiger Verhöre so sehr körperlich mißhandelt, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden muß.

– Im März 1982 wird Gaida fristlos gekündigt. Diese Kündigung konnte nur durch Arbeitsgerichtsprozesse zeitweilig wieder aufgehoben werden. Nach der bedingten Wiedereinstellung mit gekürztem Gehalt an seiner alten Schule als Berufsschullehrer am Bautechnikum in Ratibor stellt Norbert Gaida einen Antrag auf Erlaubnis zur nebenberuflichen Tätigkeit, um seine Familie ernähren zu können. Dieser Antrag wird genehmigt, und Gaida stellt fortan in privater Produktion Schlackensteine für *die Baustoffindustrie her.*

– Mit Beginn des Jahres 1983 erstrecken sich die Repressalien auch auf den damals 11jährigen Michael Gaida, der fortan nicht mehr an außerschulischen Veranstaltungen teilnehmen darf. Durch Beziehungen gelang es den Eltern, ihren Sohn bei einem Ferientransport von Kindern aus der Diözese Kattowitz nach Westdeutschland zu bringen, wo der Junge nach dem Wunsch seiner Eltern bei der Großmutter ab August 1983 verbleiben sollte, um in Freiheit auf das Schicksal seiner Eltern und seiner Schwester Diana aufmerksam zu machen. – Was ihm auch gelingt. Nach einer ersten Veröffentlichung (WELT v. 11. 11. 1983) und der anschließenden intensiven und aufopferungsvollen Betreuung des Falles Gaida durch die „Arbeitsgemeinschaft Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland" der Schlesischen Jugend wird die deutsche Öffentlichkeit nach fünfjährigem Schweigen aufmerksam.

– Von Ende April 1984 wird Gaida von verschiedenen Seiten (die Personen sind der Redaktion bekannt) gewarnt, nicht mehr am Abend und in der Nacht auf die Straße zu gehen, da er um sein Leben bangen müsse.

In diesem Klima der Bedrängnis und der Not entschließt sich das Ehepaar, mit Tochter am 24. Mai 1984 in die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland nach Warschau zu gehen. Sie suchen dort Zuflucht und Hilfe bei der Schutzmacht ihres Volkes. Was sich dort während ihres siebentägigen Aufenthaltes bis zum 30. Mai abspielt, ist teilweise unvorstellbar. Dem Ehepaar Gaida wird unter anderem angedroht, daß man die polnische Miliz holen wolle, wenn es nicht die Botschaft verlasse. Um jeden Irrtum auszuschließen, muß gesagt werden, daß die Familie Gaida nicht die Botschaft besetzt hat, sondern dort hingeflohen ist.

Am 30. Mai 1984, 17 Uhr, verläßt das Ehepaar Gaida mit seiner Tochter die deutsche Botschaft in Warschau, nachdem ihm erklärt und versichert wurde, daß es innerhalb kürzester Zeit die Ausreise erhalten würde – dies sei mit den polnischen Stellen vereinbart –, und Frau Gaida brauche keine Angst mehr um das Leben ihres Mannes haben.

Alle diese Erklärungen, Behauptungen, Beteuerungen und Angaben *stellen sich im Nachhinein als die* Unwahrheit heraus. Als die Gaidas wieder nach Hause kommen, findet Norbert Gaida die fristlose Kündigung vor, und das Wohnhaus ist restlos von Polen geplündert. Der Wert des gestohlenen Hausrates beträgt zirka 250 000 Zloty, das Ergebnis von 14 Jahren Arbeit.

Weitere Anträge auf Ausreise werden ebenfalls abgelehnt. In dieser Situation wendet sich Frau Sophie Gaida in einem Schreiben vom 20. Januar dieses Jahres an den deutschen Bundeskanzler, in dem es heißt: „Bitte verzeihen Sie mir, daß ich mich mit meiner Angelegenheit an Sie wende. Aber die Tat meines im deutschen Geiste erzogenen Kindes, das in seinem Vaterland an der Seite seiner einsamen Großmutter geblieben ist, die sich ebenfalls für unsere Familie geopfert hat, und andererseits die unbeugsame Haltung der polnischen Behörden, die uns nicht nur die Möglichkeit zur Ausreise, sondern auch die Lebensgrundlage nehmen, bringt mich zur Verzweiflung". Der Brief endet mit der Bitte um Hilfe.

Ein Jahr später, im Frühjahr 1985, – nach Zusicherung auf Ausreise durch die deutsche Botschaft in Warschau – bekommen die Gaidas die Genehmigung. Der Weg bis zur tatsächlichen Ausreise zum Osterfest dieses Jahres ist dann allerdings noch sehr weit und schwer. Jede Genehmigung, die für die Ausreise erforderlich ist, ist nur mit Bestechung zu erhalten. Der Weg bis zum Ausreisetag ist mit zigtausend Zloty-Scheinen an Bestechungsgelder gepflastert.

Damit endet der siebenjährige Leidensweg einer deutschen Familie im polnisch verwalteten Schlesien, ein Schicksal wie es sich in dieser Region tagtäglich tausendfach wiederholt.

DRK: Gelder vom ‚Tag für Afrika' sind ausgegeben

Logistik nach wie vor ein Hauptproblem / Regen erschwert und verteuert den Transport von Hilfsgütern

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Von den 20,3 Millionen Mark, die das Deutsche Rote Kreuz als Anteil an *dem Spendenaufkommen des* „Tages für Afrika" (100 Millionen) am 23. Januar dieses Jahres erhalten hat, sind sämtliche Gelder bereits abgeflossen oder sie liegen in verbindlichen Aufträgen für Hilfsgüter jeder Art fest.

Dies erklärten Sprecher des Deutschen Roten Kreuzes gestern in Bonn auf Anfrage der WELT. Von den rund 200 Millionen Mark Spenden, die aus der „bisher größten Rock-Show der Geschichte", dem Doppelkonzert in London und Philadelphia am Wochenende zusammenkamen, kann das DRK nichts erwarten. Es ist lediglich möglich, daß die in die Fernsehschau eingeblendeten Konten des Deutschen Roten Kreuzes *in den* nächsten Tagen Zugänge aufweisen.

Der große Geldbedarf gerade für die Hungergebiete Afrikas wird von Frau Inge Aldenhövel, im DRK-Generalsekretariat im Referat für Katastrophen- und Entwicklungshilfe, durch die immer schwieriger werdende Logistik der Verteilung der Hilfsgüter im Bestimmungsland erklärt.

Von den 162 Millionen Mark, die das Internationale Rote Kreuz für 1985 allein in Äthiopien ausgeben will, kommen 9,3 Millionen Mark vom DRK. Da man sich angesichts solcher Summen nicht auf Zufälligkeiten einlassen will, hat das Rote Kreuz eigene Lagerhäuser, eigene Transportmittel und eigenes Personal vor Ort. Ein Transport von 30 großen Spezial-Lastwagen ist zur Zeit auf dem Weg nach Äthiopien, 14 Lkw wurden dazu vor vier Wochen aus Mitteln des „Tag für Afrika" dorthin geschickt, 60 Rote-Kreuz-Lastkraftwagen rollen bereits hier, hauptsächlich in den vom Hunger heimgesuchten nördlichen Provinzen Eritrea und Tigre.

Allein der Einsatz und die Wartung für die 30 neuen Fahrzeuge, die dringlichst erwartet werden, kostet für das eine Jahr, für das die Planung läuft, 8,5 Millionen Mark. 650 000 Personen erhalten in Nord-Äthiopien regelmäßig Trocken-Rationen. Die pro Kopf 15 Kilo Getreide, ein Liter Öl und ein Kilo Zucker bilden auf diese Weise 10 000 Tonnen Waren, die in vier Wochen über 22 Lager-Zentren verteilt werden müssen. *Hinzu kommen die* Hilfsgüter für 8000 Kinder in den sogenannten „Intensiv-Zentren", wo man versucht, sie mit fünf Mahlzeiten pro Tag wieder auf ein einigermaßen normales Körpergewicht zu bekommen.

Die Planung für die jetzt notwendige enorme Transportanstrengung ging davon aus, daß im Juli und August wieder die saisonale Zwischenregenzeit Regen bringt. Tatsächlich hat es auch schon geregnet – mit verheerenden Folgen für den Transport, aber auch für die Landwirtschaft.

Die Straßen wurden vor allem durch Abschwemmungen zerstört. Transportwagen mit einem Fassungsvolumen von 20 Tonnen sind nicht mehr einsetzbar. Der durch die lange Trockenheit steinhart gewordene Boden nimmt die Feuchtigkeit vom Himmel zunächst nicht auf, dann wird durch sie die letzte verwertbare Ackerkrume weggespült. Besonders verhängnisvoll ist dies in den trotz der Trockenheit der letzten Jahre noch feuchten Senken, wo noch etwas Landbau möglich war. Der Regen bringt also keine Entlastung für die Helfer.

Von den 37 DRK-Auslands-Delegierten sind zur Zeit 32 in Afrika eingesetzt, davon 13 im Sudan. Ihre Verträge – sie gelten für Automechaniker genauso wie für Fachärzte – gelten im allgemeinen bis 1988. Im Sudan wird Hilfe in drei Regionen geleistet, sowohl für einheimische Bevölkerung wie auch für die Flüchtlinge im Lande, die vor allem aus dem Tschad kommen.

Wie unzureichend Statistiken und finanzielle Vorarbeit sein können, zeigt sich am Beispiel eines sudanesischen Lagers, dessen Kapazität in drei Monaten von 3000 auf 13 000 Menschen wuchs. Das Internationale Rote Kreuz hat für 1985 für den Sudan 50 Millionen Mark Hilfsgüter veranschlagt. Sie kommen sämtlich über den Hafen Port Sudan und müssen wegen der Straßenverhältnisse in Khartum auf kleinere Lkw umgeladen werden. Das DRK: „Uns ist nicht bekannt, daß Hilfsgüter etwa im Hafen liegen bleiben. Wir haben speziell für dieses Land Lagerkapazität in Fertigbauteilen beschafft."

(Spendenkonto DRK: 414141 bei allen Banken, Sparkassen und beim Postscheckamt Köln)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Genschers Afrika-Politik

„Auch FDP-Kritik an Genschers Kurs": WELT vom 10. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie berichten, daß sich angesichts der umstrittenen Namibia-Politik auch in der FDP die Stimmen mehren, die eine Unterstützung der Über*gangsregierung in Windhuk fordern.* Dabei ist besonders zu begrüßen, daß der frühere Bundesminister Ertl erklärte, wir seien zur Unterstützung dieser Regierung verpflichtet.

Wann endlich bequemt sich der in der Kontinuität der sozial-liberalen Koalition stehende Herr Genscher dazu, seine Afrika-Politik entsprechend seinem Amtseid am Nutzen des deutschen Volkes zu orientieren? Wann endlich macht der Bundeskanzler auch im Hinblick auf die Afrika-Politik von seiner Richtlinien-Politik im Sinne des Art. 65 des Grundgesetzes Gebrauch? Dieser Artikel ermächtigt den Bundeskanzler doch wohl nicht nur, sondern verpflichtet ihn auch, die Regierung zu führen. Sollte es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern der Bundesregierung kommen, so bestimmt bekanntlich Art. 65 GG, S. 2, daß in einem solchen Fall die (gesamte) Bundesregierung entscheidet.

Wenn in Ihrem Bericht erwähnt wird, daß inzwischen 12 bis 15 Abgeordnete der FDP-Fraktion auf der Ertl-Linie liegen, ist zu hoffen, daß noch weitere Abgeordnete der Fraktion auf diese Linie einschwenken, damit endlich auch auf dem Gebiet der Außenpolitik die Wende sichtbar wird, die der CDU-Wähler gewollt hat und auf die er nicht bis zum St.-Nimmerleins-Tag warten möchte.

Windhuk ist auch heute noch eine von dem starken deutschen Bevölkerungsanteil geprägte Stadt. So muß gefragt werden, wann endlich das Stahlgitter vor dem deutschen Konsulat entfernt und das Konsulat wieder geöffnet wird.

Am selben Tage, an dem Ertl sich für die Unterstützung der Übergangsregierung eingesetzt hat, beschloß die Bundesregierung einer dpa-Meldung zufolge, der marxistisch geführten Republik Zimbabwe Entwicklungshilfe in Höhe von 57 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Als dieser Staat noch Rhodesien hieß und von zahlreichen, auch westlichen Regierungen boykottiert wurde, florierte die Wirtschaft trotzdem und brauchte keine Entwicklungshilfe. Vielleicht werden die nächsten Millionen dem SWAPO-Führer Nujoma zugesagt, der sich ja nicht nur der Sympathie des Weltkirchenrats, sondern auch des besonderen Wohlwollens des Herrn Genscher erfreut.

Mit freundlichen Grüßen
A. von Kalm,
Bonn 1

Rühes Propagandatrommel

„Leserbrief: Rühe-Formulierung"; WELT vom 13. Juli

Die Leserzuschrift von Dr. E. Lipok über den propolnischen Sprecher und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, der die Propagandatrommel für die „Ansprüche" Polens auf die deutschen Ostprovinzen so fleißig rührt, traf mit jedem Satz ins Schwarze.

Rühe gibt ohne Grund und zum Schaden des deutschen Volkes Rechtspositionen auf und setzt sich über alles hinweg, was bezüglich des Warschauer Vertrages u. a. vom Bundesverfassungsgericht festgestellt wurde.

Rühe und Bundesaußenminister Genscher (FDP) propagieren die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze. Kein Wunder, daß sie den kommunistischen Machthabern in Warschau stets willkommen sind, Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger (CDU), ein *aufrichtiger Sachwalter Deutsch*lands, aber nicht.

Bundeskanzler Kohl (CDU), der die Richtlinien der Politik bestimmt, merkt entweder nicht, welchen Schaden Rühe und Genscher anrichten oder er will es nicht merken. Die unverantwortlichen Äußerungen der Herren Rühe und Genscher machen den Eindruck, als gehörten sie nicht der derzeitigen Regierungskoalition an, sondern der SPD-Opposition.

Kein deutscher Teilstaat ist berechtigt, auf Ostdeutschland zu verzichten. Grenzregelungen können nur in einem Friedensvertrag durch eine frei gewählte Volksvertretung Gesamtdeutschlands ausgehandelt werden. Die Dreiteilung des Deutschen Reiches durch Besatzungsmächte verstieß gegen Völker- und Selbstbestimmungsrecht und verletzte außerdem die Haager Landkriegsordnung. Wer Rechtstitel zum Nachteil seines Volkes und seiner Nation aufgibt, beweist damit einen begrenzten Horizont, der nicht über die Tagespolitik hinausreicht.

Ich stimme Herrn Dr. Lipok zu: „Recht schafft Unrecht aus der Welt." Ergänzend dazu ist anzumerken, daß der Raub von Eigentum nach den Rechtsnormen aller zivilisierten Nationen keinen rechtsgültigen Besitztitel begründet. Im übrigen hat – wie Dr. Lipok sehr richtig erwähnte – die UNO-Konvention Wien vom 27.11.1968 festgestellt, daß Verbrechen der Vertreibung nicht verjähren.

G. Just,
Miltenberg

Arbeitslose

„Wie viele Deutsche sind wirklich arbeitslos?": WELT vom 4. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

endlich einmal hat es jemand gewagt öffentlich auszusprechen, daß es große Gruppen von Arbeitslosen gibt, die zwar in der offiziellen Statistik erscheinen, tatsächlich aber gar nicht arbeiten wollen.

Herr Professor Hamer schreibt: „Warum haben nicht wenigstens die Arbeitgeberverbände auf Differenzierung der Nominalstatistik gedrängt?"

Diese Frage ist durchaus berechtigt und trifft den Kern der Sache. Ich habe bereits 1977 der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vorgeschlagen, auf eigene Kosten eine repräsentative Untersuchung nach abgesicherten Methoden der Markt- und Meinungsforschung durchzuführen, um herauszufinden, wieviel Prozent der Arbeitslosen wirklich Arbeit suchen, wieviel statistische Arbeitslose (z. B. Ehefrauen, die aus dem Berufsleben ausscheiden) es gibt, wieviel sogenannte Drückeberger sind usw.

Trotz mehrfacher Erinnerungen in den Jahren 1978 und 1980 haben die Arbeitgeberverbände bis heute eine solche Untersuchung nicht durchgeführt.

Mit freundlichen Grüßen
E.-W. Lindow,
Köln 41

Warschau

„Briefmarke erregt Unmut in Warschau"; WELT vom 8. Juli

Sehr geehrte Herren,

Sie berichten über die bevorstehende Ausgabe einer neuen Briefmarke in der Bundesrepublik Deutschland mit der Aufschrift: „40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher" und bemerken, daß sich in Polen bereits jetzt Unwillen und Widerstand gegen diese Briefmarke zeigt; man wird in Polen – wie Sie berichten – diese Postsachen mit der neuen deutschen Briefmarke mit einem Notizzettel beklebt als unzustellbar dem Absender zurückgeben.

Ich finde das unerhört. Die Polen wollen selbst die Tatsache der damaligen Vertreibung nach 40 Jahren nicht erwähnt wissen, obwohl überall in der Welt Briefmarken an Gedenktage erinnern. Es ist auch deshalb unverständlich, daß sich Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, immer wieder erneut bemühen, mit den Polen ein gutes Verhältnis herzustellen.

Es sollte eindeutig einmal offiziell festgestellt werden, daß Paketsendungen nach Polen eingestellt werden, weil in Polen alle Freundlichkeiten aus der Bundesrepublik Deutschland nur negativ behandelt werden.

Mit freundlichem Gruß
M. Kolmitz,
Hamburg 63

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

» Alte Freunde sind wie alter Wein. Er wird immer besser, und je älter man wird, desto mehr lernt man dieses unendliche Gut schätzen. «

Adalbert Stifter; österr. Autor (1805–1868)

Personalien

GEBURTSTAG

Morgen feiert der emeritierte Ordinarius für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Internationales Recht an der Universität Heidelberg, Professor Dr. **Hermann Weidnauer**, seinen 75. Geburtstag. Der gebürtige Münchner wuchs in Würzburg auf und studierte Rechtswissenschaft an den Universitäten in München und Würzburg. Nach glänzenden juristischen Staatsprüfungen und einer hervorragenden Promotion war er zunächst im bayerischen Justizdienst tätig und wurde auf Grund seiner hochgradigen Qua*lifikation 1937 in das Reichsjustizmi*nisterium für Schuldenrecht berufen. Nach dem Zweiten Weltkrieg und sowjetischer Gefangenschaft – aus der er 1950 zurückkehrte – setzte er seine berufliche Tätigkeit in der Zivilrechtsabteilung des Bundesjustizministeriums fort. Der 1953 zum Ministerialrat ernannte Jurist ist der Schöpfer des Wohnungs-Eigentumsgesetzes, was eine enorme Bedeutung in der Bundesrepublik Deutschland erlangte. 1965 erhielt Weidnauer einen Ruf als ordentlicher Professor an die juristische Fakultät der Universität Heidelberg, wo er bis zu seiner Emeritierung tätig war.

AUSZEICHNUNGEN

Aus der Hand des Westberliner Bürgermeisters und Innensenators **Heinrich Lummer** erhielt **Eberhard Graf von Bothmer**, Landesbeauftragter der Johanniter-Unfall-Hilfe in Berlin, das ihm von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** verliehene Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

*

Einen mit 15 000 Mark dotierten Förderpreis hat die Jürgen-Ponto-Stiftung dem Tübinger Schriftsteller **Elmar Schenkel** für sein erstes Buch „Mauerrisse" zuerkannt. Der Historiker **Golo Mann**, der im Kuratorium der Stiftung den Bereich Literatur betreut, würdigte die kurzen Werke in dem Buch als „Meisterwerke in Miniatur", als „Lyrik in Prosa, sehr, sehr guter Prosa".

AUSWÄRTIGES AMT

Botschafter Dr. **Walther Freiherr Marschall von Bieberstein**, bisher Botschafter in Bangladesch, übernimmt als Missionschef die deutsche Botschaft in Birma. Der Freiburger, Jahrgang 1930, hatte Jura und in Ohio politische Wissenschaften studiert. Seit 1958 gehört er dem Auswärtigen Amt an. Er ging 1967 nach Indonesien und war von 1969 bis 1975 Leiter des Reststabes der deutschen Botschaft in Phnom Penh. Von 1976 bis 1979 übernahm er ein Referat in der Rechtsabteilung, ehe er 1979 als Botschafter nach Dhaka ging.

VERANSTALTUNG

1700 Gäste hatte Frankreichs Botschafter **Jacques Morizet** zum Empfang nach Schloß Ernich eingeladen: Der Jahrestag der Franzosen, der an den Sturm auf die Bastille von 1789 erinnert, wurde auf Ernich, über den Höhen von Remagen, mit Blitz und Donner begleitet. Die Einladung zum Nationalfeiertag Frank*reichs ist eine der beliebtesten im* Reigen der Bonner Feste. Etwas mager war die Bundesregierung vertreten, der die deutsch-französische Freundschaft so am Herzen liegt. Es war kein einziger Bundesminister anwesend. Das Auswärtige Amt schickte seinen Staatssekretär Dr. **Jürgen Ruhfus** und seinen Protokollchef **Werner Graf von der Schulenburg**. Das Bundespräsidialamt war durch seinen Staatssekretär **Klaus Blech** vertreten, das Verteidigungsministerium durch Staatssekretär Dr. **Lothar Rühl**, das Wirtschaftsministerium durch Staatssekretär Dr. **Otto Schlecht**. Unter den deutschen Stammgästen war **Konrad Adenauer**, der älteste Sohn des früheren Bundeskanzlers, der die Tradition seines Vaters fortsetzt, beim Nationalfeiertag der Franzosen persönlich seine Glückwünsche auszusprechen. Im Park von Ernich spielte auch dieses Mal eine französische Militärkapelle: Botschafter Morizet hatte das Musikkorps des 42. „Regiment de Transmission" aus Rastatt eingeladen. Die französische Nationalhymne, die unter dem früheren Präsidenten **Giscard d'Estaing** etwas getragen musiziert wurde, erklang jetzt wieder flott und im gewohnt militärischen Rhythmus.

STIFTUNG

Zum 100. Geburtstag des Philosophen **Ernst Bloch** hat der Suhrkamp-Verleger **Siegfried Unseld** der Universität Tübingen eine Ernst-Bloch-Gastprofessur gestiftet. Für das kommende Wintersemester wurde die Gastprofessur dem Genfer Philosophie-Professor **Manfred Frank** zugesprochen und von diesem angenommen. Der Philosoph und Germanist Manfred Frank gilt als Kenner der Romantik und trat vor allem mit Werken über **Friedrich Schlegel, Friedrich Schelling** und **Friedrich Schleiermacher** hervor.

Die Mitherausgeberin der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung" in Rendsburg und der „Norddeutschen Rundschau" in Itzehoe, Frau **Astrid Möller** aus Rendsburg, ist im Alter von 58 Jahren verstorben. Die gebürtige Berlinerin heiratete kurz nach dem Zweiten Weltkrieg den Verleger **Heinz Möller** und fand in Schleswig-Holstein ihre zweite Heimat. Sie galt als eine gute Kennerin der Geschichte des Landes zwischen den Meeren. Ein Großteil der im Möller-Verlag erschienenen Heimat-Literatur geht auf ihre Initiative zurück.

LEICHTATHLETIK / Superstar Carl Lewis sucht verzweifelt gut honorierte Startmöglichkeiten

Überall große Skepsis: „Wir brauchen ihn nicht unbedingt, er ist schließlich kein Jesse Owens“

KLAUS BLUME, Bonn

„Es ist schön, Carl Lewis dabei zu haben. Doch man braucht ihn nicht. Nicht mehr in diesem Jahr.“ Das sagt der Schweizer Versicherungsmanager Res Brügger, der Veranstalter des Leichtathletik-Sportfestes von Zürich. „Unbedingt braucht man ihn nicht, er ist schließlich kein Jesse Owens.“ Das sagt Rudi Thiel über Carl Lewis, der Chef des Berliner ISTAF. Carlton Frederik Lewis – so scheint es – ist ein Jahr nach seinen vier Olympiasiegen von Los Angeles auf den europäischen Sportfesten durchaus gelitten – doch nicht um jeden Preis.

Deshalb sitzt sein Manager Joe Douglas derweil in Nizza und versucht, für seinen Klienten rauszuholen, was noch rauszuholen ist. Doch die Aktien stehen schlecht. Lewis habe keine Ausstrahlung, keinerlei Show-Talent, sagen die Veranstalter, und mit seinen Leistungen hapere es auch. Im letzten August im Brüsseler Hotel „Hyatt Regency“ bahnten vier Leibwächter Lewis einen Weg durch die Lobby, was zu verärgerten „Carl, who?“-Fragen führte. Die vermeintlichen Lewis-Fans fieberten nämlich nicht ihm, sondern Freddy Mercury, Sänger der Pop-Gruppe „Queen“, entgegen.

Die großen Werbeaufträge blieben bei Superstar Carl Lewis nach den vier Goldmedaillen aus, und Joe Douglas sah sich deshalb bemüßigt, aller Welt zu erzählen, sein Klient werbe nun im japanischen Fernsehen für japanischen Whisky. Man muß sich das vorstellen: Ein amerikanischer Olympiasieger, Abstinenzler obendrein, propagiert Whisky aus Japan. Carl Lewis, ein Pausen-Clown?

Und zu allem Übel kommt noch ein gewisser Herr Dänzer daher, ein Schweizer, und erzählt auf einer Presseveranstaltung im noblen Zürcher Hotel „Nova-Park“: „Nach vier Goldmedaillen bei der Olympiade in LA bewegt sich Carl Lewis im Sprint und im Weitsprung konstant an der Grenze zu neuen Weltrekorden. Wer bislang darüber rätselte, wie seine anhaltend überragenden Leistungen zustande kommen, hat jetzt mehr Anhaltspunkte: Carl meditiert seit bald zwei Jahren, seit dem Oktober 1983, mit Sri Chinmoy.“ Dann wird ein kleiner Film gezeigt, in dem Lewis gegen den Meditationsmeister aus Indien Tennis spielt – in Adidas-Schuhen, was dem Lewis-Vertragspartner Nike gar nicht gefallen hat.

Joe Douglas hat schon im letzten Jahr Mühe gehabt, Lewis' angebliche Homosexualität herunterzuspielen, wegen der Werbeaufträge im mitunter prüden Amerika. Nun muß er den Vorwurf entkräften, Lewis sei einer Sekte in die Hände gefallen, die ihn womöglich ausplündere. Er sagt: „Das ist alles viel zu hoch gespielt. Carl ist da mal mit hingegangen, weil er viele Freunde hat, die sich mit Religion beschäftigen. Er hat auch minimal Geld dafür ausgegeben. Als er aber mehr dafür haben wollte, habe ich ihm gesagt: Dein Geld habe ich, da kommst du nicht ran, erst recht nicht für solche Dinge.“

Man müsse doch in erster Linie in Carl Lewis den Sprinter und Weitspringer sehen, fordert Douglas. Dessen Verletzung – „irgendeine Muskelsache“, sagt Douglas – sei zu achtzig, neunzig Prozent ausgeheilt, die verpaßte Finalchance bei den amerikanischen Meisterschaften in Indianapolis sei nur ein Ausrutscher gewesen. Douglas: „Es gibt ihn immer noch, den Athleten Carl Lewis, und er trainiert schon wieder. Er wird nach Europa kommen und am 30. August in Brüssel und am 4. September in Rieti starten. Anschließend fahren wir nach Seoul.“

Douglas erzählt aus gutem Grund nicht, warum er nur Brüssel und Rieti ausgesucht hat. In Rieti waren die Organisatoren so unklug, bereits 1984 einem Lewis-Start zuzusagen. Weitgehend unter den finanziellen Konditionen des Vorjahres, wobei festgehalten werden muß, daß Lewis für seine Auftritte im letzten Jahr jeweils rund 60 000 Mark erhalten haben soll. Wilfried Meert, Chef des Brüsseler Meetings, erzählt: „Douglas hat mich vor zehn Tagen aus Santa Monica angerufen und gefragt: Kann Carl wieder bei dir starten? Ich sagte ihm: Er ist doch jedes Jahr da gewesen, warum nicht auch diesmal. Wir vereinbarten einen Start im Weitsprung. Als ich jedoch nach der Gage fragte, sagte Douglas nur: Über Geld rede ich am Telefon nicht.“ Nun befürchtet Meert, die Katze im Sack gekauft zu haben und von Douglas übers Ohr gehauen zu werden ...



Oh Lord, I am human.“ Carl Lewis nach dem Finale über 100 m in Los Angeles. Der viermalige amerikanische Olympiasieger tut sich schwer. Mit seiner Vermarktung haperte es, die Fans wandten sich von ihm ab, eine Verletzung stoppte ihn. Ist Carl Lewis noch immer der Superstar der Leichtathletik? FOTO: UPI

Ganz anders Res Brügger in Zürich. Über den beschwert sich Joe Douglas („Ich kämpfe doch für Carl, also für die Leichtathletik“) bitter: „Wir kommen auf keinen Preis mit Brügger. Und wenn Herr Brügger Grenzen setzen will, dann nicht mit uns. Dann starten wir nicht in Zürich, nicht in Köln und auch nicht in Berlin. Dabei will Carl doch in Europa so gern 200 Meter laufen.“

Womit er Brügger das Stichwort gibt. „Ich halte den amerikanischen Sprinter Kirk Baptiste zur Zeit für überhaupt nicht schlagbar“, sagt der. Und: „Ein 200-m-Duell zwischen ihm und Carl Lewis in der Form von 1983 oder 1984 – das wäre eine großartige Angelegenheit. Die wäre auch ihr Geld wert. Nur, ist Lewis noch in der Form von 1983 oder 1984?“ Brügger bezweifelt das. Und deshalb – so der Mann aus Zürich – sei eine ganz andere Verhandlungsbasis entstanden. Er könne sich schließlich nicht an vergangenen Zeiten orientieren, sondern nur an dem, was Lewis jetzt kann.

Innerhalb von drei Tagen seien die Eintrittskarten für das Sportfest am 21. August in Zürich ausverkauft gewesen, erzählt Brügger. Dabei gab es keinen Hinweis auf einen möglichen Start von Carl Lewis. Warum auch. „Carl, who?“ fragten sie schließlich schon vor einem Jahr in Brüssel.

NDR-Studio 2 – Von hier geht das „Club-Wunschkonzert“ über den Äther

Ein außerirdisches Insekt im Kabelnetz

Sonntag abend, 17.30 Uhr. Hektik im Hamburger Rundfunkstudio 2, aus dem alle Livesendungen kommen, die im Programm unter NDR 2 figurieren. Die Sendeleiterin fahndet nach ihren Kopfhörern, der Kollege nach einem Kaffee aus dem Automaten, der Toningenieur kommt angerast, war im Autostau der Ostsee-Ausflügler steckengeblieben. Ob die Bänder und Platten alle durchgeprüft sind, die er im heutigen Club-Wunschkonzert einsetzen soll? Die Frage geht unter im Gedröhn der Sportstudiosendung, die der Kollege im Vorlauf ungerührt einblendet.

18.00 Uhr. Eingeklemmt zwischen Drehstuhlsitzfläche, Mikro und beweglicher Kopfhörer-Aufhängung, nimmt sich der Moderator Günter Fink hinter Schalldicht-Glas aus wie ein außerirdisches Insekt im Kabelnetz. Die optische Wirkung könnte nicht ungemütlicher sein, kann dem munteren Plauderton aber nichts anhaben.

„Ich hab's mir hier im Studio gemütlich gemacht, die warmen Füße stecken in der kühlenden Wasserschüssel, und die Plattenteller laufen heiß, und nichts klappt mal wieder, und keiner weiß, warum. – Was soll's!“ Hauptsache, die zahlreichen, überwiegend jungen Zuhörer wissen, was sie an ihrem Moderator haben, eine Mädchenzeitschrift kürte ihn zum beliebtesten seiner Zunft.

„Für das Club-Wunschkonzert laß' ich alles stehen und liegen“, schreibt die 13jährige Cindy aus Celle. Sie ist eine von Tausenden, die nach erfolgreichem Zuhören an Sonntagabenden einen Gruß an die Redaktion schicken, sich mit einem Themenvorschlag, einer Bitte an die erfolgsgeprüften Mitarbeiter wenden.

„Allein aus der ‚Kontaktecke', einem einzigen Programmpunkt in der Zweistundensendung – Jüngling sucht angebetete Herzensdame am Timmendorfer Strand, ein Briefmarkenfan sucht ‚seine' Marke – mit 5000 Zuschriften pro Abend, könnte ich eine eigene Veranstaltung aufziehen! Zwei ganze Stunden für diese Resonanz, das ist, gemessen an anderen Programmen, lächerlich wenig.“

Das ist aber auch die einzige Reklamation, die der smarte Entertainer an seiner Arbeit äußert. Und auch die wird mit dem Hinweis auf die Clubabende an allen anderen Wochentagen, die Kollegen aus den Abteilungen „Wort“ und „Unterhaltung“ bestreiten, eingeschränkt. „Die müssen ja auch zum Zuge kommen!“

Günter Fink scheint die Kirche im Dorf zu lassen; hat die Balance zwischen professionellem Selbstvertrauen und unkluger Überheblichkeit noch im Auge. „Ein guter Unterhalter muß sich selbst zurücknehmen können!“ Die Musiktitel, die der 30jährige für die Teenies einspielt, würde er nur zum geringeren Teil auch für sich selbst aussuchen. „Aber es geht ja um sie, nicht um mich! Bei ihnen will ich ankommen!“

Der junge Mann, das Gesicht schon gegerbt vom Streß und von der Sonne, nimmt seine Hörer ernst in jedem Teil seines Programms, das ihm nach Jahren guter handwerklicher Arbeit als Autor, Reporter und Sprecher in den Sparten „Jugend“, „Unterhaltung“ und „Sport“ den Durchbruch gebracht hat.

Die Palette der Themen bezeichnet alles, was Jugend bewegt. Neben problematischen Themen wie „Drogen“ und „Arbeitssuche“ wird auch dem Gag, dem Nonsens Raum gegeben. Nicht nur die „Musikwünsche“ und die ausufernde „Kontaktecke“ haben es einem breiten Publikum angetan, auch die sogenannte „Schmuseecke“ mit ihren Soft-Titeln zieht junge und ältere Semester in ihren Bann. Fink mag nicht trennen in Musik für Jüngere und Ältere, sagt aber trotzdem kategorisch nein, wenn der Name Heino in die Debatte kommt.

Großen Zuspruch hat ihm die Idee eingebracht, seine Hörer zu selbstfabrizierten Kurzhörspielen zu animieren und sie von sich aus bestimmen zu lassen, was sie sich als Gewinne wünschen möchten: ein Tablett mit Negerküssen, ein Treffen mit einem berühmten Sportler, einen Sprung mit dem Fallschirm nebst vorbereitendem Unterricht und ärztlichem Attest. Die verrückten Ideen machen nicht nur Reklame für das beteiligte Unternehmen und stellen die Redaktion auf der Suche nach einer preislich „machbaren“ Lösung vorübergehend auf den Kopf. Sie knüpfen den Kontakt zu den Hörern enger und beleben das Programm mit sachlich relevanten Informationen.

Der Entertainer aus Passion findet, daß Informationen unterhaltend geboten werden müssen, um anzukommen, während Unterhaltung immer auch informiere. Viele Anrufe mit Fragen zu Musiktiteln und Hintergrundwissen zu den behandelten Themen geben ihm recht. So und mit Live-Sendungen hält er den Kontakt zu seinem Publikum, denn „ich muß sehen, daß das Club-Wunschkonzert nicht abschlafft“.

Doch bislang gilt uneingeschränkt: Die liebevoll gemachte Unterhaltung für viele im NDR 2 bricht alle einschlägigen Rekorde.

INGRID ZAHN

KRITIK

Rote Sonne, ausgegraben

Die Suche nach einem verschwundenen japanischen Schwert, das mit so viel Ehre behängt ist, daß ohne sein Wiederauftauchen zwischen Japanern und Amerikanern nichts mehr läuft, die kam einem doch bekannt vor. Richtig, 1979, neun Jahre, bevor **Das Schwert des Shogun** (ZDF) von Tom Kotani entstand, hat James-Bond-Regisseur Terence Young „Rivalen unter roter Sonne“ gedreht. Und diese jetzt präsentierte deutsche Erstaufführung, wieder mit Toshiro Mifune, dem im Westen bekanntesten japanischen Schauspieler, mutete über weite Strecken wie ein Remake dieses Films an.

Besser geworden ist die Geschichte dabei freilich nicht, denn was schon Young nicht schaffte, das eigentliche Feuer aus dem Zusammenprall zweier höchst unterschiedlicher Kulturen zu beziehen, das glückte Kotani erst recht nicht. Der Zuschauer bekam zumeist gängige Action zu sehen, die überall und zu jeder Zeit hätte angesiedelt sein können. Eine völlig belanglose Ausgrabung – so man sich nicht über den Einfall amüsieren wollte, ausgerechnet den Soft-Porno-Star Laura Gemser als weiblichen Samurai auftreten zu lassen.

SVEN HANSEN

„Das ist besser als klauen“

Ein bedrückendes Thema: Der Bericht vom Straßenstrich rund um den Kölner Hauptbahnhof. Die Dramatik der Dokumentation **Das schnelle Geld** (ZDF) von Christine Lemmen und Monika Winhuisen blieb dem Thema an sich vorbehalten. Immer jüngere Kinder bieten sich den Männern auf der Jagd nach „Frischfleisch“ zu einem intimen Schnellimbiß an. „Die Zehnjährigen tun für 10 bis 20 Mark alles“, kommentieren 15jährige. Sie machen die Preise für ihre halberwachsenen Konkurrenten kaputt.

Die Autorinnen halten sich mit Schuldzuweisungen zurück, lassen Betroffene selbst zu Wort kommen. Die kleinen gepreßten Stimmen vom Tonband sind eindrucksvoller als jede gestellte Szene. Sie berichten vom freudlosen Kinderalltag, ohne oder mit zerstrittenen Eltern oder in offenen Heimen. Sie geben zu, daß es für sie Anerkennung bedeutet, auf Nachfrage zu stoßen, manchmal sogar gemocht und verstanden zu werden, wenn der „richtige“ Freier kommt. Andere bekunden Abscheu und Ekel vor den Käufern, vor Männern überhaupt, warnen Neulinge, die Finger von einem Metier zu lassen, das sie kaputt mache. Die Eltern blocken vielfach ab, sperren sich total: „Schaffen sie ihn oder sie ins Heim, wir haben damit nichts mehr zu tun!“

Für viele Kinder ist der Bahnhof ihr Abenteuerspielplatz, ihre Heimat, zu der es sie immer wieder hinzieht. Die Liebesleistung finden sie „besser als klauen“. Den Wettlauf gegen die Polizeistreife betrachten sie als ein Straßenspiel. Wie man ihnen helfen könnte? Das Resümee entläßt den Zuschauer ratlos: „Männer können nur auf Jagd sein, weil es Kinder gibt, die allein gelassen werden.“

OLGA GAUM

NACHRICHTEN

Peter Luther ist dabei

Düsseldorf (sid) – Mit Peter Luther (Wedel) auf Livius ist die deutsche Springreiter-Equipe für die Europameisterschaften im französischen Dinard (2. bis 4. August) vollständig. Bereits nominiert waren Schockemöhle, Sloothaak und Rüping.

Große Namen fehlen

Düsseldorf (sid) – Der Essener Peter Elter (27) und die Heidelbergerin Myriam Schropp (19) führen bei den 72. Nationalen Deutschen Tennis-Meisterschaften (22. bis 28. Juli) in Amberg die Setzliste in den Einzelkonkurrenzen an. Becker, Maurer, Claudia Kohde und Steffi Graf nehmen wegen internationaler Verpflichtungen nicht teil.

Van de Korput nach Köln

Köln (dpa) – Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln ist sich mit dem holländischen Nationalspieler Michel van de Korput (28) über einen Einjahresvertrag einig. Der Klub verhandelt nun mit van de Korputs Verein AC Turin über eine Ausleihgebühr, die etwa 150 000 Mark betragen soll.

Neuer Leichtathletik-Cup

Darmstadt (dpa) – Der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) hat einen Deutschland-Cup für die Mittel- und Langstrecke, den Hochsprung und den Hammerwurf der Männer sowie für die Mittelstrecke, 100 m Hürden und den Weitsprung der Frauen ausgeschrieben.

Achter in der Dollar-Liste

Düsseldorf (sid) – 267 635 Dollar hat der 27 Jahre alte Golf-Masters-Gewinner Bernhard Langer (Anhausen) im Rahmen einer amerikanischen Turnierserie in diesem Jahr bereits gewonnen. Er liegt damit auf Rang acht der Rangliste, die vom Amerikaner Curtis Strange angeführt wird (527 581 Dollar).

ZAHLEN

FECHTEN

WM in Bracelona, Säbel, Finale: Nebald (Ungarn) – Hristo Etropolski (Bulgarien) 10:6, um Platz drei: Vassil Etropolski (Bulgarien) – Pogossow (UdSSR) 12:11.

TENNIS

Grand-Prix-Turniere: Boston, Finale: Wilander (Schweden) – Jaite (Argentinien) 6:2, 6:4. – Bastad, erste Runde: Casal (Spanien) – Elter (Deutschland) 5:7, 6:2, 6:3. – Washington: Schwaier (Deutschland) – Panatta (Italien) 7:5, 6:1. – Damenturnier in Newport: Pfaff (Deutschland) – Mesker (Niederlande) 6:2, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: unbesetzt, Jackpot 6 849 143,80, 2: 74 447,20, 3: 8894,90, 4: 130,50, 5: 8,80. – **Toto**, Elferwette: 1: 271,80, 2: 22,00, 3: 3,90. – 6 aus 45: 1: 502 101,40, 2: unbesetzt, 3: 4550,20, 4: 84,10, 5: 7,40. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 38,10, 2: 12,30. – Rennen B: 257,00, 7,40. – Kombinationsgewinn: 74 785,40.

(ohne Gewähr)

TOUR DE FRANCE / Harter Kampf der Frauen

Pausenfüller für Zuschauer, die auf die Männer warten

dpa/DW. Toulouse

Die Tour de France ist seit 1903 ein „Fall für beinharte Männer“, wer die Alpen und Pyrenäen mit dem Rennrad bezwungen hat, darf sich „Gigant der Landstraße“ nennen. Seit letztem Jahr hat aber männliche Kraft und Ausdauer Konkurrenz bekommen: Jetzt rollt auch die Tour der Frauen.

Aber als was eigentlich? Als sportliches Ereignis für das vermeintlich schwache Geschlecht, das sich auch im Sport Bastion für Bastion von den Männern erkämpft? Als exotisches Spektakel oder Pausenfüller?

Richard Marilleir, dritter Mann in der gestrengen Hierarchie der Tour-Organisation, hat den Frauen eine Nebenrolle zugewiesen. Er hat sie deftig aufgeklärt über ihre Funktion: „Das Ganze ist mehr eine Gaudi. Die Fahrerinnen sollen für Stimmung bei den Zuschauern sorgen, die auf die Profis warten.“ Und das zeigt denn auch die Position der Frauen im langen Troß der Tour de France: Sie fahren zwei Stunden vor den männlichen Hauptdarstellern los, noch vor der lauten Werbekolonne.

Doch diese Einschätzung wird den 116 Fahrerinnen aus zehn Nationen – auch drei Damen aus China sind dabei – überhaupt nicht gerecht. Sie jedenfalls sind nicht der Meinung, daß sie gegen derartige Vorurteile genau so kräftig ankämpfen müßten wie gegen die lange Distanz (1250 km) oder die hohen Berge (gestern ging es auch für sie über den 2114 Meter hohen Tourmalet). Petra Stegherr aus Solingen, auf Platz 13 der Gesamtwertung bisher beste Deutsche, sagt: „Es ist toll, wie uns die Zuschauer anfeuern. Die akzeptieren uns.“ Und Klaus Joerdens, seit acht Jahren Bundestrainer, als ehemaliger Querfeldein-Meister noch heute in guter Form, weiß wovon er spricht: „Sie schuften genauso, leiden ebenso unter Hitze und Sturzverletzungen, bewältigen zum Teil dieselben Anstiege in den Alpen und Pyrenäen und fahren dabei noch ein beachtliches Tempo. Wenn ich voll austrainiert bin, halte ich mit den Mädchen im Training mit, aber im Rennen hätte ich keine Chance.“

Über die deutsche Situation sagt Joerdens: „Trotz großer internationaler Erfolge, Olympia-Medaillen und WM-Titeln stehen die Mädchen bei uns noch etwas im Abseits. Aber in den klassischen Radsport-Ländern werden sie akzeptiert.“ Die erstaunlichen Leistungen finden eben keinen Widerhall bei denen, die in Deutschland zu den Vorbildern im Radsport gehören. Rudi Altig, 1966 auf dem Nürburgring Weltmeister der Straßenfahrer, sagt skeptisch: „Ich bin ja durchaus für Gleichberechtigung. Aber eigentlich finde ich schon, der Radsport sollte Männer-Sache bleiben. Er ist zu anstrengend für die Mädchen.“

Die 19 Jahre alte Petra Steker aus der deutschen Mannschaft (Viola Paulitz ist mit 16 Jahren die Jüngste) wird solche Worte nicht verstehen können, obwohl auch sie weiß, daß bei der Tour de France keine Frau so viel Aufsehen erregen kann wie Bernard Hinault. Sie hat, bevor sie Paris erreicht, noch drei Wünsche: „Ich möchte noch unter die ersten zehn kommen. Ich möchte einmal die Profis sehen, was bisher unmöglich war, weil sich die Zeiten immer überschnitten. Und ich möchte, daß Bernard Hinault gewinnt. Er hätte es verdient.“

Der größte deutsche Erfolg bei der Tour der Frauen bisher: Viola Paulitz belegte auf der ersten Etappe des zweiten Abschnitts (die Frauen dürfen höchstens 12 Etappen hintereinander fahren, deshalb wurde für sie das Programm geteilt) den zweiten Platz hinter der Französin Valérie Simonnet, die auch in der Gesamtwertung führt.

FECHTEN

Angst vor dem Säbel?

dpa, Barcelona

„Man muß langsam fragen, ob sich der hohe finanzielle Aufwand für die Säbelfechter lohnt.“ Nicht nur vom ehemaligen Aktiven und heutigen Landestrainer Bernd Peltzer (Tauberbischofsheim) hagelte es nach dem schwachen Abschneiden der Deutschen bei den Fecht-Weltmeisterschaften in Barcelona herbe Kritik. „Die machen sich doch schon vor dem Kampf in die Hose“, kommentierte Max Geuter, der Delegationsleiter des Deutschen Fechter-Bundes (DFeB), das frühe Scheitern seines Quintetts.

Immerhin waren ein Trainer aus Bonn und einer aus Tauberbischofsheim beim Säbel-Finale die gefeierten Helden: Ihre ehemaligen Schützlinge hatten die Medaillen unter sich verteilt. Allerdings kommt Weltmeister Györgyi Nebald, der nach dem Erfolg schnurstracks zu seinem langjährigen Trainer Tibor Peszar eilte, aus Ungarn. Und die Glückwünsche des Boris Stavrew, seit dem 1. Juli Bundestrainer, gingen an seine langjährigen Schützlinge Hristo und Vasil Etropolski – die bulgarischen Zwillinge gewannen Silber und Bronze.

Ob Peszar (50), der sich seit Ostern in Tauberbischofsheim um den Aufbau des Säbelfechtens bemüht, und Stavrew (40) die Deutschen an die Weltklasse heranführen können, bezweifeln viele. Der Bulgare ist bereits der vierte Bundestrainer in nur vier Jahren. Schon jetzt klagt er über Schwierigkeiten: „Ich habe erst vor kurzem einen Schlüssel für das Leistungszentrum in Bonn erhalten.“

Landestrainer Peltzer erklärt die Misere mit der „Bequemlichkeit“ der deutschen Athleten: „Mit konsequentem Training kann man auch im Säbelfechten zur Weltklasse aufsteigen.“ Tauberbischofsheim will das beweisen: Peltzer und Peszar haben vor kurzem mit 50 Schülern einen Neuaufbau begonnen.

STAND ● PUNKT / *Tradition und Preisgelder*

Tradition, so könnte man glauben, habe im Sport einen eigenen Stellenwert, fernab vom Blechtrommel-Klang der Werbung und dem Einkauf von Spitzenathleten. Über Wimbledon gehe nichts im Tennis, und wer sich nicht durch die Tour de France gequält habe, verwirke das Recht, sich selbst zur Kategorie guter Straßenrennfahrer zu zählen. Könnte man glauben. Doch ob in Wimbledon oder auf den Straßen Frankreichs: Würde nicht bezahlt, sehr gut bezahlt, die Besten kämen nicht, weil sie zwar von Traditionen schwärmen, aber nicht in ihnen leben.

Das ist eine Erfahrung, die auch die Veranstalter des traditionsreichsten Marathon-Laufes der Welt machen mußten. Der Boston-Lauf („Mother of Marathon“) – im nächsten Jahr wird er zum 90. Mal gestartet – leidet an Auszehrung, denn hier wurde nicht bezahlt wie in New York, Rotterdam oder London.

Das Verblüffende war nicht, daß die Besten der Welt nicht mehr kamen, sie laufen – verurteile sie, wer will – dem Geld nach. Aber die riesige Gruppe der gehobenen Freizeitläufer, die Marathon zum Kult machen, blieb auch weg. Selbst sie, die vom Lauf-BH über spezielles Gesundheitswasser bis hin zum Sonderflug nach Nepal ganze Wirtschaftszweige angekurbelt haben, scheren sich nicht um die ehrwürdige Stätte ihres Sports. Sie laufen dort, wo die Stars um Siegprämien laufen.

Boston, das sich bisher mit dem Selbstverständnis seiner großen Vergangenheit geweigert hatte, Läufer mit Geld zu ködern, bricht nun mit dieser Tradition. Im nächsten Jahr gibt es auch hier Start- und Plazierungsprämien. Und mit den Stars wird dann auch wieder das Fußvolk zurückkehren, das dafür bezahlt, hinterherlaufen zu dürfen. Sie besiegen, außer sich selbst vielleicht, nur noch eins: sportliche Tradition.

qu

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Umschau
10.30 Das Haus im Park
Fernsehfilm
12.10 Report
u. a. Notlagenindikation auf dem Prüfstand
13.00 heute

ARD

10.40 Tour de France
18. Etappe
14.40 Fury
15.05 Fauna Iberica
15.30 Tagesschau
15.40 Stöhnen – Dröhnen – Tönen
Musiktherapie-Kongreß in Heidelberg
16.25 Janosik, Held der Berge
17.10 Nedaik
17.20 Tour de france
18. Etappe
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Laura
Von Vera Caspary und George Sklar
22.10 Brennpunkt
Vorsicht Weinfälscher
Welche Langzeitwirkungen hat der Genuß von Diaethylenglykol? / Welche Konsequenzen ziehen die Politiker aus dem Versagen der Bürokratie? / Wie sehen die wirtschaftlichen Konsequenzen für die Exportregion Burgenland aus? / Wo liegt die Grenze zwischen Weinpanscherei und Weinkriminalität?
22.40 Tagesthemen
23.10 Einsatz in Manhattan
Zeugin wider Willen
23.55 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Der Waschbär Rascal
15.30 Ferienkalender
16.05 Flugboot 121 PS
16.30 Babbelgamm
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Rauchende Colts
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
20.15 Kennzeichen D
Sonderzug nach Moskau – Udo Lindenberg gestoppt / Modellstadt Berlin – kein Platz für Kinder? / Ein Prozeß gegen die Anklage – Leni Riefenstahl kämpft gegen die Schatten ihrer Vergangenheit / Zum Verhältnis „DDR“ – Sowjetunion – Wie groß ist der kleine Bruder?
21.00 Polizeirevier Hill Street
21.45 heute-journal
22.05 Locker vom Hocker
22.35 Ein mutiger Mann
Französischer Spielfilm (1979)
23.55 Die Sport-Reportage
Fecht-Weltmeisterschaften
Finale: Florett Damenmannschaften
0.30 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Das Erbe von Byzanz (3)
18.00 Es darf gelacht werden
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Fußballschule mit den Nationalspielern Dieter Burdenski und Rudi Völler
Gaby Sievers, „Miß World“ im Bodybuilding
19.35 Tele-Kiosk
20.30 Love Boat
Anschl. Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Das große Wagnis
Amerikanischer Spielfilm (1960)
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
Höhlen von Menschenhand
Die drei Klumberger
19.00 heute
19.30 Der Mann am Klavier
Eine Paul-Kuhn-Show
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Reiterfest in der Pußta
23.00 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Septimus Siebensohn
Von Edith Nesbit mit Bildern von Hildegard Lackschéwitz
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Septimus Siebensohn
19.00 Das größte Wunder ist die Wirklichkeit – Franz Radziwill
Ein Porträt des Malers
19.45 Das internationale TV-Kochbuch: Italien (5)

HESSEN
18.30 Septimus Siebensohn
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
19.35 Der Physik-Zirkus II (2)
Ohne Reibung geht es nicht

Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Heute live aus Berlin
Eine Diskussion mit Experten und Zuschauern über Verwendung und Verschwendung unseres Trinkwassers
21.45 Traumschiffe
Schlechte Aussichten für bundesrepublikanische Handelsflotte.
22.30 Brutale Schatten
Franz.-amerik. Spielfilm (1973)
0.10 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Ali Baba und die vierzig Räuber
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Heute mit: The Police
20.15 Dresden
Film von Helga Schütz und Wolfgang Feik
21.00 Vera Cruz
Amerikanischer Spielfilm (1954)
22.25 Das romantische Zeitalter
2. Folge: Die gute alte Zeit
23.10 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 MS Franziska
20.00 Mit Vergnügen!
Carolin Reiber erfüllt Zuschauerwünsche
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 „Ein jeglicher wird seinen Lohn empfangen ...“ (5)
22.50 Zwischen Demokratie und Bürokratie
23.35 Rundschau

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Zusammenarbeit

mit Immobilien-, Makler-, Verwaltungsfirma

Wir bieten: 30jährige Erfahrung auf dem Bausektor – Handwerk, Planung, Beratung, Verkauf, Bauleitung; kompl. kaufmännisch-technisches Büro, kl. Werkstatt und Lagerraum.

Ges. f. Ingenieurleistung mbH
Mittelweg 125c, 2000 Hamburg 13, Tel. 0 40 / 41 73 44

Wir haben im

Raum Ludwigshafen/Mannheim

ca. 1000 m² Hallenfläche und ca. 400 m² Bürofläche.

Telex, Stabler und Kleintransporter vorhanden.

Wir suchen Geschäftsverbindungen, evtl. Vertretung oder Auslieferungslager.

Zuschriften erbeten unter U 3789 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

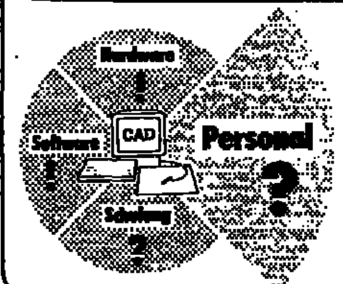
EXISTENZGRÜNDUNG

Wir suchen: – für unsere weltweit geschützten Produkte Systempartner in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz.
Sie suchen: – eine lukrative und risikofreie Existenzgründung.
Wir bieten: – alleiniges Vertriebsrecht an den Einzelhandel in Ihrem geschützten Gebiet.
– Ein überdurchschnittliches Einkommen.
– Eine faire Vertragsgrundlage.
– Einmalige Produkte.

Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an:

foca PHOTO-CARDS, Vertriebsgesellschaft mbH
Wandsbeker Chaussee 29, 2000 Hamburg 76
Telefon 0 40 / 2 51 20 31 / 32–33

Planen Sie Ihren CAD-Erfolg!



Unsere
CAD-Konstrukteure und CAD-Zeichner
arbeiten an Ihren Anlagen oder bringen die Hard- und Software einfach mit.
Fordern Sie bitte unsere Informationen an:
Seeber Konstruktionen GmbH
Neckarkanalstraße 104
7148 Remseck 2 (bei Stuttgart)
Telefon (0 71 46) 891-0

Existenzgründung

Führendes Schweizer Finanzierungsunternehmen vergibt über Deutsche Holding **Gebietsrepräsentanz** innerhalb der Bundesrepublik. Hober Verdienst gewährleistet. Auch für Branchenfremde Einarbeitung möglich.
Bewerbung mit Lichtbild, tab. Lebenslauf sowie Telefonangabe unter A 2959 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vollexistenz

Selbständigen Kaufleuten bieten wir die Übernahme unserer örtlichen Agentur mit hohem, wachsendem Einkommen vom Start an. Wir bieten ein neuartiges, außergewöhnlich günstiges u. umfassendes Angebot auf dem Sektor Liquiditätsverbesserung. Bedingung: *Seriosität, geordnete finanzielle Verhältnisse.*
Schriftliche Bewerbungen mit Angaben über Ihre bisherige Tätigkeit erbeten an:
GLOBAL KREDIT KONTROLLE Ges. für privates Mahnwesen m.b.H.
PF 64 03 24, 6000 Frankfurt/M. 60

Top-Vertriebsgruppen u. Anlageberater für seriös konzipiertes schweizer Zinsdifferenzgeschäft bei Höchstkonditionen gesucht. Zuschriften unter B 3510 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Wir suchen für das ganze Bundesgebiet

SELBSTÄNDIGE HANDELSVERTRETER

für den Vertrieb von medizin-technischen Geräten (Spitzentechnologie).

Unterlagen an:

Firma H. Söring
Medizintechnik
Marienhöhe 145
2085 Quickborn

Produktionsauslastung / Maschinenbau

Konkurrenzlose Patente der Hebetechnik von Ing.-Büro zu verk. Umsatzerwartung 1986 6,8 Mio. DM, VB 1,2 Mio. DM. Ang. u. T 3612 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Für den Vertrieb der KEHM-Konzert- und -Musiker-Lautsprecherboxen (handgef. auch n. Kundenwunsch) sowie Zubeh. und bek. Tabaks-Pfeifen, hand-made, suchen wir in

Schweden, Norwegen und Dänemark

etablierte Importeure m. Vertreter- bzw. Vertr.-Organisation. Auch dt. Agenturen angenehm.
Kontakt: **KPM Marketing, Im-/Export,** D 2900 Oldenburg, Schramperweg 38 D, Tel. 04 41 / 5 84 98

Besondere
Schnaps-Spezialitäten
und
Schaumweine
für Großhandel und Importeure abzugeben.
Aniko Keleti
Jakobsgasse 29, 7400 Tübingen 1

Langjährig am Markt bewährtes (8 J.), seriöses
TOP-VERLAGSOBJEKT
zu verkaufen. Jahresumsatz p. a. 3 Mill.
Seriöse Interessenten mit entspr. Kapitalnachweis werden um Kontaktaufnahme gebeten unter H 3516 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Neu - Neu - Neu - Brandneu!

Unser neues Werbemedium garantiert Ihnen ein langfristiges Spitzeneinkommen. Kein Profi der Direktwerbung oder andere Verkäuferpersönlichkeiten mit Mut zum Ungewöhnlichen sollten sich diese

einmalige Chance

entgehen lassen.

Exkl. Gebietsvertretung

U. Hahn, Starkenburgring 19
6146 Alsbach 1

Ihre Werksvertretung in
KANADA
übernimmt deutscher Handwerksmeister in Vancouver.
Kontaktaufnahme u. P 3785 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Graphiker und Designer

mit Kenntnissen der Drucktechnik **übernimmt Arbeiten**, auch aushilfsweise.
Angeb. erb. u. R 3786 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Generalübernahme von Schlüsselfertigbau

Maurer-, Fliesen-, Elektro-, Sanitär-, Schlosser- und Schreinerarbeiten aus einer Hand, auch Einzelgewerke, Fa. Hobabau, Tel. 0 20 43 / 48 37.

Kaufmann sucht Unternehmen

aus der Bundesrepublik Deutschland, das den eigenen Warenversand für den süddtsch. Raum (evtl. auch Österreich) über ein kleines Depot in Bayern abwickeln möchte, ca. 50–80 m² Lagerraum sowie eign. Büro u. separ. Tel.-Anschluß vorh.
Angeb. u. M 3761 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Expandierender Verlag

der im süddeutschen Raum monatl. erscheinende Stadtillustrierte herausgibt, sucht
Journalist oder Verlags-Kaufmann als tätigen Teilhaber.
Seriöse Interessenten mit entspr. Kapitalnachweis werden um Kontaktaufnahme gebeten unter G 3515 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Alarmanlagengeschäft

mit Kundenstamm u. Geschäftsräumen zu verk. im Raum Hamburg. Ang. u. U 3613 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Außenstände

Benutzen Sie den schnellen und erfolgreichen Weg, Ihre Außenstände hereinzuholen!

Der Schuldner zahlt an Sie direkt!

Keine Erfolgsprovision!

Kostenloses Angebot durch:
GLOBAL KREDITKONTROLLE
Ges. für priv. Mahnwesen m. b. H.
PF 64 03 24, 6000 Frankfurt/M. 60
Tel. Sa.-Nr. 0 69 / 41 90 57
Telex 4 185 533 GKKD

Umsatzschwierigkeiten?

Vertreiben Sie JOJOBA-OIL!
Info.: P. Kloke, Schlussdorfer Str. 104, 2862 Worpswede I

Überkapazität?

Zu hohe Lohnkosten?

Wir übernehmen Lohnarbeit in jeder Branche. Wir bieten: eingespieltes Personal, Büro, Produktions-/Lagerräume sowie Lkw-Fuhrpark. Auch geeignet als Vertriebsstützpunkt oder Auslieferungslager evtl. mit Generalvertretung. Zuschr. erb. u. E 3777 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Köln

Telefon- und Bürodienst übernimmt preiswert.
Tel. 02 21 / 7 60 51 34 o. 7 60 54 73

ACHTUNG, NEU!!!

Bezugsquellenkatalog ausländischer Anbieter (ca. 17 000 Anschriften). Der Weg zu konkurrenzfähigen Angeboten – Unentbehrlich für alle Interessenten am Direktbezug!
GRATISINFO: BQK 7
Verlag R. CHROBOK, Postfach 14 21
D-8170 BAD TÖLZ, Tel. 0 80 41 / 7 03 46

STELLENANGEBOTE

KLÖCKNER STAHLTECHNIK

Wenn es um die Auslegung und den Bau von Industrieanlagen für die Stahl- und Hüttenindustrie geht, wird uns weltweit höchstes Ansehen entgegengebracht. Kreative Ingenieurarbeit und patentierte Stahlherstellungs-Verfahren sichern unseren Erfolg. In der Verfahrens- und Einblastechnik nehmen wir eine bedeutende Position ein.

Wir suchen einen

Dipl.-Ingenieur
für den Bereich Elektrotechnik

für die Bearbeitung von Angeboten und Aufträgen

Analytisches Denken, Flexibilität, Verhandlungsgeschick sowie Teamgeist und gute Englischkenntnisse sind Voraussetzungen. Eine mehrjährige praktische Berufserfahrung auf folgenden Gebieten:

- Niederspannungsschaltanlagen
- Steuerungstechnik
- Automatisierungssysteme
- Meß- und Regeltechnik

wäre von Vorteil.

Mit der Tätigkeit sind In- und Auslandsreisen verbunden.

Sollte Sie dieses Aufgabengebiet interessieren, bitten wir um Ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild und Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung. Für weitere Informationen steht Ihnen Herr Kophal, Tel. (0 40) 2 48 75-2 07, zur Verfügung.

Klöckner Stahltechnik GmbH
Steindamm 80, 2000 Hamburg 1

... ein Unternehmen der Klöckner CRA-Technologie-Gruppe

Im Nordseebad List auf Sylt ist z. 1. 1. 86 die Stelle des

Kurdirektors

zu besetzen.
List hat 3400 Einwohner, 2300 Gästebetten mit 250 000 Übernachtungen, ein modernes Kurmittelhaus m. Sch'bad. Ganzjähriger Kurbetrieb mit 11 ständigen u. – saisonbedingt – bis zu 30 Mitarbeitern.
Der Bewerber soll eine tatkräftige Persönlichkeit sein u. über Fachkenntnisse des Kurbetriebes und Fremdenverkehrs verfügen. Dazu sind Kenntnisse über die kommunale u. privatwirtschaftl. *Haushalts- u. Wirtschaftsführung erforderlich.* Die Vergütung erfolgt nach BAT (einschl. Zusatzversorgung). Bei der Wohnungssuche wird die Gemeinde List behilflich sein. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien u. Tätigkeitsnachweisen) werden bis z. 31. 8. 1985 erbeten an den Bürgermeister der Gemeinde List, Landwehrdeich 3, Postfach 40, 2282 List/Sylt, Gemeinde List.
gez. Öllerking – Bürgermeister

Wir sind ein metall- und kunststoffverarbeitendes Unternehmen der Beschlagindustrie am Rande des Ruhrgebietes.

Für den gesamten Bereich der Fertigung suchen wir einen

Fertigungsleiter

Diese Position setzt fundiertes Wissen, Selbständigkeit, Einsatzbereitschaft, Durchsetzungsvermögen und Geschick in der Personalführung voraus. Wünschenswert wären Erfahrungen auf dem Beschlagsektor.

Die Dotierung entspricht den Anforderungen, die an diese Führungskraft gestellt werden.

Bei der Wohnungsbeschaffung sind wir selbstverständlich behilflich. Weiterführende Schulen sind vorhanden. Durch seine reizvolle Lage bietet der Ort Natur- und Sportfreunden einen hohen Freizeitwert.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und Referenzen unter F 3778 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener, mit Erwerbermodellen bestens vertrauter Anlageberater als

Vertriebschef

für unsere neu eingerichtete Immobilienabteilung in ***Nordrhein-Westfalen*** *gesucht.*

Die Erweiterung unserer Tätigkeit über das Leasinggeschäft hinaus erfordert fachmännische Kenntnisse und den Einsatz eines Profis.

Der Aufgabenbereich umfaßt

- den Aufbau einer schlagkräftigen Vertriebsorganisation
- die Schulung der Mitarbeiter
- deren Führung und Motivation

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen werden wir mit der gebotenen Vertraulichkeit behandeln.

Securitas-Leasing GmbH & Co. KG
Danziger Straße 130, 4200 Oberhausen 1

Bedeutender Wirtschaftsverlag sucht für die Großräume Bremen, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz

Verlagsrepräsentanten

zur Betreuung seiner Industriekunden.

Wenn Sie auf dem Werbe- und Verkaufssektor zu Hause sind und einen festen Verkaufsraum zu betreuen gewohnt sind, erwarten wir Ihre Kurzbewerbung an

Deutscher Adreßbuch-Verlag für Wirtschaft und Verkehr GmbH
Verkaufsleitung, Holzhofallee 38, 6100 Darmstadt
Tel. 0 61 51 / 39 12 02, Alfred Rinas (nur zur Vorabinformation)

Wir zählen zu den expansiven, konzernunabhängigen Pharmaunternehmen in der Bundesrepublik *und sind auch international erfolgreich tätig. Therapeutisch bewährte Präparate,* hohe Qualitätsnormen und qualifizierte Mitarbeiter begründen unseren Ruf in der pharmazeutischen Industrie.

Wir suchen zum baldigen Antritt oder zum 1. Oktober 1985 einen

Apotheker/Chemiker

für die Weiterentwicklung unserer Präparate. Zu den weiteren Aufgaben gehört auch die Mitarbeit bei der analytischen Kontrolle unseres Herstellungsprogrammes, insbesondere im Zusammenhang mit Registrierungsaufgaben *im Ausland und Zulassungs- und Nachzulassungsfragen* im Inland. Zur Durchführung der anstehenden Aufgaben sind insbesondere gute analytische Kenntnisse erforderlich und Vertrautheit mit den modernen Methoden wie Gaschromatographie, Hochdruckflüssigkeitschromatographie und Spektralphotometrie. Es wird ein selbständiges Arbeitsgebiet im Rahmen eines neu eingerichteten Labors geboten. Der neue Mitarbeiter wird zunächst dem Leiter der Qualitätskontrolle zugeordnet.

Über die Hochschulbildung hinaus sind praktische Erfahrungen erforderlich, falls nicht im Rahmen der Ausbildung der Schwerpunkt auf den oben genannten Gebieten gelegen hat.

Wir bieten Ihnen der Aufgabenstellung entsprechend gute Vertragsbedingungen.

Falls Sie an dieser abwechslungsreichen und fordernden Aufgabe interessiert sind, bitten wir zunächst um Zusendung einer Kurzbewerbung mit Ihren wesentlichen Daten an

G. POHL-BOSKAMP GMBH + CO.
– Personalabteilung –
Kieler Straße 11
2214 Hohenlockstedt

Wir sind ein gemischtes Hüttenwerk im norddeutschen Raum

und suchen für Planung, Bau und Bauaufsicht

Ingenieure

Wir erwarten Bewerber mit einem abgeschlossenen Hoch- oder Fachhochschulstudium der Fachrichtung Maschinenbau und entsprechender Berufserfahrung.

Wir bieten ein den Anforderungen gerechtes Gehalt mit den Sozialleistungen eines Großunternehmens. Bei der Wohnraumbeschaffung sind wir behilflich.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugniskopien und Angabe des Gehaltswunsches und des frühesten Eintrittstermins erbitten wir unter X 3770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stelle für:
Bundesanstalt für Arbeit

Marketing-/Vertriebsleiter

47, langj. MVL ppa. in der Heizungsindustrie; weitere Branchenerfahrung: EBM, Stahlhalbz., Autoteile, Maschinenbau; verhandlungssicher auf GL-Ebene, auf zielorientiertes Handeln und entsprechende Erfolge eingestellt; sucht neue herausfordernde Aufgabe.

Auskünfte erteilt: Herr Gründemann
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 0521/587-360 od. -342, FS 932344

Nachfolgeprobleme?

Sie möchten sich aus Altersgründen langsam aus der Unternehmensführung zurückziehen und diese in kompetente Hände übertragen.
Wirtschaftsing./Dipl.-Nautiker, verh., 38 J., mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit als Managementberater/Manager auf Zeit, sucht festen Wirkungskreis als Geschäftsführer in mittelständischem, exportorientiertem Unternehmen. Beteiligung möglich.
Branchenerfahrung: Industrie, Handel/Versandhandel, Verkehrswirtschaft. Kontaktaufnahme erbeten unter L 3782 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännische Führungskraft

Dipl-Betriebswirt (FH), 46 Jahre, dynam., einsatzfreudig, belastbar, verhandlungssicher, langj. Tätigkeit als kfm. Leiter in kleinerem Unternehmen der Bauzulieferindustrie mit Erfahrungsschwerpunkten im Verkauf (einschl. Reisetätigkeit) und Rechnungswesen (Kostenrechnung, Bilanzierung u. Finanzierung), sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.

Zuschr. erb. u. N 3784 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärkaufmann

37 Jahre, verh., Betriebswirt mit Diplom, Großhandel u. Handwerk, Einkauf, Verkauf, Akquisition, Kalkulation, Baustellenabrechnung, dynamisch, verantwortungs- u. kostenbewußt, sucht adäquate Position.

Zuschr. u. T 3766 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Vielseitiger technischer Betriebswirt

40 J., Unternehmertyp, anpassungsfähig, lernwillig, sucht organisatorische, technisch-kaufmännische Tätigkeit. Erfahrungen: Maschinenbau, Kfz, Stahlbau, Metallbau, PVC-Fensterbau, Montagen, Hochbau, Betriebs-Aufbau, -Einrichtung, -Einarbeitung, AV, Konstrution, Kalkulation, EDV, Betriebsleitung, Geschäftsführung, Englisch.

Telefon 0 44 74 / 13 60

Suchen Sie Ihren Leiter der

WEBEREIVORBEREITUNG

Textiltech., 43 J., Organisation, Inbetriebnahme von Neuanlagen, 16 J. Ausland, Engl., Franz.

Meine Bewerbungsunterlagen: Chiffre Z 3794
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exportkaufmann

41 J., gelernt im Außenhdl., Fremdspr. Englisch, mit mehrj. Verkaufserfahrung als Abteilungsleiter für Spezialmasch. in Asien, einsatzfreudig, interessiert sich für neue Aufgabe in Deutschland, bei progressiver, erfolgreicher Industrie- oder Handelsfirma.
Bitte richten Sie Ihre Zuschriften mit Angaben über Aufgabenbereich, Verkaufsprogramm u. Einkommenspaket unter G 3779 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer Import/Export

Deutscher, 41 J., Sprachen: fließend Englisch, Spanisch, Portugiesisch, wohnh. in São Paulo, Brasilien, z. Z. in Heimatstadt Hamburg, 16 J. Südamerikaerfahrung in Führungsposition deutscher Unternehmen, mit engen Kontakten zu Banken, Behörden, Industrie und Handel, su. in Hamburg zum baldmöglichen Antritt herausfordernde Führungsaufgabe in namhaftem Handelshaus oder außenhandelsorientierter Industrie. Angebote erbeten unter S 3787 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Meister

(44 Jahre)

Elektro, Kälte, Klima, Lüftung, Regelung, mit langjähriger Auslandserfahrung (Construction, Consulting and Maintenance of Air-Conditioning) und englischen Sprachkenntnissen, ungekündigt – sucht herausfordernde Aufgabenstellung in ausbaufähiger Position in einem Kälte-/Klima-Fachunternehmen oder in einem Ing.-Büro, mit langfristiger Perspektive im Ausland.
Einsatzbereitschaft und hohe Belastbarkeit bei gutem betriebswirtsch. und technisch. Background, mit Blick für das techn. Machbare sind vorhanden.
Angebote erbeten unter W 3769 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gärtnermeister

im Zierpflanzenbau/Topfpflanzen sucht neuen Wirkungskreis in den Gebieten VIE, KR, KLE, NE, DU, **Tel. 0 21 58 / 36 78**

Volljurist

Kfm. Lehre, 2. Bildungsweg, 2. jur. Examen, Juni 1984, Spezialkenntnisse im Arbeitsrecht, 6monatige Berufserfahrung 1985 bei Arbeitgeberverband, Aufgabenbereich: Rechtsberatung und Prozeßvertretung vor den Arbeits- und Sozialgerichten, sucht qualif. Stelle bei Kammer, Verband, Wirtschaftsunternehmen, Behörde oder Rechtsanwaltskanzlei, möglichst im Raume Köln – Bonn – Düsseldorf – Aachen – Rhein.-Berg. Kr.
Zuschriften erbeten unter U 3767 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschafts- und Maschinen-Ing. grad.

48, mit langer Auslandserfahrung auf dem Maschinen- und Anlagenbausektor, sucht Tätigkeit, Marktbearbeitung in relevanter exportorientierter Industrie.
Ang. erb. unter K 3781 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Reise-/Privatsekretär

36 J., 12 Jahre internationale Erfahrung, beste Referenzen, sucht neuen Wirkungskreis, ggf. auch Ausland.
Angebote unter Y 3793 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Arbeitstüchtige, 36jährige Finnin
sucht Stelle im Haushalt. Führerschein, Erfahrung in Gartenarbeit, Organisierung von Gesellschaften usw.
Angebote (eilt) bitte an:
Frau Helena Kivisilta,
17130 Vesivehmaa, Finnland.

Kaufm. Führungskraft

Industriefachwirt, 33 J., 7 J. erfolgreiche Praxis in leitender Stellung, Schwerpunkte: Rechnungswesen, Controlling, Organisation u. EDV (Projektarbeit) sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit / tät. Beteiligung.
Zuschr. erb. u. R 3764 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Bauleiter

32 J., derzeit erfolgreich mit der Leitung der Stellbauabtlg. in mittelständischen Hamburger Bauunternehmen betraut sucht neue verantwortungsvolle Position im Großraum Hamburg oder südlicher Umgebung.
Ang. erb. unt. X 3792 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Techn. Kaufmann

sucht Tätigkeit im Innen- und Außendienst in Berlin.
Zuschriften erbeten unter H 3780 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sicherheit

Kriminalbeamter, gehobene Stellung mit Spezialehrgängen, sucht neuen Wirkungskreis in Bank- oder Privatwirtschaft, speziell Objekt- oder Personenschutz sowie Überprüfung u. Bewachung von Besitztum im Raum Südniedersachsen.
Angebote erb. u. V 3790 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Assistentin der Geschäftsleitung/Chefsekretärin

44 J., flexibel, belastbar, langj. Berufserf., Buchhaltungskenntnisse u. Kenntn. der engl. Sprache, sucht interessantes weitgehend selbst. Tätigkeitsfeld bei gutem Gehalt z. 1. 10. 85 oder früher, gepfl. Erscheinung u. sicheres Auftreten, Großraum Hamburg.
Angeb. erb. u. D 3776 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

46 J., verh., langjährige erfolgreiche Verkaufspraxis mit anspruchsvollen Kunden. Gute Referenzen. Suche solide Aufgabe im Außendienst, auch als Handelsvertreter. Domizilwunsch: Saarbrücken, nicht Bedingung.
Angeb. erb. u. B 3774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Redakteur

(alter Hase, 43) will mal wieder die Spur wechseln. Bisher: Tages- und Industriepresse; bewandert von A (wie Agentur) bis Z (wie Zeitschrift). Zielgegend: Rheinschiene.

Angeb. erb. u. M 3783 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Exportkaufmann

41 J., verh., 1 Kind, perfekt in Englisch u. Französisch, Auslandserf. (auch Middle East), Stahl- u. Investitionsgüterbranche, Schwerp.: Maschinenbau, Apparatebau, Stahlbau u. Streckengesch., Stärken: Akquisition u. Verkauf, in ungek. Stellung, sucht neuen Aufgabenbereich.
Zuschr. u. C 3775 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Angestellter

35 J., Japaner, 11 J. in Deutschl., aus der Unterhaltungselektronik, sucht baldmögl. neues Aufgabengebiet, gute Deutsch- u. Englischkenntnisse, im Großraum Hamburg.
Angeb. erb. unt. W 3791 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Erfahrene
Augenarzthelferin

36, übernimmt Quartalsabrechnungen.

Tel. 0 30 / 7 74 82 47

Sekretärin (franz., engl.)

28 J., EDV-Erfahrung, sucht z. 1. 10. 85 Teilzeitbeschäftigung max. 30 Std./Woche. Zuschr. m. Gehaltsangabe erb. u. S 3765 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Exportkaufmann

langj. Erfahrung Nahost-Experte, branchenunabhängig, verhandlungsgewandt, belastbar, sucht verantwortungsv. Tätigkeit, evtl. auch Ausland.
Angeb. erb. u. P 3763 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Geschäftsführer

48 Jahre, Schwerpunkte: Finanz-, Rechn.- u. Personalwesen, Betriebsabrechn., EDV, sucht im Ruhrgebiet entsprechende Position.
Zuschriften unter S 3567 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
– Präsidium –
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

Wall Street registriert Unsicherheit

● Fortsetzung von Seite 1

fassen:

1. Das in den USA für 1985 gesetzte Wachstumsziel von real 3,9 Prozent läßt sich nicht halten. Darauf basiert jedoch das für das laufende Haushaltsjahr auf 213 Milliarden Dollar kalkulierte Defizit. Die in dieser Woche in Washington fälligen neuen Konjunkturdaten werden vermutlich das geringere Tempo (1984: 6,8 Prozent) bestätigen. Schwachpunkte bleiben die Entwicklung des Bruttosozialprodukts, der Industrieproduktion und der Kapazitätsauslastung.

2. Der zwischen Reagan und dem demokratischen Sprecher des Repräsentantenhauses, O'Neill, geschlossene Kompromiß, wonach die Renten und Militärpensionen sowie die Verteidigungsausgaben um die Inflationsrate angehoben werden, belastet den Etat in den Finanzjahren 1986 bis 1988 um zusätzlich 100 Milliarden Dollar. Hinzu kommen weitere 50 Milliarden Dollar als Folge des verlangsamten Wirtschaftswachstums.

Das führt nach Berechnungen des Direktors des konservativen American Enterprise Institute, John Nakin, zu einer entsprechenden Erhöhung der öffentlichen Schulden des amerikanischen Bundes auf 2,35 Billionen Dollar im Jahr 1988, selbst wenn sich der Kongreß zu realen Defizitschritten durchringt. Bei dem gegenwärtigen Wirtschaftstempo in den USA – etwa zwei Prozent auf Jahresbasis – wird das Budgetdefizit auch 1986 bei mehr als 200 Milliarden liegen.

Erschwert wird auch die Geldpolitik der US-Notenbank, die nun ebenfalls auf den sinkenden Dollar Rücksicht nehmen muß. Die Entscheidung, die Paul Volcker heute im Kongreß verkündet, ist schwierig: Öffnet sie die Geldschleusen, um Amerikas müder Konjunktur mehr Leben einzuhauchen, kann sich das gebremste Absinken des Dollar in einen Sturz verwandeln. Zieht sie die monetären Zügel an, um Reflektionierung und Dollarsturz zu vermeiden, erhöht sich das Rezessionsrisiko.

In diese kritische Situation ist die US-Wirtschaft durch den Kongreß gebracht worden, der 1981 bereitwillig Steuergeschenke gewährte, aber Ausgabenkürzungen in gleicher Höhe ablehnte. An dieser Einstellung hat sich im Prinzip nichts geändert. Wenn überhaupt, kann nur Reagan den gordischen Knoten durchschlagen.

Noch 1985 Gesetz gegen Wirtschaftskriminalität

„Kein Kavaliersdelikt" / Engelhard beklagt Milliardenschaden

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Nachdem der durch die Wirtschaftskriminalität verursachte Schaden für Staat und Wirtschaft auf jährlich weit über sieben Milliarden Mark gestiegen ist, hofft Bundesjustizminister Hans A. Engelhard, daß die „Strafbarkeitslücken", vor allem auf dem Gebiet von Computermanipulation und -spionage, durch ein neues Gesetz noch in diesem Jahr geschlossen werden können.

Neben den gesetzgeberischen Maßnahmen forciert Engelhard hier auch die „soziale Kontrolle". Darunter fallen alle Bestrebungen, der Wirtschaftskriminalität das Ansehen eines „Kavaliersdelikts" zu nehmen und das Image des „sportlichen Respekts" zu beseitigen, das dieser vom Justizminister als „gemeingefährlich" bezeichneten Kriminalitätsform immer noch entgegengebracht wird. Nur wenn das gelinge, sagte Engelhard in Bonn vor der Presse, werde man dieses Unwesen auch richtig bekämpfen können.

Bei der Wirtschaftskriminalität handele es sich keineswegs um Zechprellerei, Schwarzfahrt im Bus oder betrügerisches Einschenken von Bier. Um etwa 3,5 Milliarden Mark werde durch sie im Jahr der Staat geschädigt, betonte Engelhard. Über 15 Prozent der vorkommenden Fälle beträfen Einrichtungen der sozialen Sicherung und nur 4,4 Prozent die Arbeitgeber.

„Dicke Fische"

Der Gesamtschaden von Wirtschaftsstraftaten, der in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren festgestellt oder geschätzt wurde, war 1980 auf unter drei Milliarden Mark jährlich gesunken. Der enorme Anstieg geht auf einige besonders „dicke Fische" zurück, die der Justiz ins Netz gingen. Das „Zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität", das die bisherigen Lücken bei der Strafverfolgung schließen soll, ist vom Kabinett bereits 1982 verabschiedet worden und wird seither im Rechtsausschuß des Bundestags beraten.

Neu sind im Gesetzestext unter anderem der Straftatbestand des Kapital-Anlage-Betruges, auch bei Waren-Termingeschäften, und die Veruntreuung von Arbeitsentgelt, zum Beispiel durch Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen. Justizminister Engelhard hat sich außerdem dafür eingesetzt, daß auch der Straftatbestand von Euroscheck- und Euroscheckkarten-Mißbrauch in den Gestzestext aufgenommen wird.

Eine Erhebung über Wirtschaftsstrafverfahren bei den Staatsanwaltschaften hat ergeben, daß Steuer- und Zollstraftaten zwischen 1976 und 1983 überproportional angewachsen sind. Sie lagen 1976 bei etwa 1900 Fällen jährlich, nach der jüngsten Statistik schon bei nahe 5000 jährlichen Fällen. Daß es bei den Straftaten, bei Betrug, betrügerischem Bankrott, Subventionsbetrug oder Untreue um immer größere Summen geht, zeigt sich in der Statistik am Rückgang der Zahl der Geschädigten im Vergleich zur immer größer werdenden Zahl von Einzelfällen.

Computermißbrauch

Zur Wirtschaftskriminalität mit Hilfe oder durch Mißbrauch des Computers meinte Justizminister Engelhard, daß die Neufassung des Gesetzes auch die Arbeit der sogenannten „Hacker" einschließe, die durch wiederholtes Eingeben von Zahlen und Kombinationen in Computersysteme Zugriff auf das dort gespeicherte Material erhielten. Der „Chaos-Computer-Club Hamburg" zum Beispiel habe durch Mißbrauch des Kennworts der Hamburger Sparkasse von diesem Geldinstitut 135 000 Mark abzweigen können – im kontrollierten Versuch. Ein 19jähriger Junge aus Hannover habe angeblich Schäden in Höhe von 23 Millionen Mark dadurch angerichtet, daß er das durch „Hakken" gewonnene Computer-Material, gespeicherte Programme, an Dritte weitergegeben habe. Hier habe der Bundesgerichtshof im Vorgriff auf bundesgesetzliche Regelungen entschieden, daß Computer-Programme Urheberrechtsschutz genießen, daß künftig solche Verstöße auch ohne staatsanwaltschaftlichen Antrag verfolgt werden können.

Bisher lag das Schwergewicht beim Computer-Mißbrauch in der „Manipulation". Engelhard verwies aber darauf, daß zum Beispiel die Löschung von Daten ein noch nicht strafrechtlich erfaßter Tatbestand sei.

Sorge um „Abdriften" der SPD

CDU/CSU-Fraktion will frühere Gemeinsamkeit in der Sicherheitspolitik wiederherstellen

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit „staatspolitischer Sorge" betrachtet die CDU/CSU-Fraktion die Abkehr der SPD und ihrer Bundestagsfraktion von der sicherheitspolitischen Bindung im westlichen Bündnis. Noch zur sozialliberalen Regierungszeit habe Konsens aller Parteien über diese Verankerung bestanden, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Willy Wimmer. Heute seien die Verfechter dieser Politik in der SPD und in der SPD-Fraktion „auf Tauchstation". Dagegen verfolgten Parteichef Brandt, Egon Bahr, Oskar Lafontaine und Erhard Eppler mit ihrem Antiamerikanismus langfristig die Strategie, „uns von unseren Partnern im westlichen Bündnis zu trennen" und unter dem irreführenden Schlagwort „Europäisierung" eine Äquidistanz zu beiden Weltmächten herbeizuführen. Diese Politik sei „in ihrer Wirkung einem Anschlag auf die politische Moral, den Selbstbehauptungswillen unseres Volkes und die freiheitliche Ordnung gleichzusetzen".

Wimmer, der eine Ausarbeitung der Fraktion zum Thema vorlegte, appellierte an die besonnenen Kräfte in der SPD, sich dem „verhängnisvollen Weg" zu widersetzen. Namentlich nannte er den früheren Bundeskanzler Schmidt, die beiden ehemaligen Verteidigungsminister Apel und Leber sowie Bundestagsvizepräsidentin Renger, aber auch die SPD-Abgeordneten im Verteidigungsausschuß. Diese würden in eine „Exotenrolle" in der SPD gedrängt und wagten aus Furcht, bei der nächsten Kandidatenaufstellung ihren Wahlkreis zu verlieren, kaum, sich dem neuen Trend zu widersetzen.

Die SPD, so argumentiert die Unions-Fraktion in ihrer Dokumentation, übe „ausfallende und beschämende" Kritik an den USA und betreibe gleichzeitg „intime Kontakte zu kommunistischen Parteien, die häufig den Charakter von Geheimdiplomatie nicht verleugnen können". Ein Beispiel sei das „Abkommen" von SPD und SED über eine chemiewaffenfreie Zone. Kernsatz des „Abkommens" mit der für die Unterdrückung in der „DDR" verantwortlichen SED sei die Formel, daß von deutschem Boden aus nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Dabei übersehe die SPD geflissentlich, daß die SED-Führung schon zweimal Kriegseinsätze befohlen habe: 1953 gegen die Arbeiter in der „DDR" und 1968 bei der Beteiligung an der Invasion der CSSR. Wimmer erinnerte die Sozialdemokraten, daß der volle Wortlaut der Erklärung des SPD-Vorsitzenden der Nachkriegszeit, Kurt Schumacher, heiße: „Nie wieder Diktatur auf deutschem Boden, nie wieder Krieg von deutschem Boden." Das „nie wieder Diktatur" sei für die SPD von heute offenbar „kein Thema mehr".

Paramilitärisches Exerzieren?

mj. Hannover

Eine vermutete „paramilitärische Übung" einer Hauptschulklasse aus Goslar beschäftigt die niedersächsischen Schulbehörden. Auf Anweisung von Kultusminister Georg-Berndt Oschatz (CDU) untersucht die aufsichtführende Bezirksregierung Braunschweig, ob der Konrektor der Hauptschule Goslar-Georgenberg während eines einwöchigen Besuchs seiner 9. Klasse bei einer Bundeswehr-Panzereinheit in Hamburg-Fischbek „Schießübungen" der Schüler mit simulierten „Treffern am Mann" zugelassen hat, wie es in teils sensationell aufgemachten Berichten hieß. Die Klasse soll dabei Uniform getragen haben. Der Lehrer verteidigte sich mit der Erklärung, geschossen worden sei bei diesem „sportlichen Höhepunkt" des Klassenbesuchs „nur mit Platzpatronen".

Nach Oschatz' Urteil wäre eine derartige „paramilitärische Ausbildung" nicht geeignet, „eigenständiges Denken der Schüler über die Bundeswehr zu fördern" – so die Zielbestimmung des seit 1978 für den Gemeinschaftskundeunterricht in Niedersachsen geltenden Erlasses „Friedenserziehung". Er werde sich den Untersuchungsbericht „persönlich vorlegen lassen".

Martens scheitert am Fußball

■ Fortsetzung von Seite 1

Samstag stellte sich sogar Premierminister Martens persönlich vor seinen Innenminister und bescheinigte Nothomb, daß ihm bisher „kein politisches Fehlverhalten während seiner Amtszeit vorzuwerfen ist".

Zu diesem Zeitpunkt schien es, als habe der intelligente Taktierer, der Flame Martens, einen lange schwelenden Koalitonsstreit erneut erfolgreich geschlichtet. Nothomb war gerettet. Eine drohende Krise entschärft. Doch es kam alles ganz anders.

Völlig überraschend erklärte Justizminister Jean Gol, die Galionsfigur der wallonischen Liberalen, dann am Montagmittag seinen Rücktritt. Begründung: Demokratie und Staat würden schweren Schaden nehmen, falls kein Politiker mehr bereit sein sollte, politische Verantwortung zu übernehmen. Nothomb habe Zeit genug gehabt, nachzudenken und „die richtigen Schlüsse zu ziehen". Ganz auszuschließen ist allerdings nicht, daß Gol dabei auch wahltaktische Überlegungen im Sinn hatte und mit seinem Rücktritt eine gute Figur beim belgischen Wähler abgeben wollte.

Martens nahm sein Rücktrittsgesuch an und leitete es an König Baudouin weiter. Doch der König ließ es zunächst „zur Beratung", wie es offiziell hieß, liegen und gab damit dem flämischen Christdemokraten und Premierminister Martens noch einmal Zeit, einen letzten Versuch zu starten, um die sich immer weiter zuspitzende Regierungskrise doch noch beizulegen.

SPD dringt auf Vertrag mit SED

dpa/gba. Bonn

Die SPD will die Bundesregierung zu Verhandlungen mit der „DDR" und der Tschechoslowakei über die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in diesen beiden Ländern und der Bundesrepublik Deutschland drängen. Im Herbst werde sie einen entsprechenden Entschließungsantrag im Bundestag einbringen, kündigte der Abrüstungs-Experte der SPD-Fraktion, Karsten Voigt, gestern in Bonn an. Eine Arbeitsgruppe von SPD und SED hatte vergangenen Monat den Entwurf für ein solches „Abkommen" vorgelegt. Er sieht eine von chemischen Waffen freie Zone mindestens in den drei Ländern, möglichst aber auch in Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Polen vor. Voigt sagte: „Wir werden dafür sorgen, daß diese Vorschläge nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwinden, bis sie von dieser Bundesregierung übernommen oder von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung verwirklicht werden." Er verwies darauf, daß SED-Politbüromitglied Hermann Axen im Juni in der Bonn angedeutet habe, auch die „DDR"-Regierung wolle gegenüber der Bundesregierung aktiv werden.

Bundeskanzler Kohl hatte dazu allerdings schon kurz nach dem Treffen von SPD und SED erklärt, er habe nicht die Absicht, diese Vereinbarung aufzugreifen. „Es ist eine reine Angelegenheit der deutschen Sozialdemokraten", hatte der Kanzler auf seiner Pressekonferenz zur Halbzeit-Bilanz in der Mitte der Legislaturperiode angemerkt. In der Union werden die Kontakte der SPD zur SED mit Sorge beobachtet.

Polen-Reise Dreggers steht im Zeichen der Versöhnung

Auszüge aus seinen von Warschau beanstandeten Reden

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, tritt heute seine private Urlaubsreise nach Polen an, die im Vorfeld zu heftigen Angriffen der polnischen Regierung auf seine Person geführt hat. Der polnische Regierungssprecher Urban schloß jedes Gespräch zwischen Vertretern der Regierung in Warschau und Fraktionschef Dregger aus, weil dieser „wiederholte unfreundliche Äußerungen nicht nur gegenüber Polen, sondern auch gegenüber der Sowjetunion und dem Kommunismus im allgemeinen" getan habe. Dregger führte in seiner Antwort auf diese Vorwürfe (WELT v. 4.7.) die polnische Haltung auf seine beiden Reden vor dem Bund der Vertriebenen in Bonn und vor der Landsmannschaft der Oberschlesier in Fulda im April und im Juni zurück.

Anlaß für Empörung auf polnischer Seite ist allerdings durch keine der beiden Reden gegeben. Der Fraktionsvorsitzende hatte beide Vorträge klar unter das Motto der Versöhnung auch mit Polen gestellt. So hatte er am 28. April dieses Jahres vor den Vetriebenen in Bonn gesagt: „Ich gebe meine Vision nicht auf, daß Deutschland und Polen dereinst als souveräne Staaten miteinander Frieden schließen, einen Versöhnungsfrieden, der auf der Erkenntnis beruht, daß unsere Völker derselben christlich-abendländischen Zivilisation angehören und daß sie ihre Freiheit und Einheit nur wiederfinden, wenn sie nicht gegeneinander, sondern zueinander stehen." Dazu gehöre auch die Einsicht auf polnischer Seite, daß aus einem Versöhnungsfrieden „die deutschen Heimatvertriebenen nicht ausgeschlossen werden können."

Dregger erinnerte an die Charta der neue demokratische Staatswesen zu tragen, sei nicht aufgegangen. Dregger nannte die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten „Verbrechen" und „Katastrophen". Vor den Oberschlesiern in Fulda sagte er im Juni: „Unrecht ist Ihnen geschehen durch die Vertreibung. Völkermord und Völkervertreibung sind Verbrechen, die um des Überlebens der Menschheit willen als Menschheitsverbrechen geächtet werden müssen." Dabei könne es „keinen Unterschied machen, von wem oder an wem diese Verbrechen verübt werden." Es könne deshalb auch keine „Aufrechnung" von Verbrechen – etwa mit dem Hinweis auf die Nazi-Verbrechen an den Juden – geben.

Vor dem Bund der Vertriebenen hatte sich Dregger klar dazu bekannt, daß er die „deutsche Frage" nach wie vor für offen ansehe: „Am 8. Mai 1945 ist kein Schlußstrich unter die deutsche Frage gezogen worden." Weder in Jalta noch in Potsdam sei vertraglich besiegelt worden, daß Europa auf immer in zwei Blöcke auseinanderfalle, und daß Deutschland als Ganzes aufgehört habe zu existieren. Präsident Reagan, Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher hätten diese Haltung mehrfach bestätigt, während die Sowjetunion die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas im Nachhinein völkerrechtlich sanktionieren wolle.

Dregger erinnerte an die Erklärung des SPD-Politikers Herbert Wehner, der 1968 auf die Frage, ob man nicht besser auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verzichte, geantwortet habe: „Nein, das Recht hätten wir nicht. Wir wären Strolche. Es sind zwei verschiedene Fragen, ob ich ein Recht durchsetzen kann oder ob ich das Recht, das nicht durchzusetzen ist, wachhalte." Dregger fügte diesem

Peking: Für Normalisierung noch viel zu tun

dpa/DW. Moskau

Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Yao Yilin hat sich zum Abschluß seines Besuches in der Sowjetunion zurückhaltend über eine Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen Peking und Moskau geäußert. Für eine Normalisierung dieser Beziehungen müsse „noch viel getan werden", sagte Yao nach Angaben der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass. Auch die sowjetische Seite hat erkennen lassen, daß es bei den politischen Gesprächen zu keiner Annäherung der Standpunkte gekommen ist.

Die während des Yao-Besuches unterzeichneten langfristigen Wirtschaftsvereinbarungen werden dagegen als deutliches Zeichen einer von beiden Seiten gewollten raschen Entwicklung in ihrem Wirtschafts- und Handelsverkehr gewertet. So wurde nun auch aus Peking bekannt, daß China und die Sowjetunion zwei weitere Orte für ihren Grenzhandel und für den Schiffsverkehr über den Amur geöffnet haben. Dabei handelt es sich um Heihe in der Nordostprovinz Heilongjiang und den auf der sowjetischen Uferseite gegenüberliegenden Ort Blagoveshchensk.

Bonn will Syrien wieder helfen

dpa, Bonn

Fünf Jahre nach dem Einfrieren der deutschen Entwicklungshilfe für Syrien wird die Bundesrepublik ihre Wirtschaftshilfe wieder aufnehmen. Wie das Entwicklungsministerium in Bonn mitteilte, wurde für Syrien 71,7 Millionen Mark an zinsgünstigen Krediten als Hilfe für Warenkäufe, für Projekte der Ernährungsindustrie sowie für des Ausbau der syrischen Stromversorgung freigegeben.

Politische Kreise in Bonn sprachen von einem politischen Signal für eine Verbesserung des bislang äußerst kühlen Klimas zwischen Bonn und Damaskus. Ursache dafür waren – aus deutscher Sicht – unter anderem die unversöhnliche Haltung von Präsident Assad im Nahost-Konflikt und Aktivitäten syrischer Terrorkommandos in der Bundesrepublik Anfang der achtziger Jahre.

Gorbatschow schreibt an Franziskaner

dpa, Assisi

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow unterstützt „viele der Friedensgedanken" des Franziskanerordens. In einem Antwortschreiben an die Ordensführung in Assisi erklärte Gorbatschow, trotz der internationalen Spannungen gebe es heute die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Das internationale Friedenszentrum der Franziskaner hatte in Schreiben an Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan vorgeschlagen, daß sich beide in der umbrischen Ordensstadt treffen sollten.

Nakasone trifft Papst im Vatikan

dpa, Rom

Im Rahmen seiner Europa-Reise ist der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone gestern in Rom eingetroffen. Nakasone, der zuvor in Frankreich war, will heute mit der italienischen Regierung über wirtschaftliche und politische Fragen beraten und im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. zusammentreffen.

Italien erhofft sich von den Gesprächen eine Belebung des Wirtschaftsaustauschs mit Japan, der mit einem Volumen von derzeit jährlich etwa zwei Milliarden Dollar (rund 5,8 Milliarden Mark) noch ziemlich gering ist.

Generalstreik in Israel abgewendet

dpa, Jerusalem

Ein für gestern angeordneter Generalstreik in Israel ist abgewendet worden. Ministerpräsident Peres und der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes „Histadrut", Israel Kesser, einigten sich nach zweiwöchigen Verhandlungen am frühen Dienstagmorgen. Ihr Kompromiß über die wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen der Regierung sieht unter anderem Ausgleichszahlungen für die Arbeitnehmer vor, um ihren bis zu 30prozentigen Einkommensverlust aufzufangen oder abzumildern.

Fundamentalisten in Kairo verhaftet

rtr, Kairo

Lehrstück Kirschen

Ha. (Brüssel) – Gute Ernten bieten in der EG mehr Anlaß zur Besorgnis als zur Freude. Das Gleiche gilt für schlechte. Die Bauern haben zwar weniger Grund zur Klage als die Verbraucher und Steuerzahler. Trotzdem werden manche Europaabgeordnete nicht müde, die letzten Lücken im Marktordnungssystem auszuspähen und auf „Maßnahmen" zur Sicherung der bäuerlichen Einkommen zu dringen.

Ein sommerlicher „Evergreen" sind Anfragen zum Thema Sauerkirschen: Sie richten sich Jahr für Jahr gegen billige Einfuhren aus Jugoslawien. Bislang hat sich die Kommission gegenüber allen Ratschlägen als standhaft erwiesen. Schließlich ist die Kirsche geradezu ein Lehrbeispiel dafür, wie Subventionen zu verfehlten Produktionsstrukturen führen können.

Im Wirtschaftsjahr 1980/81 hat die EG für „Kirschen in Sirup" eine Verarbeitungsbeihilfe eingeführt. Sie sicherte den Erzeugern zunächst über einen Mindestpreis für den größten Teil ihrer Produktion ein garantiertes Einkommen. Seit der Einführung dieser Regelung hat sich jedoch die Produktion von 77 500 auf 110 600 (im Wirtschaftsjahr 1983/84) erhöht.

„Selbstverständlich", so meint die Kommission, „konnte eine derartige Produktionssteigerung nicht ohne Auswirkungen auf den Kirschenmarkt und insbesondere auf die Absatzmöglichkeiten für diese Erzeugnisse bleiben." Sie lehnt jedoch auch das regelmäßige Ersuchen der Bundesregierung ab, Einfuhrbeschränkungen aus Jugoslawien vorzunehmen.

Beratungs-Boom

Stü. – Rund 56 000 Bürger haben sich im vergangenen Jahr bei den Industrie- und Handelskammern über Fragen der Existenzgründung beraten lassen. Das waren 19 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Steigendes Interesse melden die Kammern auch für die von ihnen angebotenen Existenzgründungsseminare, an denen 1984 insgesamt 7 500 Personen teilnahmen. Sicherlich sind Beratungen und verteilte Broschüren nicht mit Gründungen, schon gar nicht mit erfolgreichen, gleichzusetzen. Doch die wachsende Bereitschaft, unternehmerisches Risiko zu übernehmen, ist unverkennbar. Und auch die Zahl von wahrscheinlich 12 500 Firmenzusammenbrüchen in diesem Jahr verliert bei der anhaltenden Gründungswelle einiges von ihrem Schrecken. Aber auch in den letzten Monaten war die Zahl der durch Insolvenzen vernichteten Arbeitsplätze größer als die in jungen Unternehmen neu geschaffenen. Doch das muß nicht so bleiben. Wenn die Überlebenschancen der Neuen spürbar verbessert werden könnten, wäre schon viel gewonnen. Mit ihrem Beratungsangebot sind die Kammern auf dem richtigen Weg.

BUNDESBANK-MONATSBERICHT / Steuerreform in zwei Schritten indirekt verteidigt

Die Konsolidierung kommt voran, ist aber noch längst nicht am Ziel

LEO FISCHER, **Frankfurt**

Eine deutliche Verlangsamung der Steigerung der Steuereinnahmen der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik konstatiert die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre war der Anstieg nur noch halb so hoch wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Begründet wird dies mit dem geringen Wachstum des nominalen Sozialprodukts und steuerlichen Entlastungen, die zu einem Rückgang der volkswirtschaftlichen Steuerquote führten.

Die Steuerquote, ausgedrückt durch die Relation zwischen den Steuereinnahmen und dem Sozialprodukt, lag im letzten Jahr mit 23,7 Prozent niedriger als Ende der siebziger Jahre (1979: 24,6) und auch geringer als im Durchschnitt des zurückliegenden Jahrzehnts (24,0 Prozent).

Die gesamte Ausgabenquote – Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Relation zum Sozialprodukt – sind jedoch mit fast 40 Prozent fast konstant geblieben, weil die Sozialausgaben weiter heraufgesetzt wurden. Im internationalen Vergleich nimmt die Bundesrepublik unter den westlichen Industriestaaten einen mittleren Platz ein. Vor allem in den nordeuropäischen Ländern, aber auch in einigen westeuropäischen Staaten ist die Abgabenbelastung höher als in der Bundesrepublik, „in den USA und Japan dagegen ist sie bedeutend niedriger", schreibt die Deutsche Bundesbank.

Auch im laufenden Jahr sei nicht damit zu rechen, daß die Steuereinnahmen wesentlich stärker als das Bruttosozialprodukt steigen. Dafür sorgt auch die erhöhte Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft, die seit Mitte 1984 gewährt wird und im laufenden Jahr zu Steuermindereinnahmen von 2,5 Mrd. DM führt. Auch die Senkung der Vermögensteuer für Betriebsvermögen im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 wirkt sich in diesem Jahr verstärkt aus.

Ohne die jüngst beschlossene Steuerreform wäre in den kommenden Jahren mit einem deutlichen Anstieg der volkswirtschaftlichen Steuerquote zu rechnen gewesen, meint die Bundesbank. Die Frankfurter Währungshüter weisen darauf hin, daß die Steuerschätzung im Juni zu dem Ergebnis kam, daß ohne Senkung der Einkommensteuer die volkswirtschaftliche Steuerquote von 1986 bis 1989 um jahresdurchschnittlich 0,2 Prozent steigen und in vier Jahren 24,7 Prozent erreichen werde.

Außer der Steuerreform führen Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen für Betriebsgebäude und die Sonderabschreibungen für den Einbau moderner Heizungs- und Warmwasseranlagen zu Steuermindereinnahmen, die zum Rückgang der volkswirtschaftlichen Steuerquote auf 23,5 Prozent bis 1988 führt. Die Steuerquote werde sich mittelfristig etwas unterhalb des Niveaus der Jahre 1982 bis 1984 bewegen.

Im Hinblick auf die Gesamtabgabenbelastung sei es nach Meinung der Deutschen Bundesbank „auch notwendig, daß die Beitragssätze in der Sozialversicherung nicht weiter heraufgesetzt werden". Für die Entwicklung der Sozialbeiträge wird es darauf ankommen, „die Kostenexpansion in der Krankenversicherung zu bremsen".

Trotz aller Konsolidierungsbemühungen seien die Defizite der öffentlichen Gebietsköperschaften mit reichlich zwei Prozent des Bruttosozialprodukts immer noch höher, als dies seit langem in der mittelfristigen Finanzplanung angestrebt werde. „Der Konsolidierungskurs schreitet … voran, ist aber noch nicht am Ziel", stellt die Notenbank fest. Indirekt verteidigt die Notenbank die Steuerreform in zwei Stufen. Dadurch ließe sich wahrscheinlich vermeiden, daß die Defizite im kommenden Jahr wieder steigen, meint die Notenbank. Der notwendige finanzielle Spielraum für die 1986 und 1988 wirksam werdende Entlastung sowie für eine spätere Reform der direkten Steuern entsteht nach Ansicht der Notenbank freilich nur, wenn das Ausgabenwachstum der Gebietskörperschaften eng begrenzt bleibe. Der Bundeshaushaltsplan 1986 trage dem vom Finanzplanungsrat wiederholt geforderten Limit von drei Prozent Rechnung.

OECD

Viel Lob, aber auch Tadel für die Bundesrepublik

HEINZ HECK, **Bonn**

Mit einem Wirtschaftswachstum von real 2,5 Prozent rechnet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in diesem Jahr. Sie bewegt sich damit am unteren Rand der Erwartungen der Bundesregierung wie der Fünf Weisen (das Sondergutachten im Juni sprach von 2,5 bis 3 Prozent). Für 1986 erwartet die OECD eine Zunahme auf etwa 2,8 Prozent.

Insgesamt zeichnet die internationale Organisation in ihrem Länderbericht ein Bild fortdauernder bescheidener Erholung, die weiterhin primär vom Export getragen werde. Die seit der wirtschaftspolitischen Neuorientierung im Herbst 1982 getroffenen Maßnahmen hätten ein zufriedenstellendes Ergebnis gebracht, das durch ein günstiges internationales Umfeld erleichtert worden sei.

Neben Lob und Anerkennung für die Erfolge der Bundesregierung wie der Bundesbank in der Preispolitik (mit den niedrigsten Inflationsraten seit den sechziger Jahren), der Entwicklung der Leistungsbilanz und der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie der Flexibilisierung am Arbeitsmarkt gibt es auch Kritik, Bedenken und Besorgnis; sie gelten zum Beispiel der Subventions- und Privatisierungspolitik. Die Subventionen seien entgegen den Ankündigungen nicht nur nicht gesenkt, sondern sogar erhöht worden (1984 gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent). Die Privatisierung von Staatsunternehmen und -beteiligungen müsse tatkräftiger betrieben werden.

Bei allem Lob für die seit 1982 bereits erzielte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen rät die OECD nicht unbedingt zur Fortsetzung dieser Politik: Angesichts des bereits niedrigen Defizits seien die Vorteile einer weiteren Rückführung der öffentlichen Verschuldung derzeit nicht bedeutend.

Kritisch heißt es, daß damit kein Rückgang der Steuerlast einhergegangen sei. Der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt (Steuerlastquote) sei seit 1982 im großen und ganzen unverändert geblieben. Die zweistufige Steuersenkung 1986/88 werde lediglich einen Anstieg gegenüber 1982 verhindern.

Ein deutlicher Unterschied zur Bonner Beurteilung ergibt sich bei der Entwicklung der Leistungsbilanzüberschüsse (1984: 6,2 Milliarden Dollar). Die OECD rechnet für 1985 mit 12,3 und 1986 sogar mit 18,5 Milliarden Dollar. Dieser Prognose liegt allerdings eine unveränderte Dollarparität (Mai-Rate mit 3,11 Mark) zugrunde, während die Bundesregierung bei ihren Annahmen auch eine Änderung berücksichtigt. Bonn rechnet mit einem stärkeren Anziehen der Binnennachfrage als die OECD und sieht sich hierin besonders durch die Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen bestätigt, die nicht nur der Modernisierung (Wettbewerbsfähigkeit), sondern auch der Erweiterung dienten.

Nach dem Stahl-Sündenfall

Von JOACHIM GEHLHOFF

Alte Sünden werfen lange Schatten. Auch zur eigenen Verblüffung ließ sich dieser Tage der Chef eines schon nicht mehr dominierend von der Stahlproduktion geprägten deutschen Konzerns die Daten zur internationalen Stahlpreisentwicklung von seinen Experten vorlegen.

Das Resultat: Den Flachstahl-Tonnenerlös der Europäer von durchschnittlich 1000 Mark übertreffen nicht nur die Japaner um 150 Mark und die Nordamerikaner sogar um mindestens 250 Mark. Auch das „Schwellenland" Brasilien, Lateinamerikas *größter (und bis nach Europa exportintensiver)* Stahlproduzent, mit Billiglöhnen und Eisenerzreichtum in optimaler Kostenlage, nimmt von der heimischen Kundschaft bis zu 300 Mark mehr als in Europa möglich.

Hätten wir nur 100 Mark je Tonne mehr, wir könnten geradezu „Bankdividenden" zahlen, kommentiert besagter Konzernchef diesen Abstand. Und er legt noch ein weiteres Argument obendrauf: Bei zehn Prozent höherem Tonnenerlös wäre gewiß auch ein Profilstahlerzeuger wie Klöckners Georgsmarienhütte in den schwarzen Zahlen, wäre jener politische Streit um Schließung oder Weiterleben dieses Osnabrücker Betriebes nicht ausgebrochen, an dem nun die grandiose Dreibund-Idee der Krupp/Klöckner-Stahlfusion nebst Zutritt des reichen Rohstoffpartners CRA aus Australien gescheitert ist.

Alle diese Konditionale des „hätte" und „wäre" beleuchten mit aktueller Drastik das Grundübel der Stahlkrise in der Europäischen Gemeinschaft. Seitdem das Gros der *EG-Regierungen der Sünde des Subventionierens* von Stahl-Arbeitsplätzen anheimfiel, kommt nicht nur der im weltweiten Standortwandel unerläßliche Rückzug der Europäer auf kleineres Stahlpotential zu langsam voran. Je höher die Subventionsflut steigt, desto vergeblicher wird das Mühen der am kargsten Subventionierten, im Preisniveau mit den Kostensteigerungen Schritt zu halten.

Für diese Produzenten (und die meisten deutschen Stahlwerke zählen dazu) wird die mögliche Rendite, mit schmerzhaften Anpassungskuren der Arbeitsplätze und Kapazitäten ertrotzt, *immer wieder* von der Subventionslawine erdrückt. Das ist auch kein Wunder, wenn auf der nun schon mehr als 100 Milliarden Mark teuren Woge der EG-Stahlsubventionen vornehmlich Staatskonzerne schwimmen, die mittlerweile mehr als ihren jährlichen Personalaufwand aus der Regierungskasse kassieren.

Mit diesem Kardinalproblem sieht sich derzeit die gerade mal wieder aus dem Verlusttal aufgestiegene deutsche Stahlindustrie konfrontiert. Einerseits soll nach oft beschworenem Entschluß der EG-Regierungen 1985 das letzte Stahljahr des dann „für immer beendeten" Subventionswahnsinns sein. Andererseits wird es ein Jahr, in dem die EG-Subventionswoge mit einer Jahresrate von 30 Milliarden Mark (davon eine Milliarde für die mit einem Drittel an der EG-Stahlproduktion beteiligten Deutschen) ihren Scheitelpunkt erreicht – und im logischen Spiegelbild dazu die Europäer mit ihrem Stahlpreisniveau deutlicher denn je als „aller Welt billiger Jakob" erscheinen.

Man darf gespannt sein, ob es der Bundesregierung auf der EG-Ministerratssitzung am 26. Juli gelingt, ausreichend Bundesgenossen für die Rückkehr vom Unfug zur Vernunft zu sammeln. Der Rat hat über ein Doppelziel zu befinden. Erstens müssen dem Subventionsrekord dieses Jahres noch Schrumpfungsauflagen für die reich Gespeisten folgen. Zweitens müssen die Modalitäten zur „subventionsfreien" Fortsetzung des EG-Stahlkrisenregimes über 1985 hinaus Konturen gewinnen – wobei in Frankreichs verstaatlichter Stahlindustrie schon Pläne für weitere Subventionen ausgebrütet werden.

Nachdem auch der Kanzler am Fall *Osnabrück (mit nahem Wahltermin* für Niedersachsens CDU-Regierung) die Subventionsfolgen schmerzhaft erfuhr, will er nun offensichtlich hart um eine endlich faire Behandlung deutschen Stahlpotentials kämpfen. Alles Ökonomische kommt ihm zwar nicht so glattzüngig über die Lippen wie seinem Vorgänger Schmidt. Aber der und die Regierung des SPD-geführten Montanlandes Nordrhein-Westfalen hatten jahrelang den Schutz deutscher Arbeitsplätze vor der Subventionslawine der EG-Nachbarn eindrucksvoll verschlafen. Die Alarmglocke zum Subventions-Sündenfall schellte für die Politik erst im „revierfernen" Osnabrück.

AUF EIN WORT



„Wir werden demnächst auch Bleifrei-Super anbieten. Zusammen mit den 0,5 Prozent Bleifrei-Normalbenzin am gesamten Benzinangebot wird das ein Verlustgeschäft erster Klasse."

Dr. Fritz Oschmann, Vorsitzender des Vorstandes der Veba Oel AG, Gelsenkirchen FOTO: BERTRAM/DPA

EG-AGRARMINISTER

Kiechle will Preisstützung für Brotweizen erhalten

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Bundesregierung wird sich voraussichtlich damit abfinden müssen, daß die europäischen Getreidepreise zum 1. August um 1,8 Prozent gesenkt werden. Bei den Brüsseler Verhandlungen konzentrierte sich Ernährungsminister Ignaz Kiechle daher gestern darauf, die zu erwartenden Einkommenseinbußen für die deutschen Landwirte durch Änderungen des Marktmanagements abzumildern.

Wie erwartet, sah Kiechle keine Möglichkeit, seinen Einspruch gegen die von der Mehrheit der EG-Partner befürwortete Preissenkung zurückzunehmen. Er konnte jedoch auch die EG-Kommission nicht zu einem neuen Preisvorschlag bewegen. Aus dieser Patt-Situation ergab es nach dem Verhandlungsstand vom Nachmittag keine anderen Ausweg, als die Tolerierung des von der Brüsseler Behörde beschlossenen Notregimes. Um die Funktionsfähigkeit des Gemeinsamen Marktes zu sichern, will die Kommission die Preissenkung in eigener Verantwortung vornehmen.

Parallel zur Ratssitzung beriet die Kommission nochmals darüber, wieweit sie den Bonner Wünschen in bezug auf die „begleitenden" Maßnahmen im Getreidesektor entgegenkommen konnte.

Wichtigstes Anliegen Kiechles war die Aufrechterhaltung der besonderen Preisstützung für Brotweizen, die nach der ursprünglichen Absicht der Kommission aus Kostengründen wegfallen sollte. Außerdem wünscht die Bundesregierung eine Verkürzung der Zahlungsziele im Getreidehandel und eine Vergütungsregelung für die bei den Mühlen lagernden Bestände an altem Getreide.

Keine Einwände des Kartellamts

dpa/VWD, Berlin

Das Bundeskartellamt in Berlin hat keine Einwände gegen die Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse bei der Krauss-Maffei AG, München und der Kempinski AG, Berlin. Wie das Amt mitteilte, wurde der angemeldete Erwerb von gut 25 Prozent der Krauss-Maffei AG durch die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung nicht untersagt. Da auch für Kempinski die Neuordnung genehmigt wurde, kann die Deutsche Lufthansa AG, Köln, eine Beteiligung von zehn Prozent an Kempinski sowie über eine Betriebsführungsgesellschaft das Management der Hotelgesellschaft übernehmen.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Wachstum stützt sich stärker auf die Qualität

OLIVER SCHUMACHER, **Bonn**

Die deutsche Automobilindustrie wird sich in Zukunft weniger auf quantitatives, sondern vielmehr auf qualitatives Wachstum stützen. Seit Anfang der 70er Jahre hätten sich derreale Produktionswert und die Summe der hergestellten Pkw unterschiedlich entwickelt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der volkswirtschaftlichen Abteilung der Daimler-Benz AG, Stuttgart.

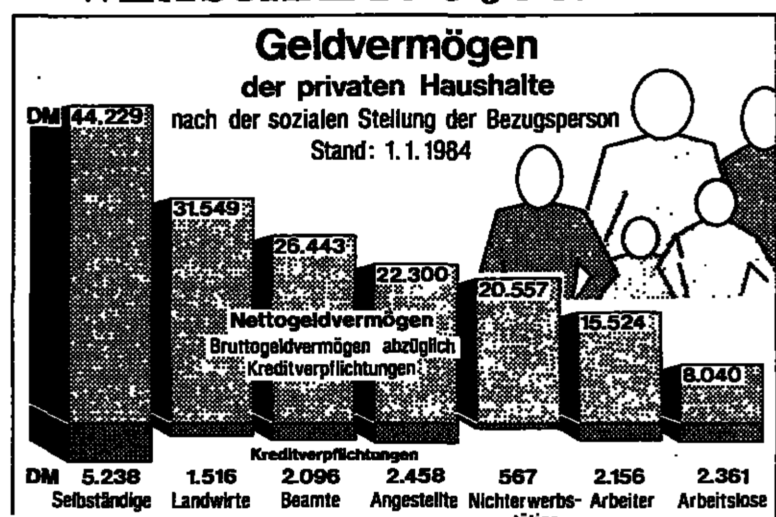
In den 60er Jahren seien Wert und Stückzahl der Produktion noch weitgehend im Gleichklang gestiegen; seit 1970 sei eine Scherenbewegung zu beobachten. Während die wertmäßige Bruttoproduktion in diesem Zeitraum jährlich im Durchschnitt um 4,2 Prozent gestiegen war, betrug der durchschnittliche Zuwachs bei den Stückzahlen nur 0,8 Prozent.

Für diesen Trend führt Daimler-Benz zwei Gründe ins Feld: Die Neigung der Autokäufer, sich einen größeren Wagen zuzulegen, hat sich in den 70er Jahren verstärkt. So stieg der Anteil von Fahrzeugen über zwei Liter Hubraum an der Gesamtproduktion erheblich an.

Außerdem habe sich der Wert des einzelnen Fahrzeuges beträchtlich erhöht. Innovationen im Bereich der Sicherheit, des Komforts, der Sparsamkeit sowie der Umweltverträglichkeit hätten diese Entwicklung nach sich gezogen.

Als Fazit der Analyse wird festgehalten: Prognosen zur deutschen Automobilindustrie, die sich nur an bloßen Stückzahlen orientieren, erfassen die Wirtschaftskraft dieses Industriezweiges nur unzulänglich und unterschätzen daher die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten der Branche und der Zulieferindustrie. Das qualitative Wachstum wird weiter an Gewicht gewinnen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Vorhandene Vermögenswerte und bestehende Kreditverpflichtungen sind wichtige Daten zur Beurteilung des Konjunkturverhaltens. Umfragen haben ergeben, daß die höchsten durchschnittlichen Geldvermögensbestände bei den Selbständigen-Haushalten zu finden sind. Diese sind jedoch nicht ohne weiteres mit den Beständen der Nicht-Selbständigen-*Haushalte vergleichbar, da sie zu einem großen Teil nicht bestehende* gesetzliche Alters- oder Krankenversicherungen ersetzen. Arbeitslosenhaushalte verfügen über die wenigsten Spargroschen. QUELLE: IMU

Deutsche Erdölförderung

Hannover (w. k.) – Seit Beginn der regelmäßigen Produktion im Jahr 1873 bis heute sind aus deutschen Quellen bisher 200 Mill. Tonnen Erdöl gefördert worden. Darauf weist der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgas-Gewinnung (WEG) in Hannover hin. Nach Angaben der WEG deckt die einheimische Erdölförderung gegenwärtig etwa 4 Prozent des deutschen Mineralölbedarfs. Im ersten Halbjahr 1985 betrug die inländische Erdölproduktion 2,05 Mill. Tonnen. Sie war um 41 000 t oder zwei Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Gegen Tarif-Absprachen

Brüssel (dpa/VWD) – Die europäischen Verbraucher haben sich nachdrücklich für die Aufhebung der grenzüberschreitenden Tarifabsprachen zwischen den Fluggesellschaften ausgesprochen. Der europäische Verbraucher-Dachverband BEUC beklagt, die bilateralen Kartellvereinbarungen würden auf dem Rücken *der Verbraucher ausgetragen, da sie* niedrigere Tarife nahezu unmöglich machten. Die starren Preisvereinbarungen hätten zur Folge, daß für Routen vergleichbarer Länge oft stark voneinander abweichende Tarife berechnet würde.

Ausbau der Fernwärme

Berlin (tb) – In den Ausbau des Berliner Fernwärmenetzes wird die Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-AG bis zum Ende dieses Jahrhunderts rund 600 Mill. DM investieren. Wie Sprecher der Bewag gestern in Berlin mitteilten, gehört das Unternehmen mit einem Anschlußwert von 2264 Megawatt zu den größten Fernwärmeversorgern in Westeuropa. Die beheizte Fläche beträgt 13 Mill. m^2, das entspricht etwa 180 000 Wohnungen. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts sollen es rund 275 000 sein.

Stärkere Preiskontrollen

Berlin (VWD) – Die Investitionen der „DDR"-Wirtschaft sollen strenger auf die Einhaltung der geltenden preisrechtlichen Bestimmungen überprüft werden. Das bestimmt eine vom Ostberliner Ministerrat beschlossene „Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen", die am 1. September in Kraft tritt und entsprechende, in der Zwischenzeit mehrfach veränderte Vorschriften aus dem Jahr 1978 ersetzt. Künftig unterliegen Investitionsvorhaben, insbesondere mit einem Gesamtwertumfang über fünf Mill. Mark, unter anderem auch der staatlichen Preiskontrolle, berichtete das Informationsbüro West (IWE) weiter.

Genehmigung erteilt

Berlin (VWD) – Wenige Wochen nach der Genehmigung der Pflegekrankenversicherung hat das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin, jetzt erstmals einem Lebensversicherer die Einführung der neuen Pflegerentenversicherung genehmigt. Dies teilte die Behörde gestern mit.

Projektförderung

Washington (VWD) – Die Weltbank-Tochter International Finance Corp. (IFC) wird in ihrem Fiskaljahr 1985/86 (30.6.) rund 1,0 bis 1,2 Mrd. Dollar in Projekte in der Dritten Welt investieren. Wie der Executive Vice President, Ryrie, mitteilte, verbesserten sich die Möglichkeiten für Engagements in private Geschäfts-Joint-Ventures in Asien, Lateinamerika und Afrika. Besonders gelte dies für asiatische, aber auch für lateinamerikanische Länder, wo man die Schuldenkrise in den Griff bekomme. An Krediten und Kapitalbeteiligungen hat die Weltbank-Tochter nach Angaben von Ryrierund 937 Mill. Dollar genehmigt, davon 610 Mill. Dollar aus eigenen Finanzreserven.

Neues Agrar-Konzept

Stuttgart (dpa/VWD) – Die unionsregierten Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern wollen ein gemeinsames Konzept für eine „grundlegende Neuordnung" der Agrarpolitik erarbeiten. Damit sollen nach Angaben des Stuttgarter Regierungssprechers Matthias Kleinert bäuerliche Familienbetriebe langfristig in ihrer Existenz gesichert werden. Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU), die Landwirtschaftsminister beider Länder, Vertreter der Bauernverbände und Agrarexperten seien bereits zu einem vorbereitenden Gespräch zusammengetroffen, teilte Kleinert gestern weiter mit.

BUNDESBAHN

Pauschalangebot für die Zugfahrt zum Flughafen

SABINE SCHUCHART, **Bonn**

Flugreisende können ab sofort zum günstigen Pauschalpreis mit dem Zug zu jedem Flughafen in der Bundesrepublik fahren. Das neue Angebot „Rail + Fly" der Deutschen Bundesbahn, das zunächst bis zum 31. Dezember 1986 gilt, richtet sich an Fluggäste auf Linien- und Charterflügen und berechtigt zur Nutzung aller Reisezüge der Bundesbahn mit Ausnahme der Sonder- und der Autoreisezüge.

Ein „Rail + Fly"-Ticket kann gegen Vorlage eines Flugscheins für Hin- und Rückflüge bei jeder Fahrkartenausgabe der Deutschen Bundesbahn und bei Reisebüros mit Fahrkartenverkauf gelöst werden. Es gilt für Hin- und Rückfahrt und kostet für eine Person in der 2. Klasse 70 Mark, für zwei Personen zusammen 110 Mark und für jede weitere Person (bis höchstens 5 Personen) 40 Mark. Wer 1. Klasse fährt, zahlt 100 Mark, zu zweit 160 Mark und jede weitere Person 60 Mark. Die Kosten für mitreisende eigene Kinder und Enkelkinder betragen in beiden Klassen lediglich 10 Mark.

Das „Rail + Fly"-Ticket ist nur in Verbindung mit einem Flugschein gültig und zwar im Zeitraum von einem Tag vor dem Abflug bis einen Tag nach der Ankunft. Im Fahrpreis sind IC-Zuschläge, die Gebühr für Platzreservierung sowie der Transfer vom Bahnhof zum Flughafen per S-Bahn, Straßenbahn oder Flughafenbus enthalten. Das neue Angebot bedeutet einen weiteren Schritt der Bundesbahn zur Kooperation mit anderen Verkehrsunternehmen. Bereits seit Juni dieses Jahres ist der Frankfurter Flughafen mit täglich 30 Zügen direkt an das IC-Netz angeschlossen.

EG-KOMMISSION / Stahl-Quotensystem soll nicht abrupt beendet werden

Noch eine dreijährige Genesungsfrist

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die EG-Kommission will der europäischen Stahlindustrie noch eine dreijährige „Genesungsfrist" verschreiben. Sie tritt dafür ein, das 1980 eingeführte Produktionsquotensystem nicht abrupt zu beenden, sondern – wie es der zuständige deutsche Vizepräsident Karl-Heinz Narjes ausdrückte – die Branche „in einem geordneten Verfahren von der teuren Intensivstation ins Alltagsleben zu überführen".

Die Kommissionsvorschläge sollen den Industrieministern der Gemeinschaft in der kommenden Woche als Grundlage für eine allgemeine politische Diskussion über die Probleme des Stahlmarktes dienen. Der bisherige Krisenmechanismus, zu dem auch Mindestpreise, ein entsprechender Außenschutz und eine Überwachung der innergemeinschaftlichen Handelsströme gehören, ist bis Ende 1985 befristet.

Die Brüsseler Behörde konstatiert, daß sich die akute Phase der Stahlkrise zwar ihrem Ende nähere und die Mehrheit der europäischen Unternehmen wieder lebensfähig geworden sei. Dennoch sei die Umstrukturierung auf Gemeinschaftsebene noch nicht abgeschlossen. So blieben bis 1990 selbst bei optimistischen Erwartungen noch Überkapazitäten in der Größenordnung von 20 Millionen Tonnen bestehen, wenn man von einer wünschenswerten durchschnittlichen Ausnutzung der Produktionsanlagen von 80 Prozent ausgehe. 1986 sei mit einer Auslastung von etwas unter 70 Prozent zu rechnen.

Die schrittweise Auflockerung des Krisenregimes soll nach dem Vorschlag der Kommission in zwei Phasen geschehen: in der ersten (Dauer: 18 bis 24 Monate) soll, beginnend mit der sofortigen Freigabe von einer Reihe von Langprodukten, eine allmähliche Lockerung der Produktionsbeschränkungen sowie eine „Suspendierung" der Mindestpreise vorgesehen werden. Am Ende der zweiten Phase ist auch für Flacherzeugnisse die Rückkehr zu normalen Marktregeln geplant.

Die Kommission bestätigt, daß alle Beihilfen zur Deckung der Betriebsverluste der Unternehmen oder alle Investitionsbeihilfen mit regionaler oder sonstiger Zweckbestimmung von 1986 an verboten sind. Er deutete jedoch die Bereitschaft an, unter bestimmten Bedingungen Staatsbeihilfen für Forschung, Entwicklung und Umweltschutz sowie für die Stillegung von Anlagen auch nach diesem Zeitpunkt zu genehmigen. Um den weiteren Strukturwandel sozial besser abzufedern, schlägt die EG-Behörde eine „integrierte Aktion" in den besonders von der Stahlkrise betroffenen Regionen sowie höhere Zinserleichterungen für Umstellungsdarlehen vor.

CHINA / Förderung von Auslandsinvestitionen revidiert

Schwerpunkte im Norden

dpa/VWD, Peking

Die chinesische Regierung hat ihren im vergangenen Jahr vorgestellten ehrgeizigen Entwicklungsplan zur Förderung von Auslandsinvestitionen in 14 Küstenstädten revidiert und will bis auf weiteres verstärkt regionale Schwerpunkte setzen. Wie Staatsrat Gu Mu, einer der Mitgestalter des wirtschaftlichen Modernisierungskurses, gegenüber einer japanischen Geschäftsdelegation erklärte, sollen bei der Anwerbung von Fremdinvestitionen die Städte Shanghai, Tientsin, Kanton und Dalian (Dairen) im Norden, „die vergleichsweise günstige Bedingungen bieten", Vorrang erhalten.

Die übrigen zehn Küstenstädte, in denen die Voraussetzungen schlechter seien, sind demnach angewiesen, das Entwicklungstempo zu drosseln und auf den Abschluß neuer Projekte mit dem Ausland zunächst zu verzichten. Zu den Regionen, die zurückstecken müssen, gehört auch Qingdao (ehemals Tsingtau) auf der Shandong-Halbinsel, wo sich Bayern im Oktober mit einer großen Industrieausstellung vorstellen will.

Wie Gu den Presseberichten zufolge betonte, handele es sich nur um ein „vorübergehendes Phänomen" und keine grundsätzliche Kursänderung der chinesischen Öffnungspolitik. Er begründete die neue Schwerpunktsetzung mit den knappen finanziellen Ressourcen im Inland, dem über Erwarten hohen Abfluß an Devisenreserven und den relativ geringen Fortschritten, die zehn von 14 Küstenstädten bisher bei der Ansiedlung von ausländischen Investoren erzielt hätten. Die fünf Sonderwirtschaftszonen sind von dieser neuen Politik zunächst nicht betroffen. Bei einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten von Trinidad und Tobago, George Michael Chambers, hatte Chinas starker Mann, Deng Xiaoping, gestern die Einrichtung dieser Sondergebiete als richtig verteidigt.

GROSSBRITANNIEN / Pflichtbeiträge an den staatlichen Gesundheitsdienst

Die zusätzliche Vorsorge nimmt zu

WILHELM FURLER, London

Die private Krankenversicherung hat sich in Großbritannien, wo seit dem Krieg ein staatlicher Gesundheitsdienst (National Health Service – NHS) besteht, in den letzten Jahren beachtlich entwickelt. So geben die Briten heute zusätzlich zu ihren Pflichtbeiträgen zum NHS rund eine Milliarde Pfund pro Jahr (vier Mrd. DM) für die private Krankenvorsorge aus. Dies geht aus einer Studie des Londoner Instituts Economist Intelligence Unit hervor.

Danach hat sich seit dem Amtsantritt der Thatcher-Administration im Jahre 1979 die Zahl der Betten in privaten Krankenhäusern auf knapp 9000 Ende vergangenen Jahres verdoppelt. Weitere 1800 Betten werden in der nächsten Zeit in privat finanzierten und geleiteten Krankenhäusern hinzukommen. Darüber hinaus sind die Ausgaben für ergänzende medikamentöse Behandlung und für die nicht-akute Krankenbehandlung zu Hause rapide gestiegen.

Zwar hätte das Bettenangebot in der akuten Krankenbehandlung im Privatversicherungsbereich die Nachfrage inzwischen geringfügig überstiegen. Aber dennoch bestünden „erhebliche Möglichkeiten" für eine Expansion in der privaten Krankenversorgung, meint das Institut. Andererseits gäbe es keine Veranlassung, von einer radikalen Veränderung im britischen Gesundheitswesen auszugehen – trotz aller Schwierigkeiten, die mit dem staatlichen Gesundheitsdienst verbunden sind.

Die weitere Entwicklung der privaten Krankenversicherung wird vor allem davon abhängen, ob die konservative Regierung ein drittes Mal die Parlamentswahlen für sich entscheiden kann. Dies würde aller Voraussicht nach bedeuten, daß weitere Maßnahmen zur Förderung des Privatsektors ergriffen würden. Andererseits würde eine Labour-Regierung kaum geneigt sein, Wähler durch eine Abschaffung der privaten Krankenversicherung zu vergraulen. Vielmehr dürften Steuerzugeständnisse im Privatbereich abgeschafft und schärfere Vorschriften für Privatkliniken eingeführt werden.

Der jüngste Boom in der privaten Krankenversicherung wird auch an der größten Gruppe in diesem Bereich, der British United Provident Association (Bupa) deutlich. Allein im letzten Jahr hat sich die Zahl ihrer Mitglieder um 400 000 auf 3,2 Millionen erhöht. 1984 haben sich 3000 Firmen der privaten Zusatz-Krankenversicherung von Bupa – für Unternehmen und deren Mitarbeiter – angeschlossen. Damit ist die Zahl auf mehr als 33 000 Unternehmen mit Bupa-Verträgen angestiegen.

Bupa hat nach Angaben ihres Vorstandschefs im vergangenen Jahr eine Geschäftsausweitung um fünf Prozent erzielt. Trotz wachsenden Wettbewerbs halte diese Entwicklung auch in diesem Jahr an. Das Einkommen aus Mitglieder-Beiträgen erhöhte sich 1984 um 35 auf 278 Mill. Pfund (gut 1,11 Mrd. DM).

AUSLANDSINVESTITIONEN / Rückzug aus Dritter Welt

Engagement in Westeuropa

dpa/VWD, Bonn

Die drängenden Appelle der Regierung Helmut Kohl zu verstärkten privaten Investitionen in der Dritten Welt hatten im vergangenen Jahr trotz staatlicher Fördermaßnahmen keine Wirkung: Bundesdeutsche Unternehmen, die 1983 noch 2,3 Mrd. DM in den Entwicklungsländern angelegt hatten, investierten 1984 nur noch knapp 1,4 Mrd. DM in diesen Regionen. Das waren gerade 15 Prozent aller deutschen Auslandsinvestitionen (1983: 29,7 Prozent).

Dieses „Tief" steht, wie aus jüngsten Veröffentlichungen des Bonner Wirtschaftsministeriums und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) hervorgeht, im Gegensatz zur allgemeinen Investitionslust. Insgesamt betrugen die Netto-Kapitalanlagen von Unternehmen der Bundesrepublik 1984 rund 9,3 (1983: 7,8) Mrd. DM. Der Gesamtbestand der deutschen Investitionen wuchs damit weltweit auf 110,8 Mrd. DM, davon 23 Mrd. in Entwicklungsländern.

Die Neuinvestitionen konzentrierten sich 1984 noch stärker als in den vorangegangenen Jahren auf Westeuropa (41,8 Prozent) und Nordamerika (37,4 Prozent). In der Liste der Zielländer finden sich auf den ersten 15 Positionen nur drei Entwicklungsländer: Mexiko (6. Platz mit 485 Mill.), Ägypten (9. Platz mit 264 Mill.) und Brasilien (14. Platz mit 130 Mill. DM). Fachleute sehen den Grund dafür in der das Risiko ablehnenden Investitionspolitik der Firmen.

Dies haben 1984 vor allem die Länder Südamerikas zu spüren bekommen. So waren 1983 noch 529 Mill. DM nach Brasilien geflossen, ein Jahr später 130 Mill. DM. In Argentinien legten die Deutschen 1984 nur noch 3,3 Mill. DM an, nach 214 Mill. im Vorjahr. Die Kapitalanlagen in Venezuela sanken in diesem Zeitraum von 34,8 auf zwei Mill. DM.

Aber auch in den asiatischen Ländern hielten sich die Deutschen zurück: Laut BDI-Zahlen investierten Firmen der Bundesrepublik im vergangenen Jahr 63,1 Mill. DM in der Asean-Region (Philippinen, Malaysia, Indonesien, Singapur und Thailand, Brunei), weniger als in Hongkong (84 Mill.) oder Australien (80 Mill. DM). In Japan vervierfachten sich die deutschen Kapitalanlagen im Vergleich zu 1983 auf 313 Mill. DM.

Einen deutlich rückläufigen Trend haben auch die Investitionen in den Ölförderländern. In die Opec-Staaten flossen 1984 rund 115 Mill. DM, davon allein 50 Mill. DM nach Saudi-Arabien und 47 Mill. DM in die Vereinigten Arabischen Emirate. 1983 hatten die deutschen Investitionen im gesamten Opec-Raum noch 176 Mill. und 1982 sogar 292 Mill. DM betragen.

Obwohl Bonn die Wirtschaft oft zu mehr Engagement in Afrika ermutigt, gehört der schwarze Kontinent zu den „Verlierern". 1984 überwogen in den meisten schwarzafrikanischen Ländern die deutschen Kapitalabflüsse. Ohne Berücksichtigung Südafrikas und Ägyptens, die seit mehreren Jahren ganz oben auf der Prioritätenliste deutscher Anleger stehen, entfielen 1984 nur 36,8 Mill. DM an Netto-Kapitalanlagen auf ganz Afrika (1983: 126,7 Mill. DM).

Die Bundesrepublik steht in der „Weltrangliste" der Auslandsinvestoren nach den USA und Großbritannien auf Platz drei; gemessen an ihrer Exportleistung ist ihre Position eher bescheiden.

VERBRAUCH / Umfrage in der EG und in den USA

Europäer hinken hinterher

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Verbraucher in der EG verhalten sich wesentlich weniger „kauffreudig" als die in Amerika. Dies machten die Ergebnisse der jüngsten Umfrage der EG-Kommission deutlich. Gegenüber 1980, dem letzten Jahr mit einer lebhaften Konsumkonjunktur in der Gemeinschaft, war der Rückgang der Verbrauchsneigung besonders in Frankreich, in den Niederlanden und in der Bundesrepublik ausgeprägt. Eine erhebliche Abschwächung wurde aber auch in Irland und Belgien verzeichnet.

Trotz des konjunkturellen Rückgangs in den USA befleißigten sich die Amerikaner dagegen keinerlei Kaufenthaltung. Ein Schlaglicht auf die hohe Ausgabenneigung wirft nach Ansicht der EG-Experten die stark steigende Verschuldung.

Im ersten Quartal wuchs das Volumen der Konsumentenkredite in den USA mit einer laufenden Jahresrate von 22 Prozent auf 477 Milliarden Dollar. Gefragt, ob der gegenwärtige Zeitpunkt günstig für größere Anschaffungen sei, gab die Mehrheit der amerikanischen Verbraucher in der jüngsten Umfrage im Mai eine positive Antwort (Saldo plus 52 Prozent). Der im April gemessene Wert (Saldo plus 61) – der höchste in der über dreißigjährigen Geschichte der US-Konjunkturbefragungen – wurde allerdings nicht wieder erreicht.

In der EG hingegen überwogen auf diese Frage im zweiten Quartal noch die negativen Antworten. Sie blieben auch im historischen Vergleich sehr schwach. Während der Abstand zu den USA 1978/79 noch vier bis zwölf Punkte betrug, liegt er gegenwärtig bei 56 Punkten.

Die skeptischere Haltung der Europäer läßt sich aus den vorliegenden statistischen Daten schwer analysieren. Viel spricht jedoch nach Meinung der Kommission dafür, daß die Kaufzurückhaltung in der EG wesentlich von der Arbeitslosigkeit verursacht wird. Dies gelte auch für die Haushalte, in denen niemand arbeitslos sei. Auch sie würden in ihrem Kaufverhalten erfahrungsgemäß von steigender Arbeitslosigkeit negativ beeinflußt. Gestützt wird die EG-Umfrage über das Verbraucherverhalten auch durch eine gleichzeitige Befragung der Unternehmen.

US-Banken haben gut verdient

dpa/VWD, New York

Trotz der hohen Reserven, die US-Banken gegen eventuelle Kreditausfälle halten müssen, haben die beiden New Yorker Finanzgesellschaften Chase Manhattan Corp. und J. P. Morgan + Co. im zweiten Quartal sehr gut verdient. Auch bei der im letzten Herbst fast pleite gegangenen Continental Illinois Corp., Chicago, geht es aufwärts. Entscheidend war das höhere Zinseinkommen als Folge der sinkenden Marktzinsen. Bei Chase, der drittgrößten US-Bank, stieg der Gewinn um 45,6 Prozent auf 131 Mill. Dollar. Die Reserve für Kreditverluste nahm im Vergleich zum Vorjahr auf 105 (75) Mill. Dollar zu. Die notleidenden Kredite erhöhten sich auf 2,4 Mrd. Dollar, das sind 3,96 Prozent des gesamten Kreditvolumens. Bei Morgan kletterte der Gewinn um 51,9 Prozent, auf 157,5 Mill. Dollar. Die vorsorgliche Rückstellung im Kreditgeschäft verdoppelte sich auf 90 Mill. Dollar. Die notleidenden Kredite stiegen auf 1,02 (0,875) Mrd. Dollar. Continental Illinois, die sich 1984 mit Hilfe einer Staatsbürgschaft und Bankkrediten über Wasser halten konnte, verdiente im Berichtszeitraum 37,3 Mill. Dollar.

Rekordverkäufe im Einzelhandel

fu, London

Die Einzelhandelsverkäufe in Großbritannien sind im Juni auf Rekordhöhen gestiegen. Angaben des Ministeriums für Handel und Industrie zufolge kletterte der Index der Einzelhandelsumsätze im vergangenen Monat auf 116,1 (1980 = 100). Damit wurde der bisherige Höchststand vom Dezember letzten Jahres, als das Weihnachtsgeschäft zu Rekordverkäufen führte, deutlich übertroffen.

Nachdem die Einzelhandelsverkäufe im Juni um 1,5 Prozent über denen im Mai lagen, ergibt sich ein durchschnittlicher Anstieg im zweiten Quartal dieses Jahres gegenüber dem ersten um zwei Prozent. Gegenüber dem zweiten Quartal vergangenen Jahres stiegen die Verbraucherausgaben sogar um 4,5 Prozent. Bestätigt werden mit den jüngsten Statistiken, daß der noch im Frühjahr befürchtete Knick im Verbraucherboom nicht eingetreten ist.

Der expandierende Einzelhandelsumsatz sowie eine Zunahme der Investitionen und der Exporte lassen ein Wirtschaftswachstum von 5,5 Prozent in diesem Jahr, wie die Regierung es vorausgesagt hatte, wahrscheinlicher erscheinen.

Umschuldung mit Polen unterzeichnet

dpa/VWD, Paris

Regierungsvertreter Polens und westlicher Gläubigerländer haben am Montag in Paris ein offizielles Abkommen über die Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten in Höhe von zwölf Mrd. Dollar unterzeichnet. Die Verhandlungen waren nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 unterbrochen und 1983 wieder aufgenommen worden. Die ersten fünf Jahre der elfjährigen Umschuldungsperiode gelten als zahlungsfreie Gnadenfrist. Die zwölf Mrd. Dollar sind nahezu die gesamten offiziell garantierten Schulden Polens im Westen seit 1982 einschließlich der dafür fälligen Zinsen. Die Gesamtschulden Polens werden von westlichen Experten derzeit auf 25 bis 27 Mrd. Dollar beziffert. Sie stellen etwa 40 Prozent der gesamten Schulden des Ostblocks gegenüber dem Westen dar. Hauptgläubigerländer Polens sind die Bundesrepublik, Frankreich, USA und Großbritannien. Bereits im Juli 1984 hatten westliche Gläubiger mit Warschau ein ähnliches Abkommen über private Verbindlichkeiten geschlossen. Die jährliche Schuldenlast Polens wurde bisher mit 2,5 bis drei Mrd. Dollar angegeben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Peter-Josef Pütz, Würselen; **Augsburg:** City-Tefu-Sport GmbH; **Bad Homburg:** Reisebüro Rheingold GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe; **Bad Kreuznach:** Skomrock u. Moldenhauer Bedachungen GmbH, Simmern; **Bamberg:** Alpha Schuhfabrik GmbH; **Bückeburg:** Heinrich Herbst KG, Papier- u. Kunststoffverarbeitung, Obernkirchen; **Clausthal-Zellerfeld:** Oberharzer Wildemann-Brunnen, Maria-Luise-Quelle Blunck & Co., Wildemann; **Essen:** Crativ Concept Ges. f. Vermögensplanung u. Investitionsberatung mbH; **Hannover:** Nachl. d. Günter Emmermacher, Bauingenieur; Ahlbrecht Transporte KG; Ulrich Ahlbrecht; **Heilbronn:** Gero Reichert, Neudenau; **Herford:** Brömmelmeier Bauges. mbH, Kirchlengern; **Lampertheim:** Renate Herweck geb. Kempf; **Lüdenscheid:** Kraus Verwaltungsges. mbH, Plettenberg; **Mönchengladbach:** Waku Bauunternehmung GmbH; P + L Treubau Baubetreuungsges. mbH; **Remscheid:** Reuter u. Partner GmbH, Solingen; **Saarbrücken:** Janes u. Schorr GmbH, Leuchtröhrenfabrik, Saarbrücken, Dudweiler; **Schwäbisch Hall:** Wilhelm Knoll GmbH + Co. Gaildorf; **Wesel:** 1. Fa. Friedrich Giesen KG, Dinslaken, 2. Friedrich Wilhelm Giesen, Dinslaken; **Wiesbaden:** Gräbner & Kretzschmar GmbH, Wiesbaden-Nordenstadt.

Das Goethe-Institut trauert um

Dr. Hans-Peter Krüger M.A. h. c.

Stellvertretender Generalsekretär

der nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 55 Jahren am 14. Juli verstorben ist.

Seit 1963 gehörte er dem Goethe-Institut an. Von 1963 bis 1967 leitete er das Kulturinstitut in Tokio. Von 1967 bis 1974 war er Leiter des Goethe-Instituts Manchester. Seit 1977 war er bis zu seinem Tode Stellvertretender Generalsekretär des Goethe-Instituts.

Seine Hilfsbereitschaft, seinen selbstlosen und loyalen Einsatz für alle Belange des Instituts und seiner Mitarbeiter werden wir vermissen.

Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e. V.

Präsidium	Vorstand	Gesamtbetriebsrat
Dr. Klaus v. Bismarck	Dr. H. Harnischfeger	Dr. Gerhard Fritsche
Präsident	Generalsekretär	Vorsitzender

Die Trauerfeier in München findet am Donnerstag, dem 18. Juli 1985, um 10 Uhr auf dem neuen Südfriedhof, München 83, Hochäckerstraße 90, statt.

Die Beisetzung erfolgt in Lübeck.

Am 12. Juli 1985 verstarb

Dr. Werner Marx

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1965
Inhaber des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Mit ihm hat die Union einen ihrer angesehensten Kollegen verloren, dessen Grundsatztreue und Menschlichkeit uns Vorbild bleiben.

Seine aufopferungsvolle Arbeit war geprägt von christlichem Glauben und hohem Verantwortungsbewußtsein.

Sein politisches Erbe ist uns Verpflichtung.

Wir nehmen Abschied in großer Trauer.

Dr. Alfred Dregger	**Dr. Theo Waigel**
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages	1. Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

LBS WÜRTTEMBERG / Stabile Sparfristen

Gutes Halbzeitergebnis

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit einem im Vergleich zum Branchendurchschnitt recht günstigen Halbzeitergebnis wartet die Landesbausparkasse Württemberg, Stuttgart, auf: Das Institut, dessen Arbeitsgebiet sich allein auf den bausparfreudigen Landesteil Württemberg beschränkt, schloß in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1985 rund 46 000 Neuverträge (plus 6,1 Prozent) über 1,25 Mrd. DM Bausparsumme (plus 2,0 Prozent) ab. Dabei hält sich die LBS Württemberg zugute, „durch umsichtige Geschäfts- und Tarifpolitik seit zwei Jahren stabile Sparzeiten bieten zu können".

Beim Standardtarif betragen die Wartefristen bis zur Zuteilung nach wie vor 52 Monate (bei 40prozentiger Soforteinzahlung) beziehungsweise 37 Monate (bei 50 Prozent). „Damit ist die LBS mit dem für den Bausparer wichtigsten Produktvorteil gegenüber den Mitbewerbern heute und künftig gut gerüstet", rühmt sich Heinz Wilderer, geschäftsleitendes Vorstandsmitglied der Bausparkasse, und deutet an, daß das Institut mehr Flexibilität bei der Vertragsaufteilung anvisiere, wozu das Bundesaufsichtsamt noch zustimmen müsse.

Gut 28 Prozent des hereingeholten Neugeschäfts (summenmäßig) kam über die württembergischen Sparkassen. Der gesamte Vertragsbestand der Stuttgarter Landesbausparkasse nahm um ein Prozent auf 37,6 Mrd. DM zu. Um 1,8 Prozent auf 1,14 Mrd. DM verringert hat sich im ersten Halbjahr 1985 der gesamte Geldeingang. Dabei gingen die Sparleistungen um 5,7 Prozent zurück, während die Tilgungsleistungen um zwei Prozent anstiegen.

Zugeteilt wurden in diesem Zeitraum Bausparverträge mit insgesamt 1,09 Mrd. DM (plus 9,8 Prozent). Im Geschäftsjahr 1984 hatte die LBS Württemberg 105 000 neue Bausparverträge (plus 4,1 Prozent) über gut 3 Mrd. DM Bausparsumme (plus 0,8 Prozent) abgeschlossen. Als Jahresüberschuß werden 23,7 (21,1) Mill. DM ausgewiesen. Das im Besitz der württembergischen Sparkassen befindliche Stammkapital von 30 Mill. DM wird wiederum mit 6 Prozent verzinst. Die Eigenkapitalquote hat sich auf 4,4 (4,2) Prozent der Bilanzsumme verbessert.

Konditionen fünf Mal gesenkt

Wb. Frankfurt

Bei der Rheinischen Hypothekenbank AG, Frankfurt, lagen im ersten Halbjahr 1985 die Neuzusagen sowohl im Hypotheken- als auch im Kommunaldarlehensgeschäft über den Vorjahreswerten. Trotz des Rückgangs im Wohnungsbau stieg die Hypothekennachfrage um 15 Prozent auf 1,16 (1,01) Mrd. DM. Das Kommunalgeschäft wuchs um 19 Prozent auf 1,3 (1,09) Mrd. DM.

Der Zinsrückgang ab März machte es der Commerzbank-Tochter möglich, ihre Konditionen fünf Mal zu senken. Dem Zinsertrag tat das keinen Abbruch: Er stieg um knapp 15 Prozent auf 100 (87) Mill. DM. Die Refinanzierung des Neu- und Anpassungsgeschäfts wurde mit 3,3 (3,1) Mrd. DM fast nur durch Ausgabe von Schuldverschreibungen bewältigt. Den größten Anteil daran hatten die Kommunalschuldverschreibungen mit 2,3 Mrd. DM.

Asko plant Optionsanleihe

VWD, Saarbrücken

Die Hauptversammlung der Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrükken, am 30. August soll den Vorstand ermächtigen, bis zum 31. Juli 1990 eine Optionsanleihe über maximal 100 Mill. DM auszugeben. Die Optionsrechte sollen auf Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht lauten. Jeweils 5000 DM nominal sind mit einem Optionsschein ausgestattet, der zum Bezug einer Vorzugsaktie berechtigt.

Deshalb soll die HV ein bedingtes Kapital von 7 Mill. DM schaffen. Die neuen Vorzüge sollen mit einer nachzahlbaren Dividende von 5 Prozent und einer gestaffelten Mehrdividende gegenüber den Stammaktien von 2 bis 4 Prozent ausgestattet sein. Für 1984 soll eine Dividende von 10 DM je Stammaktie und von 11,50 DM je Vorzugsaktie gezahlt werden. 3,84 Mill. DM sollen den freien Rücklagen zugewiesen werden.

CO OP / Vorstand nennt Beteiligungen an Immobilienfonds eine „saubere Sache"

„Ein Rufmord von Dunkelmännern"

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Die Sache ist in sich sauber und vernünftig – ich sehe keinen Anlaß zu irgendwelchen Canossa-Gängen." Mit sehr klaren Worten nimmt Bernd Otto, Vorstandschef der co op AG, Frankfurt, Stellung zu den Vorwürfen, daß Führungskräfte des Handelskonzerns sich im Zusammenhang mit Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds bereichert hätten, deren Objekte dann an die co op vermietet wurden.

Das eigentliche Problem sieht Otto in dem „ideologisch-gemeinwirtschaftlich-genossenschaftlichen" Nimbus des Unternehmens: „Ohne diesen Überbau gäbe es die ganze Aufregung nicht." Weil man aber die gewerkschaftliche Problematik (der DGB ist indirekt mit 40 Prozent an der co op AG beteiligt) schon 1981, zur Zeit der Engagements, gesehen hatte, habe man sich auch der Zustimmung des Aufsichtsrats versichert. Zu einer Zeit der angespannten Eigenkapitalsituation sei dies für die co op eine sinnvolle Möglichkeit gewesen, nötige Investitionen auf den Weg zu bringen: Dem Unternehmen sind nur Vor- und keine Nachteile entstanden." Um aber den Verdächtigungen, entstanden durch den „gezielten politischen Versuch der Nötigung", des Vorstands durch einen Betriebsrat den Boden zu entziehen, will die co op alle Modalitäten der Immobilienengagements noch einmal „objektiv überprüfen" lassen.

Keinesfalls will sich die co op Spitze durch die „rufmörderischen Aktivitäten irgendwelcher Dunkelmänner" von ihren Rationalisierungsbemühungen bei der Niederlassung Nord abbringen lassen. Schließlich sei man für die betriebswirtschaftliche Führung des Konzerns zuständig und „keine Einrichtung zur Vorführung gewerkschaftspolitischer Prinzipien".

Mit der Betriebswirtschaft ist der Konzern 1984 ein gutes Stück vorangekommen. Sein Jahresüberschuß stieg auf 36 (20) Mill. DM, das Betriebsergebnis wurde auf 50 (23) Mill. DM mehr als verdoppelt. Diese Verbesserung stammte überwiegend aus internen Maßnahmen der Umstrukturierung und Rationalisierung.

Zwar stieg auch der Umsatz um gut 7 Prozent auf 10,3 (9,6) Mrd. DM. Doch diese Steigerung war in erster Linie auf die erstmalige Konsolidierung der co op Rhein-Neckar AG zurückzuführen. Der reine Brutto-Einzelhandelsumsatz nahm nur um 0,7 Prozent auf 9,3 Mrd. DM zu – auf einer Verkaufsfläche, die ebenfalls um 0,7 Prozent auf 1,28 Millionen Quadratmeter ausgeweitet wurde.

Zu Entlastungen kam es im Beteiligungsbereich, der 1983 per Saldo noch 48 Mill. DM gekostet hatte, 1984 aber ein Plus von knapp 4 Mill. DM ausweisen konnte, und im außerordentlichen Ergebnis. Auch die Netto-Zinslast wurde auf 20 (38) Mill. DM vermindert. Insgesamt kann Otto feststellen: „Die Bürden der Vergangenheit werden leichter."

Bei den Investitionen von 210 (170) Mill. DM verhielt sich das Unternehmen wieder kapitalschonend: Ein wesentlicher (nicht bezifferter) Teil wurde wieder per Leasing realisiert. Für 1985 sind Gesamtinvestitionen von 215 Mill. DM geplant.

Den 200 000 Aktionären (neben dem DGB), überwiegend Ex-Mitglieder der Konsumgenossenschaften aus der Zeit vor der AG-Umwandlung, wird wieder eine Dividende von 3 DM je 50-DM-Aktie angeboten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Beteiligung aufgestockt

Mainz (VWD) – Auf 94,9 Prozent erhöht hat die Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz, ihre Beteiligung an der Deutschen Kredit- und Handelsbank AG (DKH), Berlin. Nach eigenen Angaben hielt sie bisher 87 Prozent. Die zusätzlichen Anteile hat sie von der National Bank of Canada, Montreal, erworben. Die übrigen 5,1 Prozent des Grundkapitals der DKH werden nach wie vor von der WWK-Lebensversicherung a. G., München, gehalten. Das Geschäftsvolumen der DKH stellte sich Ende 1984 auf rund 1,5 Mrd. DM.

Stammkapital wird erhöht

München (sz.) – Ihr Stammkapital hat jetzt die Apple Computer GmbH, München, von 0,5 Mill. auf 7,5 Mill. DM erhöht. Damit wird nach Ansicht dieses amerikanischen Mikrocomputer-Herstellers die neben Frankreich führende Rolle der Bundesrepublik innerhalb der europäischen Apple-Aktivitäten unterstrichen. In den ersten neun Monaten 1984/85 (30. 9.) erzielte die Apple GmbH den Angaben zufolge ein Umsatzplus von 30 Prozent.

Ertragseinbruch bei IBM

New York (dpa/VWD) – Die International Business Machines Corporation (IBM), der größte Hersteller elektronischer Rechenanlagen der Welt, hat für das am 30. Juni beendete Quartal einen um 13 Preozent niedrigeren Gewinn ausgewiesen als im Jahr zuvor. IBM führte die Ertragsverminderung auf die schwache Inlandskonjunktur und den starken Dollar zurück. Für den Dreimonatszeitraum wies IBM 1,41 (1,62) Mrd. Dollar Gewinn aus, ein Rückgang von 12,9 Prozent. Damit verminderte sich der Halbjahresgewinn auf 2,40 (2,82) Mrd. Dollar. Der Umsatz nahm in der Dreimonatsperiode um 8,3 Prozent auf 11,43 Mrd. Dollar zu, und in der ersten Jahreshälfte auf 21,20 (20,78) Mrd. Dollar.

Gespräche beendet

Köln (dpa/VWD) – Die Gespräche der Deutschen Lufthansa AG, Köln, mit American Express und anderen ausländischen Interessenten über eine Abgabe von Anteilen der Lufthansa-Tochter Euro Lloyd Reisebüro GmbH werden nicht fortgeführt. Das habe der Vorstand „nach sorgfältiger Prüfung aller Aspekte, insbesondere auch der kartellrechtlichen Probleme" beschlossen, teilte die Hauptverwaltung der Fluggesellschaft in Köln mit.

ALLGEMEINE KREDITVERSICHERUNG

GmbH-Novelle birgt Risiken

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutsche Kreditversicherung wird nach Ansicht der Allgemeine Kreditversicherung AG (AK), Mainz, auch in den nächsten Jahren mit hohem Schadenanfall leben müssen. In der Unternehmenspolitik der AK wird Früherkennung von Insolvenzen und Verhütung von Schäden bereits im Vorfeld eine der wichtigsten Aufgaben bleiben. Das Unternehmen sieht in diesem Jahr Risiken, die gerade kleinere und mittlere Unternehmen zum Teil hart treffen.

Ende dieses Jahres läuft die Übergangsfrist der GmbH-Novelle ab, die allen GmbH eine Erhöhung ihres Mindest-Stammkapitals auf 50 000 DM vorschreibt. Nach dieser Frist werden Unternehmen, die diese Erhöhung nicht durchführen, aufgelöst. Nach Schätzung der AK dürften etwa 300 000 Gesellschaften von dem Zwang zur Kapitalerhöhung und deren Folgen betroffen sein.

Das Geschäftsjahr 1984 hat der AK, deren Grundkapital von 20 (15) Mill. DM im Besitz einer Reihe von deutschen und ausländischen Erst- und Rückversicherern liegt, eine außerordentlich hohe Steigerung des Brutto-Prämienaufkommens von 24,4 Prozent auf 155 (netto 145) Mill. DM gebracht.

Als Folge der günstigen Exportkonjunktur lag die Ausfuhr-Kreditversicherung im Prämienzuwachs von 38 (11) Prozent auf 38 Mill. DM an der Spitze. Schwerpunkt der Auslandsdeckung war der EG-Bereich. Die Inlands-Warenkreditversicherung hatte mit 25,7 Prozent auf fast 112 Mill. DM ein ähnlich hohes Umsatzplus wie im Vorjahr. Das gesamte Deckungsvolumen nahm auf 38,2 (33,9) Mrd. DM zu.

Trotz der nochmals leicht gestiegenen Zahl von Schadenmeldungen ging die Gesamtschadenquote von 58,6 auf 47,2 Prozent der Beiträge zurück. Besonders schadenträchtig waren die Bau- und Möbelbranche, unter den Länderrisiken ragten die Niederlande, Frankreich, Italien und England heraus.

Der günstige Schadenverlauf führte zu einem (nach Schwankungsrückstellung) auf 4 (1,4) Mill. DM verbesserten technischen Ergebnis. Zusammen mit dem Ergebnis des allgemeinen Geschäfts ergab sich nach Steuern ein Jahresüberschuß von 2,1 (1,3) Mill. DM. Nach Dotierung von Drohverlustrückstellung und Großschäden-Rücklagen wird eine Dividende von 12 Prozent gezahlt.

Zu Beginn des Jahres hat sich die AK mit 50 Prozent an der Procedo Gesellschaft für Exportfactoring D. Klindworth KG, Wiesbaden, beteiligt. Damit will die AK vor allem dem exportierenden Mittelstand neben der Ausfuhr-Kreditversicherung auch das Factoring anbieten können.

AGIV / Wieder zehn Mark Dividende

Zu größeren Happen bereit

VWD, Frankfurt

Die Verteilung von wieder 10 Prozent Dividende pro 50-DM-Aktie wird der Hauptversammlung der AG für Industrie und Verkehrswesen (Agiv) für das Geschäftsjahr 1984 am 30. August vorgeschlagen. Die Ausschüttungssumme steigt dabei auf 16 (15) Mill. DM, da das Grundkapital von 80 Mill. DM erstmals voll zu bedienen ist. Großaktionär bei der Agiv ist die BHF-Bank mit knapp 50 Prozent, der Rest wird breit gestreut von rund 8000 Aktionären gehalten.

Außerdem soll die Hauptversammlung über die Schaffung eines bis Ende Juli 1990 befristeten genehmigten Kapitals von 20 Mill. DM beschließen, für dessen Ausnutzung nach Darstellung von Agiv-Vorstand Frank Niethammer derzeit aber keine konkreten Pläne bestehen. Die Agiv wolle sich damit für die eventuelle Übernahme „auch größerer Happen" bereithalten.

Bei insgesamt zufriedenstellendem Geschäftsverlauf bei den Agiv-Beteiligungen ist der 1984 erwirtschaftete Gewinn pro Aktie nach Niethammer nochmals leicht auf 31,23 (30,02) DM gesteigert worden. Auch für 1985 könne nach dem Verlauf der ersten fünf Monate insgesamt wieder mit einem befriedigenden Abschluß gerechnet werden. Dabei geht die Verwaltung davon aus, daß sich die Strukturkrise der Bauwirtschaft im Inland nicht noch weiter verschärft.

Selbst die Baubeteiligungen dürften 1985 wieder erfolgreich abschließen, obwohl bei der Hauptbeteiligung Wayss & Freytag mit einem erheblichen Rückgang im Auslandsbau zu rechnen sei. Als Stärke der Holding stellte Niethammer die breit gefächerte Risikostreuung heraus, mit der Einbußen in Teilbereichen in anderen Sparten wieder ausgeglichen oder sogar überkompensiert werden könnten.

SAATEN-UNION / Kooperation mittelständischer Pflanzenzüchter besteht 20 Jahre

Gegen die Großen erfolgreich behauptet

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Rund ein Fünftel ihrer betrieblichen Ausgaben wendet die deutsche Landwirtschaft für Pflanz- und Saatgut auf. Im vergangenen Jahr war dies ein Betrag von 815 Mill. DM, etwa die gleiche Summe wie die Ausgaben für Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfungsmittel. Am Stellenwert des Saatguts hat sich gegenüber der Vergangenheit wenig geändert, wohl jedoch an der Erzeugung und an den Vertriebskanälen. Noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts kaufte der Landwirt seinen Bedarf direkt bei ihm persönlich bekannten Züchtern, heute wird Saatgut als anonymer Artikel über den Großhandel und über Abholmärkte vermarktet, durchweg jedoch als Markenartikel mit absoluter Qualitätsgarantie.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat auch vor den Saatguterzeugern keinen Halt gemacht, er ist gekennzeichnet von Konzentration und vom Vordringen multinationaler Unternehmen, die über entsprechende finanzielle Mittel verfügen und hier neue Marktchancen sehen. Deutsche Züchter haben diese Entwicklung frühzeitig erkannt und versucht, rechtzeitig gegenzusteuern. So entstand bereits in den Frühtagen der EG in der Bundesrepublik die Saaten-Union GmbH mit Sitz in Hannover, gegründet 1965 von ursprünglich vier mittelständischen Zuchtunternehmen, deren Zahl sich inzwischen auf sieben erhöhte. Ziel dieses Zusammenschlusses auf genossenschaftlicher Basis, also unter Erhalt der Selbständigkeit der Mitglieder, ist die Koordinierung aller verfügbaren Kapazitäten im Bereich der Züchtung, eine entsprechende Saatgutaufbereitung und vor allem auch eine Rationalisierung nicht nur in der Produktion, sondern auch im Vertrieb.

Das Konzept der Partner aus allen Teilen der Bundesrepublik ist offensichtlich aufgegangen. Im ersten Jahr ihres Bestehens, 1964/65, erzielte die Saaten-Union einen Umsatz von rund 10 Mill. DM, im Geschäftsjahr 1983/84 waren es bereits 80 Mill. DM, für das laufende Jahr wird mit 100 Mill. DM gerechnet. Dazu kommen noch rund 40 Mill. DM Lizenzeinnahmen aus dem Ausland für nach dort veräußerte Zuchtverfahren und -produkte.

Die Saaten-Union hat mit Züchtungen ausgesprochene Pionierleistungen im Maisanbau vollbracht und maßgebend zur breiten Einführung dieser Pflanze vor allem im norddeutschen Raum beigetragen. Weitere herausragende Zuchterfolge wurden bei Wintergerste, Raps, Zuckerrüben und Zwischenfrüchten wie Ölrettich und Senfsorten erzielt. Neue Zielrichtung ist angesichts teilweise überfüllter Märkte die Züchtung gesunder, aufwandarmer Sorten und die biologische Bekämpfung von Schädlingen und Pflanzenkrankheiten.

NAMEN

Staatsminister a. D. Prof. Dr. **Gerhard Zeitel**, Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, wurde in den Aufsichtsrat der Tchibo Frisch-Röst-Kaffee AG, Hamburg, gewählt.

Direktor **Heinz Seidenath**, Mitglied des Vorstands der WWK Allgemeine Versicherung AG, München, vollendet am 18. Juli 1985 das 60. Lebensjahr.

Matthias Engelsberger (MdB), Mitglied des Präsidiums des Landesverbandes der Bayerischen Industrie, feiert am 18. Juli den 60. Geburtstag.

Dr. **Max Krückeberg**, Hemmingen, Vorsitzender des Vorstandes des Groß- und Außenhandelsbundes Niedersachsen e.V. und Präsidialmitglied des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels wurde am 17. Juli 1985 70 Jahre.

Dr. **Wolfgang Peiner** (42), wurde per 1. Juli 1985 vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Gothaer Lebensversicherung a. G. und der Gothaer Allgemeine Versicherung AG, Göttingen, bestellt. Direktor Dr. **Hans-Wilhelm Zeidler** wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied berufen.

Jürgen Dillinger, bisher Generalbevollmächtigter der Heilit + Woerner Bau-AG, München, wurde per 1. Juli 1985 Vorstandsmitglied.

Dr. **Silvano Tagini** (55) hat mit Wirkung vom 8. Juli 1985 die Geschäftsleitung von Alfa Romeo Deutschland als Nachfolger von **Siegfried Huber** übernommen.

Luzius Gloor, Generaldirektor der Basler Versicherungs-Gesellschaften wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Deutscher Ring Lebensversicherungs-AG, Hamburg, gewählt. Zu weiteren Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden Generaldirektor Dr. **Robert Baumann** und Direktor **Henri Rosset** sowie Dr. **John Henry de La Trobe** bestellt.

Friedrich Bender, von 1965 bis 1982 Pressesprecher des Elektrokonzerns AEG, ist am 12. Juli 1985 im Alter von 65 Jahren gestorben.

Aktien weiter unter Druck

Zunehmende Käuferzurückhaltung auch bei den Standardwerten

DW. – Nach relativ stabiler Eröffnung sorgten aus dem Ausland eintreffende Verkaufsaufträge nahezu bei allen Standardaktien für weitere Kursverluste. Die anfänglichen Hoffnungen, der stabilere Dollar würde die Abgabeneigung wenigstens in den exportorientierten Papieren zum Erliegen bringen, erwiesen sich als trügerisch. Als zunehmend störend macht sich die Marktenge der deutschen Börsen bemerkbar. Lediglich bei einigen Bankaktien gab es vorübergehend Meinungskäufe, doch gaben die Notierungen im Verlaufe wieder nach.

Besonders ausgeprägt waren die Abgaben in den Aktien der Großchemie, die keine Ansätze zur Stabilität zeigten. Schering, wo eine Kapitalerhöhung unmittelbar bevorsteht, gaben um weitere 10 DM nach, Beiersdorf-Aktien wurden gleich um 20 DM zurückgenommen. Der Kursrückgang erfolgt nicht zuletzt wegen Korrekturen, die an den bisherigen Gewinnschätzungen vorgenommen werden. Im Elektrobereich waren Kursrückgänge von 10 DM nicht selten. Selbst bei Siemens kam die Abwärtsbewegung noch nicht zum Stillstand. Bei Nixdorf hat ein größerer Kaufauftrag aus dem Ausland für neue Verluste gesorgt. Abschläge, die über 10 DM hinausgingen, waren bei den Auto-Aktien zu bemerken. Nach wie vor widerstandsfähig lagen die Papiere des Konsumbereiches, wie Warenhäuser und Brauereien. Kursanhebungen gab es teilweise bei den Bau-Aktien, an denen die Hausse der letzten Monate allerdings völlig vorübergegangen war.

Frankfurt: Auf der Gewinnerseite standen Eva mit plus 5 DM sowie Kochs Adler und Mainkraft mit jeweils plus 4 DM. Chemieverwaltung verloren 7 DM und SEL 8,20 DM. Degussa büßten 4 DM ein.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt und Balcke Dürr zogen jeweils um 5 DM an, Bilfinger verbesserten sich um 6,50 DM und Hochtief um 16 DM. Dyckerhoff St. und Hagen Batterie verminderten sich jeweils um 3,50 DM.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich um 15 DM ab. NWK Vz. wurden um 8 DM und HEW um 1,30 DM heraufgesetzt. Gut behaupten konnten sich Phoenix Gummi mit plus 1 DM.

Berlin: Rheinmetall zogen um 9 DM und Berthold um 7 DM an. DUB-Schultheiss erholten sich um 3 DM und Kempinski um 2 DM. Detewe schwächten sich um 12 DM, Schering um 8 DM und Berliner Elektro um 5 DM ab.

München: Aigner verminderten sich um 4,50 DM, Audi AG lagen um 19 DM schwächer und Dywidag fielen um 4 DM. Agrob St. konnten sich um 2,50 DM erholen und Süd Chemie schlossen mit einem Plus von 13,50 DM ab.

Stuttgart: Schwäbische Zellstoff stiegen um 5,50 DM, Maschinenfabrik Esslingen zogen um 9,50 DM an und IWKA erhöhten sich um 2 DM. Daimler gaben um 8 DM und Mercedes um 11 DM nach. Porsche mußten 20 DM abgeben.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 195,86 (196,44)
WELT-Umsatzindex: 3561 (3724)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

	16.7.	15.7.
Creditanst.-Bkv.Vz.	352	355
Gösser-Brauerei	501	515
Länderbank Vz.	340	343
Österr. Brau AG	480	485
Perlmooser	576	576
Reininghaus	860	850
Schwechater Br.	321	–
Semperit	115	110
Steyr-Daimler-P.	165	169
UniversaleHochTief	255	260
Veitscher Magnesit	545	550
Index	95,61	96,04

Kopenhagen

	16.7.	15.7.
Den Danske Bank		348
Jyske Bank	Kurse	760
Kopenh. Handelsbk.	lagen	335
Novo Industri	nicht	353
Privatbanken	vor	331
Ostasiat. Komp.		240
Dan. Sukkerfabr.		500
For. Bryggerier St.		940
Kgl. Porc. Fabr.		254

Zürich

Madrid

Paris

Hongkong

Brüssel

	16.7.	15.7.
Arbed	1695	1720
Brux. Lambert	1845	1890
Cockerill Ougrée	204	212
Ebes	2910	2955
Gevaert	3850	3930
Kreditbank	8950	9040
Petrofina	5590	5610
Soc. Gén. d. Belg.	1760	1810
Sofina	7220	7560
Solvay	4220	4295
UCB	50000	5090
Index	2296,46	2329,50

Singapur

	16.7.	15.7.
Cycle + Car.	3,16	3,18
Cold Storage	2,33	2,35
Dev. Bk. of Sing.	5,5	5,7
Fraser + Neave	4,98	4,98
Kl. Kepong	2,37	–
Mal. Banking	5,3	5,25
Nat. Iron	2,37	2,39
OCBC	8,25	8,3
Sime Darby	1,78	1,75
Singapur Land	2,35	2,28
Un. Overs. Bank	3,72	3,7

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 16. 07. 85
2792 Optionen = 144 200 (150 700) Aktien,
davon 339 Verkaufsoptionen = 17 600 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-110/28, 10-120/12,4, 10-130/7, 10-150/2,4, BASF 10-201/27, 10-211/19,4, 10-220/16,6, 10-221/16,5, 10-230/10,15, 10-240/8,9, 10-241/8, 10-250/7, Bayer 10-181/44,9, 10-191/38, 10-201/27, 10-211/23, 10-220/18, 10-230/14, 10-231/7,4, BBC 10-240/15, 10-250/9, 1-250/19, Bay. Hypo 1-390/30, Bekula 1-100/8,4, BMW 10-400/40, 10-420/22, 10-440/15, 10-450/10,4, 10-480/3,4, Bay. Vereinsbk. 1-440/37, Commerzbk. 10-177,75/40, 10-200/22, 10-210/18,9, 10-230/8, 10-240/6, 10-250/4, Conti 10-150/8, 10-160/5,5, 10-170/2,5, Daimler 10-930/23, 10-940/13, 1-900/70, 4-1000/44, Dt. Babcock St. 10-170/8, 1-180/4, 1-600/35, 1-650/19, Degussa 1-390/15, Dresdner Bk. 10-220/45, 10-230/35, 10-250/23, 10-260/18, 10-270/15, 10-280/13,5, GHH St. 10-170/10, 1-180/11,5, GHH Vz. 1-150/21, 1-160/15, Hoechst 10-191/40, 10-201/34, 10-221/18, 10-230/12, 10-240/8, 10-241/7, 10-250/6, Hoesch 10-110/9,8, 10-120/5,5, 10-130/2,5, 10-140/1,5, Karstadt 1-250/19,4, Kaufhof 10-270/8, KHD 10-280/16, 10-290/15, 10-300/8, Klöckner 10-65/5, Lufthansa St. 10-220/11, 1-220/18, 4-220/24,9, 4-230/18, Lufthansa Vz. 10-220/8, Linde 10-520/15, Mercedes 1-810/30,5, 1-830/26,6, Metallges. 10-260/35, Mannesmann 10-170/25, 10-170/30, 10-180/23, 10-190/16, 10-200/11, 10-210/9, 10-220/7, 10-230/6,8, Nixdorf 1-620/28, 1-630/10, Preussag 10-261/24, 10-290/10, 1-300/15, RWE St. 10-160/20, 10-170/16, 10-180/14, 10-190/8,7, RWE Vz. 10-170/18, 1-160/25, 1-190/7,8, Schering 10-510/15, Kali + Salz 10-300/18, 1-300/34, 1-310/27,2, Siemens 10-550/29,3, 10-570/25, 10-580/23, 10-583,3/21,5, 10-620/10, 10-640/5,4, Thyssen 10-108,25/20,5, 10-110/9,5, 10-118,25/6, 10-120/4,4, 10-130/2,6, 10-200/18, Varta 1-240/17,6, Veba 10-180/44, 10-210/15, 10-220/10, 10-230/7, VEW 10-120/11, 10-140/5, VW 10-300/30, 10-320/21, 10-330/18, 10-340/14,4, Alcan 10-70/7,6, 10-75/2, 4-80/8, Elf 4-70/5,3 IBM 10-380/18,5, 10-410/5, 1-400/24,2 Norsk Hydro 10-35/2,05, 4-40/2,5, Philips 10-45/3,5, 10-50/1, Sony 1-50/4,4, Sperry 1-160/20, Xerox 10-170/12.

Verkaufsoptionen: AEG 10-120/2,6, 10-130/5,5, BASF 10-220/6, 1-220/9, 4-220/10, Bayer 10-220/6, 10-221/6,2, 10-230/15, 1-220/9, BHF 10-320/3,6, Commerzbk. 10-200/2,7, 10-210/4, Conti 10-140/4, 10-150/8, 1-140/4,5, Daimler 10-839/5,/12, 10-850/22, 10-880/30, Degussa 10-370/10, Dresdner Bk. 10-240/4, 10-250/6,9, 10-280/9,6, Hoechst 10-220/9, 10-221/10, Hoesch 10-110/3,7, 1-110/4,6, 4-110/7, Karstadt 1-220/6,5, Kaufhof 10-250/5,6, Klöckner 10-60/2, 10-65/3,9, Mannesmann 10-190/6, 1-190/8, 4-180/3,9, RWE St. 4-180/6,6, Siemens 10-530/6,5, 10-540/10,5, Veba 10-200/28, 10-230/7,6, 4-200/4,1, 4-220/10, VW 10-290/56, 10-300/15, 10-310/20.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16.7.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅝–7⅞	5–5¼	4⅞–5⅛
3 Monate	7¾–8	5–5¼	4⅞–5⅛
6 Monate	7⅞–8⅛	5⅛–5⅜	5–5¼
12 Monate	8⅛–8⅜	5¼–5½	5–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1340,00	1710,00
10 US-Dollar (Indian)**	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	810,00	973,70
1 £ Sovereign alt	210,50	262,77
1 £ Sovereign Elizabeth II.	207,50	250,35
20 belgische Franken	161,00	212,04
10 Rubel Tscherwonez	218,00	275,88
2 südafrikanische Rand	204,25	254,51
Krüger Rand, neu	922,50	1091,35
Maple Leaf	926,35	1095,83
Platin Noble Man	780,00	939,36
*Außer Kurs gesetzte Münzen**		
20 Goldmark	210,00	267,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	166,00	217,74
20 franz. Franken „Napoléon"	166,00	217,74
100 österr. Kronen (Neuprägung)	862,75	1035,96
20 österr. Kronen (Neuprägung)	169,25	215,75
10 österr. Kronen (Neuprägung)	88,00	117,42
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	396,75	486,50
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	92,50	128,25

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

16. 7. 85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴)	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,8760	2,8840	2,8613	2,82	2,92
London¹)	3,999	4,013	3,933	3,93	4,08
Dublin¹)	3,128	3,142	3,068	3,05	3,28
Montreal³)	2,1320	2,1400	2,1101	2,09	2,19
Amsterd.	88,760	88,980	88,570	88,00	89,75
Zürich	120,24	120,44	120,22	118,8	121,5
Brüssel	4,958	4,978	4,918	4,88	5,05
Paris	32,845	33,005	32,473	32,00	33,75
Kopenh.	27,750	27,870	27,505	27,00	28,75
Oslo	34,400	34,520	33,830	33,75	35,50
Stockh.**)	34,180	34,340	33,365	33,50	35,25
Mailand²)**)	1,5370	1,5470	1,5100	1,50	1,60
Wien	14,210	14,250	14,172	14,13	14,35
Madrid**)	1,729	1,739	1,692	1,70	1,82
Lissabon**)	1,712	1,732	1,620	1,35	2,15
Tokio	1,2130	1,2160	–	1,17	1,23
Helsinki	47,750	47,950	46,830	47,00	49,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*)**)	2,1955	2,2495	–	1,75	2,35
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0435	2,0825	–	1,96	2,07
Johannbg.*)	1,5055	1,5245	–	1,20	1,45

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar ⁴) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Nachdem im Fernen Osten der Dollar noch sehr nervös zwischen 2,8550 und 2,8950 schwankte, beruhigte sich das Marktgeschehen am 16. 7. in Europa merklich. Vorbörslich handelte man in unserem Markt dann nur noch zwischen 2,8750 und 2,8850. Das amtliche Fixing kam mit 2,8800 ohne Mitwirkung der Bundesbank zustande. Der Rücktritt der belgischen Regierung wirkte sich auf den Wechselkurs nur unwesentlich aus, das Fixing sank von 4,970 auf 4,968. Die italienische Lira schwächte sich nochmals auf 1,5420 ab. US-Dollar in: Amsterdam 3,2450; Brüssel 58,0400; Paris 8,7575; Mailand 1868,25; Wien 20,2460; Zürich 2,3932; Ir. Pfund/DM 3,135; Pfund/Dollar 1,3910; Pfund/DM 4,006.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 16.7.: In D-Mark 2,25124 (Parität 2,24184); in Dollar 0,77980 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 16. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Tagesverlauf nachgebende Euro-Dollar-Zinssätze waren am 16. Juli ausschlaggebend für die Verringerung der Dollar-Termin-Abschläge gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,72–0,62	2,05–1,95	[illegible]
Pfund/Dollar	0,54–0,52	1,39–1,35	2,45–2,40
Pfund/DM	3,20–1,80	7,50–6,10	12,1–11,7
FF/DM	22–6	50–34	91–75

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16.7.: Tagesgeld 5,15–5,20 Prozent; Monatsgeld 5,30–5,45 Prozent; Dreimonatsgeld 5,30–5,45 Prozent.
Privatdiskontsätze am 16.7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 15.7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,90) – 7,00 (6,1?) – [illegible] (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 ([illegible]) – [illegible] (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,96). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 5,36. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,90, Rendite 6,56.



Sehr ruhiges Rentengeschäft

Der Rentenmarkt trat weiter auf der Stelle. Die Kurse öffentlicher Anleihen blieben überwiegend unverändert. Kaufaufträge aus dem Ausland traten kaum noch ein. Der gesunkene Dollar hat dieses Geschäft zunächst zum Erliegen gebracht. Den inländischen Anlegern fehlen Orientierungshilfen. Auch in den USA war die Zinssituation unklar. Nur noch wenige Rentenhändler machen sich Hoffnungen auf eine Leitzinssenkung am kommenden Donnerstag. Vielmehr ist man der Meinung, daß die Bundesbank weiterhin mit leichter Hand die Liquidität steuern wird.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Mit geringen Einbußen schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Während Silber sich leicht verbessern konnte, zog Kupfer kräftig an. Uneinheitlich ging Kaffee und überwiegend knapp behauptet Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	15.7.	12.7.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	307,00	310,50
Sept.	311,75	316,00
Dez.	318,75	323,00
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	237,39	237,99
Amber Durum	219,44	219,44
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	123,30	124,80
Okt.	127,30	129,40
Dez.	130,70	132,40
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	113,80	114,80
Okt.	114,80	115,70
Dez.	114,10	115,50
Hafer Chicago (c/bush)	15.7.	12.7.
Juli	142,75	145,50
Sept.	140,25	142,75
Dez.	144,25	146,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	274,00	275,25
Sept.	251,75	254,25
Dez.	244,50	250,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	15.7.	12.7.
Juli	133,80	134,80
Okt.	127,90	129,00
Dez.	127,70	120,10

Genußmittel

	15.7.	12.7.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	132,50	135,50
Sept.	135,30	137,07
Dez.	137,25	137,83
Kakao New York ($/t)	15.7.	12.7.
Terminkontr. Juli	2054	2030
Sept.	2077	2076
Dez.	2100	2100
Umsatz	2074	-
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	2,88	2,85
Okt.	2,95	2,94
Jan.	3,11	3,13
März	3,50	3,46
Mai	3,68	3,60
Umsatz	3658	4780
Iso-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	15.7. 2,80	12.7. 2,79
Kaffee London (£/t) Robusta-	15.7.	12.7.
Kontrakt Juli	1590-1605	1625-1640
Sept.	1641-1645	1670-1672
Nov.	1677-1680	1711-1715
Umsatz	5257	6272
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1740-1741	1740-1741
Sept.	1695-1696	1695-1695
Dez.	1686-1690	1688-1690
Umsatz	3400	4189
Zucker London (£/t) Nr. 6	15.7.	12.7.
Aug.	88,00-88,20	87,20-87,80
Okt.	90,60-90,80	90,40-90,60
Dez.	95,00-95,40	92,00-97,60
Umsatz	797	1840
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	16.7.	15.7.
schw. Sarawak spez.	760,00	875,00
weißer Sarawak	985,00	985,00
weißer Muntok	995,00	995,00
Orangensaft New York (c/lb)	15.7.	12.7.
Juli	140,10	139,35
Sept.	137,10	136,00
Nov.	134,00	133,40
Jan.	131,70	131,40
März	131,70	131,40
Umsatz	250	161

Öle, Fette, Tierprodukte

	15.7.	12.7.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	41,50	40,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	27,25	28,00
Sojaöl Chicago (c/lb)	28,10	Werte lagen nicht vor
Aug.	27,08	
Sept.	26,55	
Okt.	26,05	
Dez.	25,55	
Jan.	25,25	
März	25,15	
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	29,50	29,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,00	16,00
Choice white hog 4 % fr. F	15,00	15,00
Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	14,50	14,50
bleichfähig	13,00	15,00
yellow max. 10 % fr. F	12,75	12,75
Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	49,15	Werte lagen
Aug.	46,72	
Okt.	42,20	
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	56,50	nicht
Aug.	56,92	vor
Feb.	65,60	
Häute Chicago (c/lb)	15.7.	12.7.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	49,50	48,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	568,00	577,80
Aug.	568,50	576,50
Sept.	570,25	581,00
Nov	577,50	587,00
Jan.	588,50	598,50
März	600,00	611,00
Mai	607,50	617,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	131,00	Werte
Aug.	133,00	lagen
Sept.	135,50	nicht
Okt.	138,50	vor
Dez.	144,00	
Jan.	146,50	
März	150,00	
Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	15.7.	12.7.
Juli	342,10	348,80
Okt.	345,00	351,00
Dez.	349,30	355,00
Kokosöl New York (c/lb)	15.7.	12.7.
Westküste fob Werk	26,50	26,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	16.7.	15.7.
jegl. Herk. cif	870,00	880,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	715,00	720,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	490,00	500,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	184,00	189,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippines cif	550,00	550,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	282,00	285,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	15.7.	12.7.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2		
Okt.	61,40	61,44
Dez.	61,60	61,89
März	62,45	62,75
Mai	62,70	62,90
Juli	62,55	62,35
Okt.	58,20	59,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	41,25	41,25
Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	16.7.	15.7.
Aug.	Handel	Handel
Okt.	aus-	aus-
Dez.	gesetzt	gesetzt
Umsatz		
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	15.7.	12.7.
Okt.		55,00
Dez.	Börse	55,40
März	ge-	55,40
Mai	schlos-	55,40
Umsatz	sen	0
Tendenz:		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	15.7.	12.7.
Juli	un-	619,00-622,50
Dez.	er-	634,00-637,00
Mai	heb-	-
Umsatz	lich	14
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	16.7.	15.7.
East African 3 long	480,00	480,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	15.7.	12.7.
Juli	12271	12278
Aug.	12290	12290
Kautschuk London (p/kg)	15.7.	12.7.
Nr. 1 RSS loco	65,00-68,00	65,00-68,00
Aug.	—75,00	—75,00
Sept.	—75,00	—75,00
Okt.	—77,00	—77,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	15.7.	12.7.
Juli	192,00-193,00	192,00-193,00
Aug.	190,50-192,00	191,50-192,50
Nr. 2 RSS Aug.	188,00-189,00	188,00-189,00
Nr. 3 RSS Aug.	185,50-186,50	185,50-186,50
Nr. 4 RSS Aug.	181,00-182,00	181,00-182,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	16.7.	15.7.
BWC	510	510
BWD	490	490
BTC	510	510
BTD	490	490

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg. 1 lt = 76 WD – (–); BTC = (–); BTD = (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	16.7.	15.7.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	294,55-294,96	289,67-290,07
drittfolg. Monat	302,79-303,18	298,49-298,89
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	114,77-114,97	115,55-115,65
drittfolg. Monat	116,78-116,98	116,95-117,15
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1459,93-1460,73	1434,29-1435,49
drittfolg. Monat	1480,80-1482,80	1458,36-1459,57
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	213,09-213,49	205,91-206,82
drittfolg. Monat	210,28-210,68	202,71-202,61
Produz.-Preis	239,57	239,29
Reinzinn 99,9 %	3970-4009	3987-4027

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16.7.	15.7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	430,80-434,21	423,86-427,27
Blei in Kabeln	122,50-123,50	123,25-124,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Drahtbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und -hersteller

Messingnotierungen

	16.7.	15.7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	378-387	375-382
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	434	430
MS 63	427-437	428-434

Zinn-Preis Penang

	16.7.	15.7.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,65	30,65

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	16.7.	15.7.
Leg. 225	335--	335--
Leg. 226	337--	331--
Leg. 231	367-372	367-372
Leg. 233	378-380	378-380

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	37,35	37,35
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	29830	29830
Rücknahmepr.	29080	29080
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	29970	30000
Rücknahmepr.	29210	29230
verarbeitet	31440	31470
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	29410	29460
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	579,70	577,60
Rücknahmepr.	567,60	562,60
verarbeitet	605,20	603,00

Internationale Edelmetalle

	16.7.	15.7.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	314,80	317,15
15.00	321,75	315,85
Zürich mittags	316,50-317,00	317,20-317,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	89650	geschlossen
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	438,15	434,15
3 Monate	451,15	448,75
6 Monate	463,50	461,10
12 Monate	487,30	484,90
Platin (£/Feinunze)	15.7.	12.7.
London fr. Markt	192,45	192,05
Palladium (£/Feinunze) London		
1. Händlerpreis	67,45	67,95

New Yorker Preise

	15.7.	12.7.
Gold H & H Ankauf	319,85	315,45
Silber H & H Ankauf	607,50	606,50
Platin fr. Händlerpr.	264,00-267,00	264,50-267,00
Prod.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Prod.-Preis	110	152
Silber (c/Feinunze)		
Juli	618,00	609,50
Aug.	614,30	611,00
Sept.	628,20	616,20
Dez.	630,50	628,10
Jan.	634,80	632,10
März	645,00	642,70
Mai	657,70	649,40
Umsatz	15000	15000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	15.7.	12.7
Juli	60,30	59,45
Aug.	60,45	61,15
Sept.	60,90	61,35
Dez.	61,85	62,25
Jan.	62,40	62,25
März	63,05	63,35
Mai	63,60	63,85
Umsatz	5500	4000

Londoner Metallbörse

	16.7.	15.7.
Aluminium (£/t)		
Kasse	734,00-735,00	724,00-725,00
3 Monate	754,50-755,50	746,00-747,00
Blei (£/t)	286,00-286,50	284,00-285,00
3 Monate	291,00-291,50	288,50-289,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1053,0-1053,5	1036,0-1036,5
3 Monate	1057,0-1058,0	1045,0-1045,5
abends Kasse	-	1039,0-1040,0
3 Monate	-	1047,5-1048,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1023,0-1024,0	1017,0-1017,0
3 Monate	1038,0-1040,0	1028,0-1030,0
Zink (£/t) Kasse	531,00-532,00	534,00-536,00
3 Monate	524,00-525,00	508,00-509,00
Zinn (£/t) Kasse	9070-9071	9080-9085
3 Monate	9070-9071	9080-9085
Quecksilber ($/FL)	290-295	290-295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	60-65	60-65

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

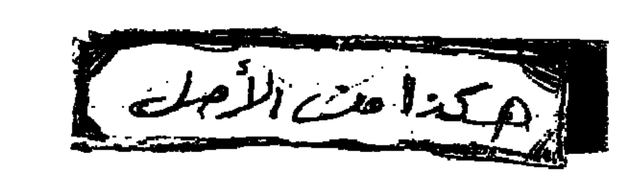
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Wo ist die Stradivari?

Gtl. – Im Jahrbuch 1985 der Bayerischen Staatsoper, das gerade bei Bruckmann erschienen ist mit einer Fülle höchst lesenswerter Beiträge und hervorragender Abbildungen, findet sich auch eine bemerkenswerte Untersuchung zu einem kaum je publizierten Thema. Sie widmet sich „der Instrumentengeschichte des bayerischen Staatsorchesters". Aloys Greither hat sie kenntnisreich und liebevoll verfaßt.

Freilich gerät man bei der Lektüre ein bißchen ins Schlingern. Als das kostbarste Instrument des Bayerischen Staatstheaters wird eine Stradivari-Geige aus dem Jahr 1705 ausgewiesen, der man den Beinamen „Tartini" gegeben hat. Tartini, Komponist von rund 200 Violinkonzerten, hat dieses Instrument selbst gespielt. Kein Wunder, daß man in Bayern darauf stolz ist.

Die Geige kam 1941 in den Besitz des Theaters und offenbar derart klammheimlich, daß noch dreißig Jahre später Goodkind, der Ikonograph der Stradivari-Geigen, nichts von diesem Transfer wußte, obwohl er Vergangenheit und Gegenwart von immerhin 700 Stradivaris beschrieb.

Wer freilich nun nach dem herrlichen Instrument auf den Abbildungstafeln Ausschau hält, sieht als Abb. 6 indessen mitnichten die Stradivari, nach der einem inzwischen der Mund wässert, sondern eine fast fünfzig Jahre jüngere Guardagnini-Geige. Oder ist es doch die Stradivari? Wie sich die Geigen gleichen – zumindest auf dem Papier.

Aber auch über die Max-Joseph-Stradivarius-Geige von 1709 herrscht in München noch Ungewißheit, was deren Verbleib betrifft. Sie war dem Theater am 6. September 1927 zum Kauf angeboten worden (sie stammte schließlich aus vormals königlich bayerischem Besitz), aber der Verkäufer meldete sich bis zum 29. November 1927 nicht wieder. Seitdem herrscht offenbar Rätselraten über die Geige in München.

Des Rätsels Lösung: Madame Stradivari geht fremd – und noch dazu ausgerechnet mit Preußens. 1966 wurde die König-Maximilian-Stradivari von der Axel-Springer-Stiftung erworben und dem Ersten Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters zur Verfügung gestellt. Soviel zur Ergänzung der Instrumentengeschichte des Bayerischen Staatsorchesters mit dem herzlichen Gruß aus Berlin.

Zum neuen Interesse der Deutschen an moderner chinesischer Literatur

Die Poesie des Wasserrads

Eine Signalwirkung für den an China interessierten deutschen Leser ist sehr wohl vom Berliner Horizonte-Festival ausgegangen. In der unbewältigten und nicht zu bewältigenden Programmfülle wog ein Gewicht zugegebenermaßen überschwer: das plötzlich und sichtbar von den Vorbereitungen für die Berliner Tage inspirierte Angebot chinesischer Literatur in deutscher Übersetzung.

Gleich im Anschluß wehte die erlebnishungrige Autorengruppe aus der Volksrepublik mit dem quicklebendigen Schriftsteller und Kulturpolitiker Wang Meng an der Spitze und der herben Romanautorin Zhang Jie als Star in den ersten Juli-Tagen durch die Bundesrepublik, vom Literatentreff in Eiderstedt zum ruhigeren Gespräch im Europäischen Kolleg in Straelen am Niederrhein, zur Studentenbefragung an die Ruhr-Universität Bochum, zu Verlagshäusern in Köln und München, bei denen einzelne sich gerade als Autoren etabliert hatten.

Die Sichtung der vorliegenden Texte von den noch lebenden Republikautoren Ba Jin und Shen Congwen bis Feng Jicai, A-Cheng, Zhang Xinxing hat begonnen. Dabei zählt nicht nur das Angebot der größeren Verlagshäuser wie Suhrkamp oder Diederichs. Eine Schar von kleineren Verlagen hat die eigene Chinaliteratur entdeckt: Der Lamuv von René Böll, der Kölner Cathay-Verlag, in München Simon & Magiera sowie die Frauenoffensive sind darunter.

Auch die – hoffentlich fruchtbaren – Mißverständnisse mußten wohl einsetzen. Ein Kritiker zeigte bereits deutliche Anzeichen der Ermattung angesichts der Flut von etwa vier Dutzend chinesischen Roman- und Erzählprosabänden. Ich frage mich ob solcher Präventiv-Erschöpfung, was man denn nun eigentlich möchte? Eine solche Fülle mehr oder weniger literarisch vermittelter sozialer Wirklichkeit in China (auf beiden Seiten der Taiwan-Streets, wie es so schön heißt!) – und das nach den Jahrzehnten der Nichtberührung, des kalten Krieges, der rot flatternden Mao-Herrlichkeit, der Ideologie-Verlegenheit der siebziger Jahre. Das sollten wir doch zunächst begrüßen – und dann zur kritischen Prüfung bereit sein.

Ein Sach- und Sprachunkundiger hat dem Berliner Sinologie-Kollegen Wolfgang Kubin einen gehässigen Totalverriß seiner ersten deutschen Gedichte „Nachrichten von der Hauptstadt der Sonne: Moderne chinesische Lyrik 1919-1984" an den Kopf geworfen. Selbst wenn jemand der Meinung sein sollte, das Buch wegen sprachlicher Mängel nicht schonen zu dürfen, wäre solche Strenge wohl nur nach Anerkennung dieser lyrischen Pionierleistung zumutbar. Eine Vielzahl einflußreicher Übersetzungsbände stammen von Kubin, wie auch die gerade von ihm herausgegebene Übersicht „Moderne chinesische Literatur" bei Suhrkamp. Man weiß schließlich, daß eben dieser Sinologe als einer der Initiatoren der Begegnung mit der zeitgenössischen chinesischen Literatur fungiert. Daß er nach schwierigstem Ringen angesichts der Kampagne gegen „geistige Verschmutzung" in China mit Unterstützung von Gereon Sievernich gerade die kritischen jungen Autoren wie den todernsten schlaksigen Lyriker Bei Dao, Shu Ting mit dem Wasserradmundwerk oder den lebensgierigen Kong Jiesheng ins Ausland gelotst hat.

Wichtig ist, daß die Vermittlung chinesischer Gegenwartsliteratur über Ost- und Westdeutschland hinausreicht, sich gegenwärtig in Japan, den USA und England, in Frankreich und der UdSSR vollzieht.

Ich geriet während der Festspiele für Minuten in die Situation, als westdeutscher Sinologe einem sichtlich gut informierten „DDR"-Reporter ein Interview mit der jungen Zhang Kang Kang (ihr Name bedeutet Auflehnung!) zu dolmetschen. Zhang nützte den Moment fast routiniert, um den Hörern in der „DDR" mit auf den Weg zu geben, man möge Chinas neue Literatur in deutscher Übersetzung vor allem als Möglichkeit sehen, das schiefe Bild, welches man sich in den letzten zwei Jahrzehnten von der chinesischen Gesellschaft gemacht habe, zurechtzurücken. Worauf der Reporter im Interview beteuerte, nach dem ersten Erzählband in der Reihe „Erkundungen" würden in Kürze noch zahlreiche literarische Werke aus China in Berlin-Ost vorgelegt werden.

Das ist eine für China sicherlich schmeichelhafte Einhelligkeit der Vermittlungsimpulse in Ost und West, wenn man sich beispielsweise an die verbissene Mao-Propaganda in der „DDR" in den fünfziger Jahren und die von der Studentenbewegung in der Bundesrepublik in Gang gesetzte, ziemlich realitätsferne Mao-Rezeption der siebziger Jahre erinnert, als Politik ohnehin jegliche Kultur ersetzte.

Die Festspiele und der Autorenbesuch – zu dem auch Repräsentanten der Taiwan- und Überseeliteratur wie die gradlinige Gesamtpatriotin Chen Johsi und der nostalgische Souverän Pai Hsienyung, alle eingerahmt von den kaum recht zur Geltung kommenden amerikanisch-chinesischen Literaturprofessoren gehörten – waren ein Durchbruch. Auf eine Berührung mit Chinas Gegenwartsliteratur hat man nicht erst seit der Gründung der Volksrepublik 1949 vergeblich gewartet. Die Nichtbegegnung reicht erheblich weiter zurück: bis zur kulturellen Erneuerung der Vierter-Mai-Bewegung 1919.

Der große Lu Xun hat Käthe Kollwitz bewundert, aber nie gesprochen; Lin Yutang mag in Leipzig gewesen sein, der Dichter und Germanist Fengzhi sich nach fünf Jahren Berlin über seine Heine-Übersetzungen gebeugt haben, große Folgen hatte das alles nicht. Erst jetzt wurde eine lebendige, zukunftsträchtige Verbindung hergestellt. In einem Sonderheft der Zeitschrift „Die Horen" wurden Autoren dieses Jahrhunderts repräsentativ vorgestellt, Linien der Republikliteratur, vor allem der Gegenwartsliteratur gezeigt, deren Autoren auch im zweiten Heft der „akzente" (1985) über ihre geistige Situation zu Wort kommen.

Natürlich ist ein ungutes Gefühl derer, die nach Literatur Ausschau halten, nicht so ganz aus der Luft gegriffen. Wer China in der Literatur sucht, kommt vorläufig eher auf seine Kosten als derjenige, der auf der Suche nach der Kunst ist. Unseren Verlagen, Übersetzern und Interpreten sei darum nahegelegt: Neugier an der nur sechsjährigen chinesischen Selbstreflexion, die Anteilnahme an den neuen Formen der Identitätssuche und dem schwierigen, fast muß man sagen gestörten Bezugnehmen auf die traditionelle Gesellschaft, auf Chinas alte Literatur und Philosophie, diese Neugier darf und sollte mit einigem Sachverstand behutsam umgelenkt werden.

Zunächst auf das mehr als hundertjährige Drama der peinvollen chinesischen Auseinandersetzung mit dem Westen, mit dem zu beunruhigender Präsenz gewachsenen Zwerg Japan, auf die Ansätze der eigenen Neudefinition des modernen chinesischen Intellektuellen. Und es muß einleuchten, daß schon aus der zeitlichen Spannweite chinesischer Kulturleistungen über mehr als zwei Jahrtausende seit Konfuzius das traditionelle China seinen Platz in dieser publizistischen Großwelle energischer einnehmen sollte – wie es neuerdings etwa der Beck-Verlag versucht.

Gewiß, es zeichnen sich Grenzen ab hinter den Horizonten, es haben sich aber auch neue Perspektiven aufgetan, die in die Zukunft weisen – und Spaß bei der Vermittlung bringen.

HELMUT MARTIN



Eine Goodwill-Geste an die Europastadt: Otto Dix' „Selbstbildnis an der Staffelei" (1926), Tempera auf Holz FOTO: KATALOG

Dix-Ausstellung im Brüsseler Palais des Beaux Arts

Flandern in Flammen

Den großen Querschnitt durch das Gesamtwerk von Otto Dix hat es lange nicht mehr gegeben. Teile des Werks sind zwar gewürdigt worden, doch was not tut, ist eine neue Bestandsaufnahme. Das läßt die Otto-Dix-Ausstellung erkennen, die die Bundesrepublik derzeit im Brüsseler Palais des Beaux Arts präsentiert.

Die Ausstellung ist eine Goodwill-Geste an die Europa-Stadt. Man läßt sich dort kulturell nicht mehr nur zur „europalia" sehen. Die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes gab das Geld. Der Wunsch nach Dix freilich kam von seiten der Gastgeber. Das Brüsseler Goethe-Institut hatte vor fünf Jahren den Radierungszyklus „Der Krieg" von Dix gezeigt. Seitdem wollten die Belgier mehr von Dix sehen.

Aus gutem Grund. Einen Teil seines Militärdienstes im Ersten Weltkrieg hat Dix in Flandern verbracht. Immer wieder gewinnen belgische Landschaft und belgische Menschen Gestalt in Dix' Gemälden und Graphiken aus den frühen zwanziger Jahren. Eine Reihe von Werken – nicht zuletzt der Kriegs-Zyklus – ist mit dieser Ausstellung gleichsam heimgekehrt.

Es ist keine kleine Schau. Sie zählt an die 300 Katalognummern, wenn auch die Arbeiten auf Papier bei weitem überwiegen. Viele von Dix' Gemälden reisen nicht mehr gut. Das wird eine große Retrospektive für die Zukunft erschweren. Die Galerie der Stadt Stuttgart, neben der Otto-Dix-Stiftung Vaduz und der Galerie Albstadt wichtigster Leihgeber, ließ etwa vom Triptychon „Großstadt" nur die Kartons nach Brüssel. Aber auch die etwas verkommenen Räume des Palais des Beaux Arts sind schuld daran, daß Dix hier so gar nicht zur Wirkung kommt.

Was Dix interessant macht, sind freilich nicht nur die längst bekannten Werke, sondern deren Rezeption. Vielleicht ist jetzt die Gelegenheit, mit Dix ins reine zu kommen. Wir sind es ja nie gewesen. In der Weimarer Zeit war er verdächtig wegen all seiner gemalten Anklagen gegen den Krieg, gegen soziale Mißstände; den Nazis galt er als entartet; die Nachkriegszeit verschwieg ihn lieber: vielleicht war er ja doch Kommunist; und dann folgte – seit den sechziger Jahren, eine Hochlobe, die aus dem Œuvre auch wieder nicht zu rechtfertigen ist.

Zu erkennen ist in Brüssel, daß es von Dix grandiose Bilder gibt, aber eben auch schlechte. Das mag daran liegen, daß Dix' Wahlspruch nicht lautete: „Trau deiner Kunst", sondern: „Trau deinen Augen". Das muß zur gemalten Kolportage führen.

Zwar hat Dix eine Zeitlang, vor allem während des Ausstellungsverbots, in altmeisterlicher Technik gemalt, typischer aber ist für ihn die gleichsam spontane Bannung des Augenblicks. Er greift sich seine Subjekte im Affekt. Der alte Dix hat das auf seine immer noch aufsässige Art zugegeben: „Ich bin ein derart souveräner Prolet, daß ich sage: das mach' ich! Da könnt Ihr sagen, was Ihr wollt! – Wozu das gut ist, weiß ich selbst nicht. Aber ich mach's, weil ich weiß: so ist das gewesen und nicht anders."

Das ist keineswegs ein Credo auf die Neue Sachlichkeit, der Dix mehr oder minder zugerechnet wird. Er traute ja seinen Augen, und die sahen so einiges in jener entschieden stilisierten Wirklichkeit, wie sie das Portrait der „Tänzerin Anita Berber", das Bildnis des Philosophen Max Scheler oder gar das „Neugeborene mit Nabelschnur auf Tuch" dann auszeichnen. Und er sah wiederum andere Szenen aus dem Leben gleich so brisant und aufgeladen mit Bekenntnis, daß sie schnurstracks zum expressionistischen Bild wurden.

Wir sollten lernen, Dix ohne ideologische Scheuklappen zu sehen, nicht das humanitäre Engagement für die künstlerische Tat nehmen. Er hat genügend gute Bilder gemalt, auch diese Betrachtungsweise zu überstehen. (Bis 28. Juli. Katalog in deutscher Sprache bfrs. 500.)

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Manfred Jung gibt Siegfried-Partie ab

AP, Bayreuth

Der Sänger Manfred Jung hat den Bayreuther Festspielleiter Wolfgang Wagner gebeten, ihn von der Partie des Siegfried in „Siegfried" freizustellen. Jung habe für seinen Wunsch sachliche und persönliche Gründe geltend gemacht, teilte ein Pressesprecher in Bayreuth mit und fügte hinzu, die Partie solle nun geteilt werden: Toni Kramer werde die Titelrolle im „Siegfried" übernehmen, Jung werde wie vorgesehen den Siegfried in der „Götterdämmerung" singen sowie für den erkrankten Norbert Orth im „Rheingold" übernehmen.

Informationen des Ludwig-Instituts

DW. Oberhausen

Das „Ludwig-Institut für Kunst der DDR" in Oberhausen hat jetzt das erste Heft seiner „Informationen Neuerwerbungen vorgelegt". Die Broschüre, die künftig zweimal jährlich erscheinen soll, will über die Arbeiten des Instituts und über die „DDR"-Kunst im allgemeinen informieren. Entsprechend den Intentionen des Institutes ist das keine kritische, sondern nur eine affirmative Darstellung, die sich an den Vorstellungen in der „DDR" orientiert. So repetiert das erste Heft vor allem Beiträge aus dem Katalog der Bezirkskunstausstellung in Halle und aus der „Bildenden Kunst" aus Ost-Berlin. Das Einzelheft kostet 7 Mark, es kann auch abonniert werden (per Adresse Schloß Oberhausen).

Dominikus Zimmermann zum 300. Geburtstag

DW. Landsberg/Lech

An den großen Rokoko-Baumeister und Stukkateur Dominikus Zimmermann, der vor dreihundert Jahren geboren wurde, erinnert bis 24. Juli eine Ausstellung im Alten Rathaus in Landsberg/Lech. Neben Photographien seiner Bauten – deren berühmtester die Wies-Kirche ist – werden auch Originalobjekte gezeigt. Die Ausstellung geht anschließend nach Wessobrunn (27. 7. - 4. 8.), Schongau (9. 8. - 20. 8.) und Augsburg (1. 10. - 1. 12.). Dazu erschien im Verlag Schnell & Steiner das Katalogbuch „Dominikus Zimmermann", herausgegeben von Alois Epple (112 S., 127 Abb., 15 Mark).

„Hermeneia" für ostkirchliche Kunst

DW. Dortmund

Eine neue Zeitschrift für ostkirchliche Kunst erscheint jetzt in Dortmund. Sie heißt nach dem berühmten Buch über die orthodoxe Kirchenmalerei, das der Athos-Mönch Dionysios von Fourna im 18. Jahrhundert kompilierte, „Hermeneia". Das erste Heft behandelt u. a. das Verhältnis des orthodoxen Christen zur Ikone und die Werkstoffe der Ikonenmalerei. „Hermeneia" kommt vierteljährlich heraus und kostet einzeln 12,50 Mark, im Jahresabonnement 50 Mark (Krähenbruch 10, 4600 Dortmund 50).

Kontakte der Exil-Schriftsteller

rst. Hage

Der Exil-PEN-Club deutschsprachiger Länder nahm Kontakte mit der in Straßburg ansässigen „Société des Ecrivains d'Alsace et de Lorraine et du Territoire de Belfort" auf. Gemeinsam will man über die Veröffentlichungen von deutsch schreibenden Autoren im Elsaß sowie von in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz lebenden Exilautoren beraten.

Ein Blick auf die neuesten Hefte des „Kontinent"

Ist die Freiheit negativ?

Es scheint eine Tautologie zu sein, wenn „Kontinent" seine jüngste Ausgabe dem Thema Menschenrechte widmet. Schließlich entstand dieses Ost-West-Forum als Sprachrohr für jene Publizisten und Literaten, denen in ihren kommunistisch beherrschten Heimatländern wesentliche Menschenrechte wie Meinungs-, Presse- oder Religionsfreiheit verwehrt werden. Trotzdem behauptet die Sowjetunion immer wieder, die sogenannten Menschenrechte seien als bürgerliche „negative Freiheiten", als Rechte voneinander isolierter, feindlicher Individuen im Kommunismus überflüssig, weil es dann ja keine Kluft mehr zwischen Individuum und Gesellschaft gebe.

Wie immer in den Ländern des praktizierten Marxismus gibt es keinerlei Übereinstimmung zwischen dieser schönen Theorie und der schnöden Praxis. Dazu Leszek Kolakowskis in seinem Beitrag „Marxismus und Menschenrechte": „Die Sowjets haben – widerstrebend und unter westlichem Druck – einiges aus der Terminologie der Menschenrechte ihrem Jargon assimiliert. Das deutet jedoch kaum darauf hin, daß sie die Theorie von den Menschenrechten angenommen hätten."

In der Abhandlung „Menschenrechte und Gewaltenteilung" erläutert Martin Kriele dann die Genesis der Menschenrechte. Daraus leitet er überzeugend ab, warum alle Hoffnungen, ein kommunistisches System könnte diese Rechte irgendwann einmal respektieren, eitel sind. Und Georg Brunner ergänzt mit „Menschenrechte in der sowjetischen Rechtsordnung?" diese Ausführungen durch Beispiele aus dem juristischen Alltag.

„Kontinent" begnügt sich allerdings nicht mit der hohen theoretischen Ebene. Wie immer finden sich auch in diesem Heft Briefe, Erlebnisberichte und literarische Arbeiten, die anschaulich den Alltag derer schildern, die Opfer der offiziellen Menschenrechtsverletzungen geworden sind. So weist Larissa Bogoras in einem Brief, den sie noch an Tschernenko schrieb, auf „Die Willkür in den Straflagern" hin, während Janis Barkas „Aus dem Leben eines politischen Häftlings" berichtet. Dabei treten zwei grundlegende Eigenschaften des Systems kraß hervor: die Mißachtung der Menschenwürde und die mangelnde Toleranz.

Ein ungewöhnliches Beispiel der Toleranz hatte „Kontinent" im vorhergehenden Heft dokumentiert: den bislang nicht übersetzten Aufsatz über „Christentum und Antisemitismus" von Nikolaj Berdjajew. Seine zentrale These: „Für uns Christen ist die jüdische Frage ganz und gar nicht eine Frage, ob die Juden gut oder schlecht sind, sondern vielmehr eine Frage danach, ob wir Christen gut oder schlecht sind."

Die Frage, ob der Kommunismus gut oder schlecht sei, stellt sich dagegen nicht mehr. Jurij Orlow, der Gründer der ersten Helsinki-Gruppe in der Sowjetunion, der nun schon acht Jahre deswegen inhaftiert ist, schrieb bereits 1975 in einem Beitrag über die Frage „Ist ein nicht-totalitärer Sozialismus möglich?" (den „Kontinent" jetzt noch einmal nachdruckt) sarkastisch: „Unter den Bedingungen einer absoluten Isolation von der Außenwelt ist der Sozialismus der Sklavenhaltung sehr stabil." Kolakowski ergänzt das sachlich mit der Feststellung, daß die marxistischen Regime „unfähig sind – und zwar *prinzipiell* und nicht aufgrund zeitweiliger Mängel –, den Gedanken der Menschenrechte zu akzeptieren". Zugleich spricht er aber die Hoffung aus, „daß der menschliche Geist genügend Kraft aufbringen wird, um dem totalitären Druck zu widerstehen".

ANDREAS WILD

Neu im Kino: Roger Christians SF-Film „Red Wing"

Noch ein Droidenheer

Jede Feuerpause in Hollywoods „Krieg der Sterne" bedeutet zugleich eine Chance für weniger spektakuläre Weltraumabenteuer. Dennoch wähnt man sich auch hier zunächst in einem Film von George Lucas. Kein Wunder, schließlich ließ Roger Christian, der Regisseur dieses Dramas aus dem 21. Jahrhundert, seine Phantasie schon als Ausstatter der „Star Wars"-Serie durch fremde Galaxien schweifen. So verraten jene menschenähnlichen Roboter (Droiden), die auf dem kahlen Rohstoffplaneten Ordessa die armen Minenarbeiter terrorisieren, denn auch große Ähnlichkeit mit dem interstellaren Oberbösewicht Darth Vader.

Ansonsten aber weicht Christian wohlweislich der tricktechnischen Kraftprobe mit dem berühmten Vorbild aus, übernimmt freilich das Motiv des ewigen Ringens zwischen den Mächten des Lichts und denen der Finsternis. Letztere werden vom bärtigen Diktator Jowitt und seinem Droidenheer recht farblos repräsentiert, doch auch der blonde Jüngling Lorca (John Tarrant) gleicht eher einem braven Diskothekenstammgast als einem tollkühnen Rebellen. Dennoch nimmt er, assistiert von zwei mäßig attraktiven Guerrilla-Damen und einem putzigen Zwergroboter, den ungleichen Kampf auf.

Zwar dezimieren einige Überraschungsangriffe die Schar der schwarzen Tötungsmaschinen, Rettung jedoch verheißt allein die Flucht im arg ramponierten Raumkreuzer „Red Wing". Bis das gespenstische Fluggerät aber feuerschnaubend an seiner Verankerung zerrt, vertändelt Christian viel Zeit mit stereotypen Verfolgungsjagden, Gefangennahmen und Fluchtversuchen.

Obendrein hegt er eine unerwiderte Liebe zum Zitat. Zum einen blickt in seinem rüden Polizeistaat Orwells großer Bruder mit einiger Verspätung um jede Ecke, zum anderen kennt man die sandigen Schauplätze aus dem jüngsten Film von David Lynch. In dieser verquasten Mischung aus „1984" und „Der Wüstenplanet" scheint schließlich die Ödnis der Landschaft auf die Handlung abzufärben. Die offenbar beabsichtigte Endzeit-Tristesse jedenfalls stellt sich dank flacher Fotografie nur allzuselten ein. Und während George Lucas sein Phantasieuniversum mit dem kartoffelköpfigen Yoda, mit possierlichen Pelztierchen und spinnenbeinigen Monstern bevölkert, kommt Christian eigentlich nur auf die Idee, seine blutleeren Charaktere vor riesigen Lastwagen zu Däumlingen schrumpfen zu lassen.

Stammt dieser Einfall aus der Mottenkiste der Tricktechnik, so erinnern die besten Szenen an jüngere Science-fiction-Alpträume. Wenn Lorca und seine Gegner etwa durch schier endlose Röhrenlabyrinthe hasten, gewinnt die Technik jene dämonische Dimension, die sie schon in „Alien" besaß. Ein Zufall? Wohl kaum, denn für Ridley Scotts Film zeichnete Roger Christian als Architekt verantwortlich. Trotz solcher Erfahrungen und Meriten scheint er jetzt als Regisseur eher hilflos durch das All zu taumeln.

HARTMUT WILMES



John Tarrant als Lorca, der gegen den Droidenherrscher Jowitt kämpft, in dem englischen Science-fiction-Film „Red Wing" FOTO: SENATOR FILM

KULTURNOTIZEN

Die Deutsche Friedrich-Schiller-Stiftung hat ihre Tätigkeit eingestellt. Die Berücksichtigung der Altersvorsorge für Autoren und Schriftsteller in der veränderten Sozialgesetzgebung machte diesen Schritt möglich.

Die North Carolina School of Art für Musik, Schauspiel, Ballett und Bühnenbildnerei kommt im Rahmen einer Konzertreise nach Frankfurt.

Der „Geschichte der Sprachkultur in Deutschland" ist der öffentliche Abendvortrag im Rahmen des 20. Linguistischen Kolloquiums gewidmet, das vom 16. bis 20. September in Wolfenbüttel stattfindet.

Mariana Hanstein war die Verfasserin des Beitrages über die O.-M.-Ungers-Ausstellung in Köln. Durch ein technisches Versehen war der Autorenname nicht genannt.

Jochum und d'Harnoncourt beherrschen Münchens Philharmonischen Sommer

Programm-Pracht vor Posten-Streit

Es ist, als hätte Potemkin das Programm des diesjährigen festlichen Sommers der Münchner Philharmoniker geschrieben: Hinter einer repräsentativen Fassade gärt der Streit um Posten und Sponsoren. Orchesterdirektor Franzen kämpft gegen Stadträte und den herrischen GMD Celibidache, Kulturreferent Kolbe rudert zwischen Politik, Geld und Kunst – kurzum, das Karussel der Münchner Philharmoniker dreht sich. Alles scheint hinter den Kulissen in Unordnung zu sein, und doch präsentiert das Münchner Lieblingsorchester ein Programm von festlichem Weltformat, von Weber bis Bach, von Brahms bis Penderecki, besetzt mit hochkarätigen Solisten, deren Rang, Ruhm und Reife über allen Zweifel erhaben sind.

Doch in jenem musikalischen Dorf Potemkins namens München sind auch schmerzliche Erfahrungen an der Tagesordnung. Nach der abrupten Absage der Geigerin Anne-Sophie Mutter meldete sich im vierten Festkonzert auch der Pianist Claudio Arrau krank. Das Pech klebt den Münchner Philharmonikern förmlich an den Bögen ihrer Instrumente.

Gerhard Oppitz sprang für Arrau ein. Der fingerfertige Oppitz zelebrierte Beethovens 3. Klavierkonzert in c-Moll wahrhaft bravourös. Allerdings klingt Oppitz' Brio sehr zurückhaltend und pflichterfüllend. Zusammen mit Altmeister Eugen Jochum brachte er einen Beethoven zu Gehör, der mehr nach Ostrau als nach Österreich klang: exakt, makellos und genau. Oppitz spielte ohne Brillanz.

Eugen Jochum trat in die Fußstapfen von Gerhard Oppitz. Er bändigte Beethovens eruptive 7. Symphonie wie ein Pastor, der die unbeherrschte Lulu zur Gemeindeschwester umerziehen möchte. Der zweite und dritte Satz gerieten Jochum zu schwelgerisch. Er versäumte es, straffend und maßregelnd einzugreifen, um eine letztlich überzeugende Form zu schaffen.

Ganz anders Nikolaus d'Harnoncourt, der eine Woche darauf Haydns Symphonie mit dem Paukenwirbel und Mozarts späte g-Moll-Symphonie sowie einige seiner Konzertarien dirigierte. d'Harnoncourt, der musikalische Puritaner, entschlackte die Partituren von Haydn und Mozart. Dietrich Fischer-Dieskau bezauberte das Publikum durch seine musikalisch lupenreine und interpretatorisch berückende Darbietung. In den Konzertarien KV 513, 541, 421 a und 584 zeigte sich Fischer-Dieskau einmal als schelmischer Pessimist, das andere Mal als pathetischer Held. Was er in seine Stimme, in die Schattierungen seiner Interpretation legt, wird allenfalls noch von d'Harnoncourts Hexenmeisterei übertroffen. Mozarts Symphonie in g-Moll, KV 550, wird zum singulären Erlebnis.

Es mag befremdend sein, wie zurückhaltend und emotionslos d'Harnoncourt diese Symphonie in der für Mozart so bedeutungsschweren Tonart g-Moll angeht, doch seine sektiererische Konzentration aufs musikalisch Wesentliche, das nicht von romantischem Weltschmerz überflutet wird, entdeckt einen zweifelnden Mozart von ungeahnter symphonischer Größe.

Das Erfreuliche für das Publikum an diesem festlichen philharmonischen Sommer: Trotz ständiger Querelen und klingender Intrigen zündeten Dirigenten wie Jochum und d'Harnoncourt musikalische Funken mit den Münchner Philharmonikern. Potemkin hätte ohne Zweifel seine helle Freude an der wunderschönen Fassade mit dem tristen kommunalpolitischen Hintergrund.

FERRY KEMPER

Gegen Blitze sind auch Chips machtlos

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

„Der Notruf im Ortsnetz ist durch Blitzschlag ausgefallen, bitte alarmieren sie die Polizei unter der Nummer ...“ Wie oft ist im Rundfunk eine solche Meldung zu hören. Doch mehr als das: Jedesmal, wenn ein Gewitter über einer Stadt tobt, werden Feuerwehr und Polizei von Fehlalarmen aufgeschreckt. Ampelanlagen fallen aus und verursachen ein Verkehrschaos. Die Alarmanlagen in Privatwohnungen werden plötzlich grundlos ausgelöst, Computersysteme brechen zusammen, Fernschreiber fallen aus. Wie ist es möglich, daß unsere hochtechnisierte Gesellschaft durch ein so „harmloses“ Naturereignis wie ein Gewitter völlig durcheinander gewirbelt wird?

Die Antwort liegt in den winzigen Chips, den Mikroprozessoren, die heute Bestandteil fast aller elektronischen Geräte und Systeme sind. Sie arbeiten mit so geringen Stromspannungen, daß die gewaltige Energie, die ein Blitzschlag auslöst, sie völlig aus dem Gleichgewicht bringt. Wenn ein Blitz in den Boden einschlägt, breitet sich die elektrische Spannung, die bis zu 100 000 Volt betragen kann, unkontrolliert im Erdboden aus. Dieser ist wegen seiner Feuchtigkeit und des hohen Salzgehaltes ein hervorragender elektrischer Leiter. Der Spannungsstoß dringt dann auch in Gebäude und in Geräte ein und kann dort die normale Netzspannung von 220 Volt für Bruchteile von Sekunden erhöhen. Dabei treten Spitzenwerte bis zu 1000 Volt auf.

Die meisten elektrischen Apparate nehmen diesen Stromschock gelassen hin, für andere, etwa TV-Geräte, ist er jedoch zu stark. Sie brennen durch. Nicht umsonst wird seit jeher geraten, bei Gewittern das Netz- und das Antennenkabel aus dem Fernseher zu ziehen. Noch empfindlicher sind jedoch die „integrierten Schaltkreise“, die in die winzigen Mikroprozessoren eingebaut sind. Sie arbeiten normalerweise mit Spannungen von wenigen Volt. Schon leichte Schwankungen im Stromnetz können schwerwiegende Auswirkungen auf diese Chips haben.

Hier rächt sich, daß die Mikroelektronik in unserer hochtechnisierten Gesellschaft so weit fortgeschritten ist. Naturgewalten in Form eines schweren Gewitters können sich in die Elektronik „einschleichen“ und sie völlig zum Erliegen bringen. Wenn ein Blitz eine sehr starke Entladung besitzt, können diese Effekte noch in mehreren Kilometern Entfernung auftreten.

Einen 100prozentigen Schutz gibt es dagegen nicht. Auch die üblichen Abschirmungen aller elektrischen Geräte helfen hier nicht, da die vom Blitz verursachte Spannungsänderung in das Stromnetz eindringt. Man hat also nur die Wahl, das Gerät selbst auszustellen und dadurch zu verhindern, daß es durch das Gewitter „abgeschaltet“ wird. Für den privaten Haushalt empfiehlt es sich allerdings, vor Antritt eines Urlaubs die empfindlichen elektrischen Geräte vom Stromnetz zu trennen. Bei unglücklichen Umständen kann ein Blitzschlag einen Fernseher sogar zur Explosion bringen und dadurch die ganze Wohnung in Brand setzen.

Einige Computerhersteller bieten inzwischen Vorschaltgeräte an, die Spannungsschwankungen im Stromnetz ausgleichen, bevor diese die Anlage erreichen. Solche Einbauten kosten jedoch einige tausend Mark, sind also nur für größere Systeme sinnvoll. Wer also sein Haus durch eine Alarmanlage gesichert hat, muß auch weiterhin bei einem Gewitter mit „falschem Alarm“ rechnen.

Polizei und Feuerwehr, aber auch die Hersteller von Alarmanlagen und Computersystemen sind mit diesem Problem inzwischen vertraut. Sie rechnen grundsätzlich bei jedem Gewitter damit, daß wieder einmal die Meldung kommt: „Alle Systeme ausgefallen!“

Belastungszeuge Greiling spricht von Todesangst

D. SALZMANN, Baden-Baden

Wie bei einer Vorstellung im Theater kündigt auch gestern die Glocke im Baden-Badener Landgericht den Beginn der Verhandlung an. Am siebten Tag im Juwelenraubprozeß gegen Hans-Otto Scholl mußten die Beteiligten und die Zuschauer drei Stunden auf die Fortsetzung der Verhandlung warten. Die Beschlußkammer des Gerichts beriet über den fünften Befangenheitsantrag, den Scholls Verteidiger, Egon Geis, am Vortag gegen den Vorsitzenden Richter, Günter Hertweck, eingebracht hatte.

Der Grund für die Verzögerung: Richter Hertweck hatte am Tag zuvor den Tatzeugen Dirk Greiling, Sohn des beraubten Juweliers, gefragt, ob der „Angeklagte“ (nicht der „Täter“) allen Schmuck geraubt hatte. Die Verteidigung glaubte, deswegen ein „Abrücken von der Neutralität des Richters“ feststellen zu können, und stellte zum fünften Mal in diesem Verfahren einen Antrag auf Befangenheit.

Spekulationen vor dem Gerichtssaal. Wird der Prozeß fortgesetzt? Gibt es eine zweite Verhandlung? Das Gericht lehnte den Antrag schließlich mit der Begründung ab, Hertweck habe das Wort „Angeklagter“ nur „versehentlich“ benutzt. So etwas könne auch einem erfahrenen Richter passieren. Er sei damit nur ein einziges Mal der Diktion Greilings gefolgt, der bei seiner Vernehmung zum Tathergang diesen Ausdruck „mit großer Selbstverständlichkeit“ gebraucht habe. Hans-Otto Scholl habe „keinerlei Anlaß, an der Objektivität des Richters zu zweifeln“, befand das Gericht. Hans-Otto Scholl blieb auch dieses Mal ungerührt. Vor dem Beginn des gestrigen Prozeßtages hatte er noch für die Fotografen gelächelt. Während der Verhandlung verzog er keine Miene mehr. Der 1,85 Meter große Mann saß, wohl wegen seiner Körpergröße, meist quer zur Anklagebank, machte sich Notizen über die Aussagen des Belastungszeugen Dirk Greiling oder blätterte in seinen Akten.



Er tritt als Hauptbelastungszeuge seit Montag im Prozeß gegen Hans-Otto Scholl auf: der Baden-Badener Juweliersohn Dirk Greiling (rechts) mit Freundin Corinna Monecke. FOTOS: DPA

Greiling, Juniorchef des Baden-Badener Juweliergeschäftes, schilderte anhand von Fotos, die die Kriminalpolizei nach dem Überfall in diesem Geschäft gemacht hatte, noch einmal die Tat. Dichtgedrängt standen er, der Richter und der Staatsanwalt um den Richtertisch. Verteidiger Geis beobachtete die Szene aus der Distanz. Mit einer Hand stützte er sich am Tisch ab, die andere Hand stemmte er in die Hüfte. Greilings Schilderungen kommentierte er mit Mimik, einer Mischung aus Müdigkeit und Skepsis. Als der Zeuge die Uhr Scholls beschrieb, zog Geis verächtlich die Mundwinkel nach unten und machte sich eine Notiz. Es schien, als ob er in der Pose des Staranwalts auf seine Stunde wartete.

Greiling sprach ruhig und zusammenhängend, verwickelte sich nicht in Widersprüche. Fast gelassen kam dem 22jährigen das Wort Todesangst über die Lippen, und beinahe im Plauderton schilderte er, wie er es trotz der Bedrohung durch einen bewaffneten Räuber fertigbrachte, ein wertvolles antikes Armband, das auf die Erde gefallen war, mit seinem Gesicht zu verbergen.

„Nachdem der Täter einen Schuß abgegeben hatte, habe ich zuerst geprüft, ob bei mir noch alles in Ordnung ist“, sagte Greiling. „Haben Sie da Angst gehabt?“ wollte der Staatsanwalt wissen. Nach einer kurzen Pause: „Ja, selbstverständlich.“

Danach kam der Auftritt des Verteidigers. Mit einem leichten Schwingen der Stimme stellte Egon Geis einfache Fragen, nach Ablauf und Häufigkeit der polizeilichen Vernehmungen. Greiling, der über ein ausgezeichnetes Gedächtnis verfügt, kann sich nicht mehr erinnern. In diesem Zusammenhang spielt auch eine Skizze von der Uhr eine Rolle, die der Täter bei dem Überfall getragen haben soll. Der Anwalt hält ihm die Protokolle vor und meint dabei, auch bei Nebensächlichkeiten seien entscheidend. Die Protokolle bringen keinen neuen Gesichtspunkt in der „Affäre Scholl“.

Auch das ärztliche Gutachten, das Greiling von seiner Freundin, Corinna Monnecke, nach dem Überfall von sich hatten anfertigen lassen, bringt keinen anderen Aspekt. Aber eines hat Egon Geis mit seinen Fragen nach scheinbar Nebensächlichem erreicht: Der „Herr Zeuge“ scheint etwas unsicherer geworden zu sein.

Flugschreiber des indischen Jumbos geöffnet

dpa, Bombay

Indische und internationale Luftfahrtexperten haben gestern in Bombay den Flugschreiber der Air-India-Boeing 747 geöffnet, die am 23. Juni rund 100 Seemeilen südwestlich von Cork (Irland) ins Meer gestürzt ist. Von der Auswertung des Flugschreibers – zwei Behälter mit den Aufzeichnungsgeräten, Black Boxes genannt, die alle wichtigen technischen Daten während des Fluges registrieren – erwarten sich die Experten Aufschluß über die Ursache des Absturzes (WELT v. 11. 7.). Indische Experten glauben, daß die „Emperor Kanishka“ durch eine von Sikh-Extremisten an Bord des Flugzeugs geschmuggelte Bombe zum Absturz gebracht wurde.

Alle Passagiere tot

dpa, Moskau

Bei einem Flugzeugabsturz in der Sowjetunion, der sich bereits am 10. Juli ereignete, sind offensichtlich alle Menschen an Bord ums Leben gekommen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Usbekistans, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der mittelasiatischen Sowjetrepublik gaben die „Luftfahrtkatastrophe mit einem Passagierflugzeug“ in einer gemeinsamen Mitteilung bekannt, die am vergangenen Samstag in der usbekischen Parteizeitung „Prawda Wostoka“ veröffentlicht worden war.

„Challenger“-Start

dpa, Cape Canaveral

Die US-Raumfähre „Challenger“, deren Start am vergangenen Freitag drei Sekunden vor dem Abheben automatisch abgebrochen worden war, soll jetzt vermutlich zwischen dem 27. und 30. Juli zu ihrer einwöchigen Reise um die Erde aufbrechen. Wie die US-Raumfahrtbehörde Nasa am Montag mitteilte, soll der endgültige Starttermin am 23. Juli bekanntgegeben werden.

Waldbrände in Südeuropa

dpa, Rom

Die anhaltende trockene Hitze hat in verschiedenen Gebieten Italiens und Griechenlands Großbrände ausgelöst. Am stärksten betroffen ist die Insel Sardinien, wo in der Provinz Olbia bisher 400 Hektar Buschfläche zerstört wurden. Die schweren Waldbrände in Griechenland haben am Montag zwei Menschenleben gefordert. Nach ersten Schätzungen sind den Großfeuern mindestens 1000 Hektar Wald und landwirtschaftliche Nutzfläche zum Opfer gefallen.

Auch Diebe besteuert

AFP, Jerusalem

In Israel müssen auch Diebe Einkommensteuer zahlen. Ein Richter in Tel Aviv verurteilte einen Steuersünder, der sein Versäumnis damit begründete, daß er zu der betreffenden Zeit einzig von seiner Diebesbeute lebte. Der Richter wies ihn mit der Begründung zurück, daß die Einkommensteuer für jeden Bürger Pflicht sei, ungeachtet der Quelle des Einkommens.

Drogenhandel

dpa, Koblenz

Ein Ausländer, der mit Heroin gehandelt hat, darf wegen dieser Straftat selbst dann ausgewiesen werden, wenn er mehr als 30 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gelebt, sich hier seine Existenz aufgebaut und eine Familie gegründet hat. Diese Grundsatzentscheidung traf das Koblenzer Oberverwaltungsgericht (OVG) in einem gestern veröffentlichten und inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin bestätigten Urteil (Az.: 11 A 111/83).

Wochenende schön

AP, Frankfurt

Auch für dieses Wochenende prophezeihen die Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes sommerlich warme Witterung. In den kommenden Tagen wird es in Deutschland heiter bis wolkig und 23 bis 28 Grad warm sein. Im Norden können vorübergehend Wolken aufziehen, im Süden muß morgen mit Gewittern gerechnet werden. Zum Wochenende soll es wieder schön werden; lediglich in Norddeutschland könnte sich der Himmel bewölken.

LEUTE HEUTE

Radelnder Rentner

Am 29. Juni verließ er seine toskanische Heimatstadt Arezzo, Montag traf er in Bonn ein und gestern radelte er nach Köln. Vergleichsweise kurze Etappen, denn der 72jährige **Euclide Presenzini** will noch die ganze Erdkugel umrunden. Der Rentner – Papst **Johannes Paul II.** bezeichnete ihn als „Botschafter des Friedens“ – unternimmt bereits seine zweite Weltreise auf dem Drahtesel. Früher – sagt er – habe er den Wahlspruch gehabt: „Lieber auf Erden der letzte, als im Himmel der erste sein“, doch dann gelobte er als Zeichen seines neugewonnenen Glaubens, zweimal um die Welt zu fahren.

Glückliche Bayern

„Wir tun das, was die Bayern am liebsten tun, nämlich nichts“, antwortete Bayerns Finanzminister **Max Streibl** auf die Frage, ob die Münchner sich gegen die vielen nackerten Sonnenfans im Englischen Garten wehren wollen. Schließlich löse sich das Problem von allein, denn es werde „wieder kälter“. Spätestens dann, wenn die Wies'n Mitte September zum 175. Mal beginnt. Zu dem Jubiläum zeigt das Münchner Stadtmuseum eine Ausstellung, deren geplanter Untertitel „National-Rausch“ bereits für Aufregung sorgte. Der CSU-Stadtrat **Herbert Frankenhauser** hält das für eine Verunglimpfung und schlägt den Titel „175 Jahre bayerisches Glücksgefühl“ vor.

Strahlende Schöne

Sie hat braunes Haar und braungrüne Augen, kommt aus San Juan in Puerto Rico und ist Studentin. 19 Jahre jung ist die 1,72 Meter große und 53 Kilogramm schwere neue „Miss Universum 1985“. **Deborah Carthy-Deu** stach mit ihrer strahlenden Schönheit am Montag abend in Florida 78 Konkurrentinnen aus. Zweite wurde die Spanierin **Tereza Sanchez**, gefolgt von **Benita Mureka** aus Zaire. Die deutsche Teilnehmerin konnte offensichtlich nicht überzeugen: **Stephanie Roth** aus Trier kam nicht über die Anfangsrunde hinaus.



Sicherer Blick für die Gefahr: Ziegen bei Überquerung des Aletschgletschers FOTO: WALLIS

Aufzug der Meckerer am Aletsch

Von WALTER H. RUEB

Es war ein ungewöhnlicher Alpaufzug: 70 Walliser Schwarzhals-Ziegen zogen am vergangenen Sonntag über das Eis des Aletschgletschers im Herzen der Schweizer Alpen zu ihren Sommerweiden jenseits des mächtigsten Gletscherstromes in Europa. Furchtlos wechselten die Tiere hinter drei stattlichen Böcken vom felsigen Untergrund am Rande des Gletschers auf das blanke Eis, trippelten in flottem Tempo den neuen Weidegründen entgegen. Die zottigen Tiere zeigten auch keine Angst vor den vielen Sturzbächen kristallklaren Wassers, die ihnen überall entgegenschossen.

Jahrzehntelang erzählten nur Alte oder Geschichtskundige vom Zug der Geißen über das ewige Eis des 28 Kilometer langen, größten Gletscherfeldes Europas. Erst 1983 wurden wieder Ziegen auf die Weiden auf der Nordseite des Gletschers getrieben – wie es im vergangenen Jahrhunderten alljährlich geschehen war. Der Versuch von 1983 widerlegte die Pessimisten: Der Gletscher zeigte sich gnädig, verschlang in einer Spalte nur ein einziges Kitz, bereitete aber Ziegenbesitzern, Treibern, Bergführern und Begleitern beim außergewöhnlichen Alpaufzug Spaß und Freude, brachte in das eintönige Leben der Tiere Abwechslung und ließ sie schließlich nach zwei Monaten wohlgenährt in die heimatlichen Ställe zurückkehren. Die Melkeimer füllten sich wie schon lange nicht.

Der Alpaufzug über den Aletschgletscher begann kurz nach Sonnenaufgang. Schließlich war ein stundenlanger, nicht ungefährlicher Weg zurückzulegen. In der Schar der aufgeregten Meckerer trippelte auch ein junges Schaf mit.

Zwei Ziegenbesitzer, Riederalps Kurdirektor und anderthalb Dutzend seiner Feriengäste hatten Mühe, der Herde zu folgen – vor allem beim Aufstieg von Riederalp zur 2200 Meter hoch gelegenen Riederfurka mit der Villa Cassel, die um die Jahrhundertwende von einem englischen Bankier errichtet worden war und die in den zwanziger Jahren wiederholt den jungen Winston Churchill beherbergt hatte.

Für die Sicherheit der Kurgäste war ein Bergführer engagiert worden – die Ziegen hätten sich auch ohne ihn zurechtgefunden. Vor dem Sprung auf das Eis wurde im Naturschutzgebiet Aletschwald mit seiner betörend duftenden Pflanzenwelt eine Pause eingelegt: Die Ziegen konnten sich noch einmal an frischem Gras laben, die Menschen zu den flinken Tieren aufschließen.

Der Gletscher war schneefrei. Bergführer und Ziegenhalter hatten für die Überquerung eine Route ohne Gletscherspalten gefunden. Sie ersparte den Ziegenbesitzern Angst um ihre Tiere, den menschlichen Begleitern der Herde das Anseilen.

Schon nach wenigen Metern formierte sich der Zug der Ziegen nach einer bei Tieren selbstverständlichen Ordnung: Die Ziegen, die bereits eine oder gar zwei Gletscherüberquerungen mitgemacht hatten, gingen an der Spitze, die jüngeren Ziegen mit wenig oder keinerlei Erfahrung auf dem ungewohnten Parkett folgten ihnen vertrauensvoll. An zwei Haltepunkten aber drängten sich die Tiere ohne Unterschied: Alle wollten an den ausgelegten Salzstangen lecken.

Nach einer Stunde war das große Abenteuer für Tier und Mensch glücklich überstanden: Der Gletscher war überschritten, die Alp Olmen erreicht. Dort bleiben die Ziegen bis weit in den August hinein – in Höhen zwischen 2000 und 2400 Metern, sich selbst überlassen. Nur zweimal bekommen sie Besuch von ihren Besitzern. Das wird dann für die Herde jedesmal ein Fest: Es gibt Salz, soviel die Meckerer begehren.

Weinskandal: Fernschreiben veröffentlicht

DW. Mainz/Wien

Das Fernschreiben vom 25. April des Jahres, in dem das österreichische Landwirtschaftsministerium das rheinland-pfälzische Weinbauministerium über Verunreinigungen von österreichischem Wein informierte, wurde gestern in Mainz veröffentlicht. Im Wortlaut heißt es:

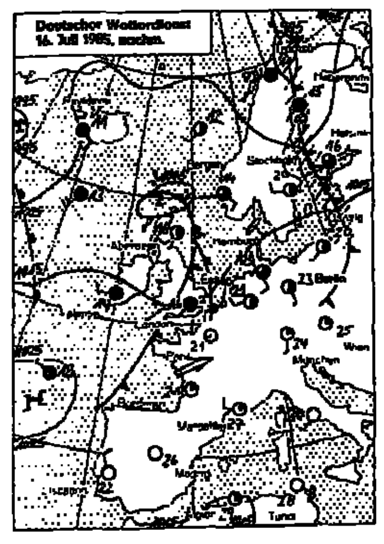
„In Durchführung der Bestimmungen des österreichischen Weingesetzes entstand bei einer begrenzten Zahl von Weinlieferungen der begründete Verdacht des Zusatzes von Substanzen, die nach dem österreichischen Weingesetz verboten sind. Es handelt sich hierbei um Äthylenglykol, vor allem Diäthylenglykol. Der begründete Verdacht führte in einigen Fällen zu einer Beschlagnahme der Ware. Wiederholungen beziehungsweise Verifizierungen der vorgenommenen Untersuchungen (Analysen) seitens der zuständigen Untersuchungsanstalt sind noch nicht abgeschlossen und werden Grundlage aller weiteren Vorgangsweisen seitens des österreichischen Landwirtschaftsministeriums sein. Über das Ergebnis dieser Untersuchungen wird unverzüglich Mitteilung gemacht. Gegenständliche Mitteilung erfolgt vorsorglich. Hierorts laufen derzeit Ermittlungen, inwieweit aus dem Bereich der Beschlagnahmungen Exporte in die Bundesrepublik getätigt wurden. Auch hierüber wird unverzüglich berichtet werden. In Unkenntnis der Zuständigkeitsbereiche in der Bundesrepublik darf höflich um Weiterleitung an die übrigen Bundesländer ersucht werden.“

Das Bundesgesundheitsministerium in Bonn ließ daraufhin am 13. Mai den Bundesländern eine Mitteilung zukommen, in der es unter anderem heißt: „Die österreichischen Behörden untersuchen angeblich jetzt die bei der Weingütesiegel-Vergabe deponierten Rückstellproben, so daß auf eine aufwendige Untersuchung aller österreichischen Weine in der Bundesrepublik auf verfälschte Erzeugnisse verzichtet werden könne. Das zur Verfälschung der Weine verwendete Glykol, das Leber- und Nierenschädigungen hervorrufen kann, ist nach vorliegenden Informationen nur in geringen Mengen enthalten, so daß eine akute gesundheitliche Gefährdung nicht zu befürchten ist.“

Die ersten Verfahren gegen Beschuldigte können, wie die Staatsanwaltschaft in der burgenländischen Landeshauptstadt Eisenstadt gestern erklärte, in einigen Monaten stattfinden. Die meisten der fast 30 laufenden Untersuchungsverfahren betreffen Verdächtigte im Burgenland.

WETTER: Sommerlich

Wetterlage: Hinter der nach Osten abziehenden Störung weitet sich wieder ein Keil des umfangreichen Azorenhochs nach Deutschland aus.



Vorhersage für Mittwoch:

Im gesamten Bundesgebiet anfangs noch wolkig, im Tages verlauf jedoch zunehmend aufgehei tert und trocken. Tageshöchsttempe raturen 23 bis 28 Grad. In der Nacht zum Donnerstag meist klar mit tief sten Temperaturen zwischen 15 und 12 Grad. Schwacher, Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:

Im Küstengebiet zeitweise wolkig, sonst heiter und weiterer Temperaturanstieg, nachmittags örtlich Wärmegewitter.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	23°	Kairo	33°
Bonn	22°	Kopenh.	10°
Dresden	26°	Las Palmas	23°
Essen	21°	London	16°
Frankfurt	22°	Madrid	26°
Hamburg	18°	Mailand	27°
List/Sylt	16°	Mallorca	31°
München	24°	Moskau	24°
Stuttgart	22°	Nizza	26°
Algier	29°	Oslo	17°
Amsterdam	17°	Paris	21°
Athen	30°	Prag	23°
Barcelona	27°	Rom	30°
Brüssel	15°	Stockholm	20°
Budapest	28°	Tel Aviv	32°
Bukarest	27°	Tunis	28°
Helsinki	16°	Wien	25°
Istanbul	27°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 5.26 Uhr, Untergang: 21.29 Uhr; **Mondaufgang:** 5.15 Uhr, Untergang: 22.27 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Bittsteller hoffen auf die Millionen der Lottokönigin

Von EWALD REVERMANN

Zwei Dinge, über die man in diesen Tagen spricht, spielen total verrückt: das Wetter und das Lotto. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit, vom Blitz eines Sommergewitters getroffen zu werden, erheblich größer als von jenem Millionenregen aus dem Lottospiel, der in dieser Woche entgegen allen mathematischen Berechnungen auf die rund 30 Millionen Tipper niederprasseln könnte. Fast 20 Millionen Mark kann ein einzelner Spieler mit nur wenigen Mark Einsatz gewinnen, wenn der absolut nicht berechenbare Zufall es will – Deutschland lebt in einem nie gekannten Lotto-Rausch.

Am vergangenen Wochenende ist wieder einmal – ohne Gewähr – das passiert, was auch so anerkannte Wissenschaftler wie der Hamburger Universitätsmathematiker Klaus Lange nach langjährigen Beobachtungen der Tippspieler für äußerst unwahrscheinlich gehalten haben. Zum dritten Mal in diesem Jahr hat es im Samstagslotto (6 aus 49) mit den Pärchen-Zahlen 2, 3 sowie 31, 32 und 42, 43 (Zusatzzahlen) keinen einzigen Haupttreffer gegeben.

Seit der Neuregelung vom 1. Juni fällt der angesammelte Gewinn der ersten Klasse – diesmal fast 6,9 Millionen – der Ziehung am folgenden Wochenende zu. Da in dieser Woche wegen der Millionenverlockung mit Sicherheit mehr als sieben Millionen Mark für den ersten Rang anstehen werden, rechnen Lotto-Experten mit einem „Pott“ für einen Sechser von mindestens 15 Millionen Mark.

Da zudem auch bei der Zusatzlotterie „Spiel 77“ keiner die Höchstsumme erreicht hatte, stehen für den nächsten Samstag nochmals 4 bis 5 Millionen Mark abrufbereit parat – mit einem einzigen Schein (alle sechs richtigen Zahlen im Lotto und alle sieben richtigen Voraussagen im Spiel 77) kann theoretisch ein einzelner Spieler fast 20 Millionen Mark gewinnen.

Das ist eine Summe, die es in Europa noch nie gegeben hat. Die Chancen, daß ein solcher Fall tatsächlich eintrifft, liegen nach einer Berechnung, die Lotto-Direktor Herbert Erben in Hannover gestern für die WELT erstellte, bei 1 zu 139 Billionen – in Ziffern geschrieben sind das 139 000 000 000 000. „Das ist das Fünfzehnfache der Kilometer, die das Licht in einem Jahr zurücklegt“, so Herbert Erben. Gut 30 Millionen Bundesbürger träumen davon, am nächsten Samstag der einzige mit einem Sechser zu sein.

Seit es den Gewinntopf gibt, ist dies nur einmal der 38jährigen Hausfrau Marianne K. aus einer Kleinstadt in Niedersachsen passiert. Was sie erlebt, war gar nicht vorauszusehen. Bis gestern erhielt sie mehr als 600 Briefe – teils als Einschreiben, per Eilboten, teils mit Inhalt wie Fotos, Sterbe- und Heiratsurkunden – adressiert an die Lotto-Gesellschaft in Hannover. Nur einige Briefe sind an die Gewinnerin weitergeleitet worden. Zusammengerechnet erbettelten die Bittsteller bisher 14 Millionen Mark, doppelt so viel wie Mariannes Gewinn.

In einem Fall wäre sie offensichtlich hereingelegt worden. Sie hatte einem angeblich krebskranken Mann aus Hessen die gewünschten 200 000 Mark für eine Operation in den USA geben wollen. Dank Mithilfe der Lottozentrale und der medizinischen Hochschule in Hannover hatte sie dem angeblich Kranken jedoch einige medizinische Testfragen am Telefon stellen können. Ergebnis: Die vermeintliche Krebserkrankung war allem Anschein nach von Anfang bis Ende geflunkert.

Arbeitslosigkeit, Verschuldung durch Hausbau und schwere Erkrankung – das ist der Tenor der Bittbriefe. Erwin H. aus Ettlingen, seit acht Jahren an Blasenkrebs erkrankt und finanziell in großer Not, bittet um 20 000 Mark, um wieder „ein glücklicher Mensch“ zu werden. Die Besitzerin eines Geschäftes aus Goslar wollte 40 000 Mark, um ihr von der Versteigerung bedrohtes Haus zu retten.

Das permanente Leid aller Lotto-Tipper beklagt Erich P. aus Göttingen: „Ich kenne meine Zahlen im Schlaf.“ Hätte er seinen Tip mal vergessen und „seine“ Zahlen kamen wirklich – „ich würde mich aufhängen“. Nebenbei bittet der Rentner um 3000 Mark für seine Heizkostenrückstände und verpfändet sogar neben seiner Rente sein Sterbegeld.

Andere Sorgen hat Erna H. aus Bayern, seit 17 Jahren gestandene Bauersfrau. Ihr sind plötzlich die Kühe gestorben. Die Lotto-Königin möge ihr doch bitte – per Post – 10 000 Mark zur Beschaffung von Ersatz-Rindvieh besorgen ...

ZU GUTER LETZT

„Erst gestern wurden überall in der Bundesrepublik österreichische Weinflaschen aus dem Handel gezogen; allerdings dürfte noch eine erhebliche Menge in den Regalen der Geschäfte und bei den Verbrechern stehen.“ Es stand in den Lübecker Nachrichten.